



91. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 19. Januar 1989

Inhalt	Seite
Mahnworte zur Wiedervereinigung	5423 (A)
Geschäftliches	
Dringlichkeit der Drs 10/2776	5452 (D)
Härtig (AL)	5452 (D)
Buwitt (CDU)	5453 (C)
Bericht	
1. Bericht (Zwischenbericht) des 4. Untersuchungsausschusses - 10. Wahlperiode - zur Aufklärung von möglichen Fehlentwicklungen beim Landesamt für Verfassungsschutz	
- Drs 10/2770 -	5423 (A)
Dr. Finkelnburg (CDU), Berichterstatter	5423 (A)
Landowsky (CDU)	5426 (A), 5437 (C)
Momper (SPD)	5429 (B)
Wieland (AL)	5431 (C)
Oxford (F.D.P.)	5433 (A)
Lorenz (SPD)	5436 (A)
Frau Jörgensen-Ullmann (AL)	5436 (B)
Erklärungen gemäß § 65 GO Abghs	
Pätzold (SPD)	5438 (B)
Dr. Finkelnburg (CDU)	5439 (A)
Große Anfrage	
Vorstellungen des Senats zur Hochschulpolitik	
- Drs 10/2772 -	5439 (C)
verbunden mit	

Anträge**Annahme einer EntschlieÙung über Streiks
und Proteste an den Berliner Hochschulen**

- Drs 10/2773 - _____ 5439 (C)

sowie

Lösung der Hochschulprobleme

- Drs 10/2774 - _____ 5439 (C)

Grugelke (AL) _____ 5439 (D), 5449 (B)

Sen Dr. Turner _____ 5441 (B)

Dr. Kremendahl (SPD) _____ 5445 (B), 5451 (D)

Schütze (CDU) _____ 5447 (A, C)

Härtig (AL) _____ 5447 (C), 5452 (C)

Dr. Tolksdorf (F.D.P.) _____ 5450 (C), 5451 (D)

(A) Präsident Rebsch eröffnet die Sitzung um 13.01 Uhr.

Präsident Rebsch: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 91. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin und **bekunde unseren unbeugsamen Willen, daß die Mauer fallen und daß Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden muß.**

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich darauf hinweisen, daß die AL-Fraktion eine dringliche Große Anfrage über Vorstellungen des Senats zur Hochschulpolitik und einen dringlichen Antrag einer Entschließung über Streiks und Proteste an den Berliner Hochschulen eingebracht hat. Außerdem liegt auch ein dringlicher Antrag der SPD-Fraktion über die Lösung der Hochschulprobleme vor. Der Ältestenrat empfiehlt, die Dringlichkeit anzuerkennen. Dies werden wir dann bei Tagesordnungspunkt 2 feststellen.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 1, Drucksache 10/2770:

1. Bericht (Zwischenbericht) des 4. Untersuchungsausschusses nach Artikel 33 der Verfassung von Berlin zur Aufklärung von möglichen Fehlentwicklungen beim Landesamt für Verfassungsschutz

Das Wort zu einem zusätzlichen mündlichen Bericht hat der Abgeordnete Dr. Finkelnburg. Bitte sehr, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Finkelnburg (CDU), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(B)

[Unruhe - Glocke des Präsidenten]

Der 4. Untersuchungsausschuß hat, wie Sie alle beschlossen haben, **eine Vielzahl von Themen** zur Ermittlung. Wir haben in der bisherigen Zeit einen Komplex abschließen können. Das ist der inzwischen durch die Presse hinreichend bekannte Fall des **Steinwerfers Telschow**. Wir haben uns mit diesem Fall in fast 40 Stunden beschäftigt. Wir haben zwölf Zeugen gehört, und wir haben sechs davon vereidigt. Wir haben Ihnen einen Zwischenbericht vorgelegt. Dieser **Zwischenbericht ist einvernehmlich festgestellt** und einstimmig beschlossen worden. **Die Fakten** des Falles Telschow **sind unstrittig**. Wenn über etwas gestritten werden kann, dann **mag über die Wertungen gestritten werden**. Die Tatsachen, die wir ermittelt haben, sind zwischen den Fraktionen, die sich in diesem Ausschuß - das möchte ich mit Befriedigung feststellen - in großer Harmonie und Eintracht gemeinsam um die Aufklärung bemüht haben, unstrittig.

Bevor ich Ihnen diesen Wirklich spannenden Fall, den Friedrich Dürrenmatt oder Agatha Christie nicht besser hätten fügen können, vortrage, habe ich das wirkliche Anliegen, denen zu danken - und das ist kein Lippenbekenntnis -, die ohne Rücksicht auf das Weihnachtsfest und ohne Rücksicht auf Weihnachtsferien teilweise bis abends um 23 Uhr im Büro des Abgeordnetenhauses gesessen haben, ich meine die Mitarbeiter dieses Ausschusses.

[Beifall]

Die haben Ungewöhnliches geleistet, ein Beispiel für Pflichterfüllung, wie ich es bisher noch nie erlebt habe und auch nicht für möglich gehalten habe. Ich sage das mit großer Dankbarkeit.

Der Bericht gliedert sich in sechs Abschnitte, die ich Ihnen ergebnismäßig vortragen möchte. Wir haben uns zunächst mit

dem **Lebenslauf des Steffen Telschow**, also dieses Steinwerfers, befassen müssen. Herr Steffen Telschow ist erst im Februar aus der DDR abgeschoben worden. Er hat in der DDR ein bewegtes Leben hinter sich,

(C)

[Kuhn (AL): Aber das erzählen sie uns nicht noch mal!]

das Punkte wie SED-Mitgliedschaft, die freiwillige Verpflichtung zur Nationalen Volksarmee, aber auch oppositionelle Handlungen umfaßt. Wir haben dieses Leben nicht im einzelnen aufklären können, weil es sich außerhalb der Einflußmöglichkeiten des Ausschusses abspielte. Aber wir haben doch eine Reihe von Ungereimtheiten festgestellt.

[Zuruf des Abg. Härtig (AL)]

Und wir haben es uns entgegen diesem Zwischenruf, von dem ich nicht weiß, ob er von der AL- oder der SPD-Fraktion kam, deswegen damit befaßt, weil der Abgeordnete Pätzold den Verdacht geäußert hatte, dieser Mann sei uns vom Osten geschickt worden. Diesem Verdacht mußten wir nachgehen. Wir haben dies nicht feststellen, aber wir haben ihn auch nicht entkräften können.

Dieser Steffen Telschow bietet sich, nachdem er hier in Berlin gelandet war, aus eigenen Stücken dem französischen Geheimdienst zur Mitarbeit an. Der **französische Geheimdienst** hat für ihn keine rechte Verwendung und reicht ihn mit einer Empfehlung Ende August/Anfang September an das Landesamt für Verfassungsschutz weiter. Am 2. September findet das erste Treffen statt. Dieses Datum ist deswegen nicht ohne Bedeutung, weil wir uns in der unmittelbaren Vorphase der IWF-Tagung befinden und weil Steffen Telschow seinen Wunsch, beim Verfassungsschutz oder beim Geheimdienst mitzuarbeiten, mit seinem Interessen an militanten Gruppen begründet hat. Er hat gesagt, er habe sich schon in der DDR für die RAF interessiert, und er habe gehofft, über den Verfassungsschutz - übrigens ein für mich wenig nachvollziehbarer Gedanke - in diesem linksextremen, es fiel auch der Ausdruck „linksterroristischen Umfeld“ schneller Fuß zu fassen. Er hat dann auf Nachfrage allerdings gesagt, das hätte er alles nur vorgetäuscht, auch, daß er mithelfen wolle, solche Leute dingfest zu machen; in Wirklichkeit sei er ein **Sympathisant dieser militanten Gruppen**, und er hätte sich, wenn er erst Fuß gefaßt hätte, vom Verfassungsschutz wieder sehr schnell gelöst. Dies zum Lebenslauf und zur Motivlage Telschows.

(D)

Der Verfassungsschutz, der in dieser kritischen Vorphase vor der IWF-Tagung an Informationen aus der militanten Szene interessiert sein mußte, **setzte ihn dort probeweise ein**, wie wir einmütig festgestellt haben, und zwar probeweise deshalb, weil man zunächst einmal testen wollte, ob dieser Mann zuverlässig ist, ob seinen Berichten zu trauen ist und ob er führbar ist. Er erhielt für diese Einsätze, die sich im wesentlichen - ich will das einmal lokalisieren - rings um den Mehringhof und noch ein bißchen woanders abspielten, sehr genaue Verhaltensregeln, insbesondere wurde er aufgefordert, sich von gewalttätigen Aktionen fernzuhalten oder sich dabei zurückzuhalten. Dieses tat Steffen Telschow nicht, sondern er nahm am 27. September an einer **Demonstration in dem Bereich Schweizer Hof - Interconti** teil, wurde von einem Polizeibeamten beobachtet, wie er einen Stein in Richtung Interconti warf und wirkte nach eigener Bekundung mit, die Scheibe des Fahrzeugs des luxemburgischen Außenministers zu zertrümmern. Sie sehen, das ist alles sehr farbig angereichert. Er wurde verhaftet und kam in die Gothaer Straße. In diesem Augenblick, wenn ich das einmal so sagen darf, wurde Telschow zu einer Person der Zeitgeschichte für eine kurze Phase, die wahrscheinlich heute ihr Ende findet.

In der Vernehmung durch die **Staatsanwaltschaft** offenbarte Telschow, daß er Verbindungen zum Verfassungsschutz habe.

Dr. Finkelnburg

(A) Der Staatsanwalt verifiziert dieses und fertigt darüber einen Vermerk, dessen Weg wir zwar festgestellt haben, von dem wir aber nicht wissen, ob er möglicherweise die Quelle der Indiskretionen ist.

In einem **Schnellverfahren** wurde Telschow zwei Tage später zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt und aus der Haft entlassen. Das Landesamt war von der Staatsanwaltschaft über diesen Vorgang informiert. Der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, Herr Dr. Wagner, nahm diesen Vorgang, daß nämlich einer seiner Probezöglinge, seiner probeweise Beschäftigten, nun in den Kreis der Vorbestraften eingerückt ist, zum Anlaß, um am folgenden Dienstag – drei Tage später, nach der Verurteilung – den **Innensenator** darüber zu **informieren**, was hier passiert war.

Der Innensenator, der bis zu diesem Zeitpunkt von dem Namen Telschow und der Existenz dieses Mannes überhaupt nichts wußte, erteilte sofort, an Ort und Stelle, am 4. Oktober **die Weisung**, die Sie alle inzwischen als geflügeltes Wort kennen, „**die Taue zu kappen**“, das heißt, die unmißverständliche – ich sage noch einmal: von uns einverständlich festgestellte – Weisung, daß jede Verbindung zu Telschow abzubereiten sei.

Das Landesamt hatte zu diesem Zeitpunkt noch die Vorstellung, daß man **Telschow** vielleicht trotz seiner Verurteilung **weiter beschäftigen** könne. Wir haben in den Akten einen Vermerk vom Tage zuvor festgestellt, daß man ihn für einige Wochen noch behutsam fortführen könne und erst dann entscheiden wolle, was mit Telschow zu geschehen habe. Dieses aber wurde alles überholt dadurch, daß Senator Kewenig am 4. Oktober unmißverständlich anwies, „die Taue zu kappen“.

(B) An dieser Stelle beginnen nun verschiedene Handlungsstränge sich zu entwickeln, die ich vorhin schon einmal dahin charakterisierte, daß ein Kriminalschriftsteller sie nicht besser hätte verwirren und zum Schluß wieder entwirren können. Das Landesamt für Verfassungsschutz befolgte nämlich die Weisung des Innensensors, die Taue zu kappen, nur halb. Dr. Wagner war am folgenden Tag mit dieser Weisung zu seinen Mitarbeitern gegangen, und die Mitarbeiter des Amtes hatten ihn vehement darauf hingewiesen, daß es nach der Erfahrung von Geheimdiensten gefährlich sei, solche Verbindungen sofort abzubereiten und es sich empfehle und es geradezu notwendig sei, solche **Verbindungen langsam auslaufen zu lassen**. Dieses wurde daraufhin von Dr. Wagner akzeptiert und beschlossen auf seine eigene Verantwortung. Wie er wörtlich gesagt hat: Er nahm dies auf seine Kappe. Der Innensenator, das ist eine unserer wichtigen Feststellungen, wurde von der Nichtbefolgung seiner Weisung nicht informiert.

[Unruhe bei der SPD]

In den Akten liest sich das am 5. Oktober wie folgt:

Telschow

– es heißt dort in Wirklichkeit „Lange“, das ist sein Tarnname – muß ab sofort stillgelegt werden. Keinerlei Aufträge erteilen, so daß sich Lange

– Telschow – auch nicht auf einen Auftrag berufen kann.

Telschow wurde also im Oktober und dann, wie ich hinzufügen möchte, noch im November nachbetreut, ohne daß der Senator dieses wußte.

Nun entwickelt sich eine zweite Handlungslinie. **Der Abgeordnete Pätzold** hatte nämlich offenbar **Informationen**, daß Telschow eine Verbindung zum Landesamt für Verfassungsschutz habe, und brachte am 17. Oktober, also knapp zwei Wochen nach dieser Weisung, im Innenausschuß den Vorgang zur Sprache. – Wir haben Ihnen in der Anlage zu unserem

(C) Bericht Auszüge aus dem Wort-Protokoll dieser Sitzung des Innenausschusses beigefügt. – Herr Pätzold fragte dort sinngemäß den Innensenator, ob denn dieser Mann, der dort zu einem Jahr Haft verurteilt worden sei wegen eines Steinwurfs, vielleicht ein Polizist oder vielleicht ein Mann des Verfassungsschutzes sei. Und der Innensenator verweigerte die Auskunft, denn – so haben wir in unseren Vernehmungen von mehreren Seiten gehört – es gibt ein „ehernes Gesetz“ – diesen Ausdruck haben wir dort mehrfach erfahren –, daß über die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit eines Mitarbeiters, eines Probanden oder was auch immer zum Verfassungsschutz grundsätzlich nicht gesprochen werde.

Es gab also keine Auskünfte auf die Anfragen oder Nachfragen des Abgeordneten Pätzold – zweimal mindestens im Innenausschuß. Sie hatten aber doch ihre Wirkung, denn die Presse – das sind ja öffentliche Sitzungen – griff das auf, und insbesondere die „taz“ ließ einen großen Artikel erscheinen, in dem sie in sehr wirksamer Weise die Frage stellte, ob wohl der Steinwerfer vom Verfassungsschutz sei.

Das las natürlich auch Herr Telschow. Und Telschow, der immer noch in der Szene lebte, hatte, wie Herr Pätzold aus einem seiner Gespräche berichtet hat, die Angst – ich will das wörtlich zitieren, wir haben es nicht im Bericht, aber es ist die Aussage von Herrn Pätzold –, „die Angst, an die Wand gestellt zu werden oder zusammengeschlagen zu werden.“ Das heißt: Telschow hatte eine für uns nachvollziehbare Sorge. Diese veranlaßte ihn zu überlegen, wie er ein Dementi seiner Verfassungsschutzzugehörigkeit, die er unter allen Umständen in seinen Kreisen geheimhalten wollte, in die Welt bekommen könnte. Er begab sich zu der „taz“-Redakteurin **Rita Herrmanns**, trug ihr den Fall vor und bat um Abdruck einer Gegendarstellung.

(D) **Frau Herrmanns** lehnte das mit der Begründung ab, sie habe nur berichtet, was der Abgeordnete Pätzold im Innenausschuß gefragt habe, und **verwies** ihn, **Telschow, an Pätzold**. Das heißt: In diesem Augenblick beginnt ein weiterer Handlungsstrang. Herr Telschow greift diese Anregung auf, telefoniert zunächst wahrscheinlich mit dem Fraktionsbüro und **verabredet sich** für den 7. November **das erste Mal mit dem Abgeordneten Pätzold**, um ihn zu veranlassen, möglichst zu dementieren oder sonstwie richtigzustellen – das letzte Wort sage ich natürlich in Anführungsstrichen –, daß er beim Verfassungsschutz sei.

Dieses Gespräch fand am 7. November statt. Wir haben dazu festgestellt – ich sage wieder: einmütig –, daß das Landesamt für Verfassungsschutz erst am 10. November, also drei Tage später, von diesem Treffen, von diesem Gespräch zwischen Pätzold und Telschow, erfahren hat, von diesem Gespräch, von dem Telschow bei uns ausgesagt hat, es sei von ihm auf eigenen Antrieb initiiert worden.

Am 10. November – ich muß Sie jetzt etwas mit Daten belästigen –, drei Tage später, informierte der Abgeordnete Pätzold hier im Abgeordnetenhaus am Rande einer Plenarsitzung den Innensenator über dieses Gespräch sinngemäß so: Der Steinwerfer war bei mir. Ich will jetzt hier über den Inhalt des Gesprächs nichts weiter vortragen, die Aussagen haben wir Ihnen –

[Härtig (AL): Glauben Sie eigentlich, daß wir des Lesens mächtig sind?]

– Ich gehe davon aus, daß Sie des Lesens mächtig sind. Wenn Sie sich auch der Mühe unterziehen, von dieser Eigenschaft Gebrauch zu machen, dann können Sie sich über den Inhalt dieses Gesprächs informieren.

Der Innensenator, der zu diesem Zeitpunkt noch in dem Glauben lebte, die Taue seien gekappt, da er nichts anderes wußte, hielt für völlig unmöglich, für völlig unverständliche, unvorstellbar, daß der Verfassungsschutz jemand zu Pätzold hinschicke, sagte aber zu, der Sache nachzugehen.

Dr. Finkelnburg

(A) Am nächsten Tag, am 11. November, informierte er den Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, Herrn Dr. Wagner, von diesem Gespräch mit dem Abgeordneten Pätzold und bat ihn, dem nachzugehen.

Sie müssen jetzt berücksichtigen: Dieses war an einem Freitag; am Donnerstag war die Plenarsitzung mit dem Gespräch zwischen Pätzold und Kewenig, am Freitag das Gespräch zwischen Kewenig und Dr. Wagner. Unmittelbar danach – an dem Wochenende – ging der Innensenator für eine Woche auf Dienstreise nach London. Er war die ganze folgende Woche nicht da und war erst zehn Tage später – nämlich am 21. – wieder im Dienst. In dieser Woche ereignete sich das zweite Gespräch; das **zweite Gespräch zwischen Pätzold und Telschow** fand am 15. November statt. Zu diesem Gespräch haben wir zweierlei festgestellt – was wir für wesentlich halten –, erstens: Auch dieses Gespräch ist **nicht im Auftrag des Landesamtes** erfolgt. Ich lese Ihnen unsere Feststellung vor:

Auch für diese Verabredung gab es keinen Auftrag vom Landesamt für Verfassungsschutz, aber

– das ist die zweite Feststellung –

Telschow unterrichtete vor dieser Verabredung „Max Fock“.

„Max Fock“ ist derjenige Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, der ihn betreute und der übrigens der einzige ist, der jemals mit ihm persönlich Kontakt hatte. Auch „Max“ wurde für kurze Zeit eine Person der Zeitgeschichte!

Am 21. war der Innensenator von seiner Reise zurückgekehrt. Es fand eine Sitzung des Innenausschusses statt, und im Anschluß an diese Sitzung informierte Herr Pätzold den Innensenator von seinem zweiten Gespräch; das war am Montag. Am Dienstag – nach der Abteilungsleitersitzung – wurde wiederum Herr Dr. Wagner durch den Innensenator von diesem Gespräch unterrichtet, von diesem erneut auf die Weisung hingewiesen, die „Taeu zu kappen“.

[Pätzold (SPD): Keine Frage, . . .!]

– Im Augenblick habe ich das Wort und nicht Sie, Herr Pätzold! – und aufgefordert, dieser Mitteilung über das zweite Gespräch nachzugehen. Wir haben festgestellt, daß Herr Dr. Wagner weder bei dieser Gelegenheit noch bei dem ersten Gespräch zwischen dem Senator und ihm am 11. den Senator darüber informiert hat, daß Telschow noch nachbetreut wurde, und ihn auch nicht darüber informiert hat, daß er – Dr. Wagner – inzwischen Kenntnis hatte von der Tatsache des Gesprächs zwischen Pätzold und Telschow;

[Dr. Kremendahl (SPD): Unglaublich!]

denn Telschow hatte in den Nachbetreuungen „Max Fock“ von den Gesprächen unterrichtet, von dem zweiten Gespräch sogar zwei Stunden zuvor – da hatten sie sich schon getroffen und zwei Stunden danach noch einmal. Er hatte also „Max Fock“ über die Tatsache dieses – ich sage es noch einmal: nicht im Auftrag des Verfassungsschutzes durchgeführten – Gesprächs informiert, und „Max Fock“ hat dieses – wie es einem Beamten geziemt – aktenkundig gemacht, und Dr. Wagner kannte diese Vermerke. Das war also jetzt der 21., als Herr Pätzold den Senator von dem zweiten Gespräch informiert hat.

Drei Tage später – das haben Sie alle miterlebt – fand am 24. eine Plenarsitzung statt. An diesem 24. fand aber auch ein **drittes Gespräch zwischen Pätzold und Telschow** statt. Dazu haben wir festgestellt, daß von diesem Gespräch das **Landesamt vorher nicht unterrichtet** worden ist. Zu diesem Komplex darf ich also zusammenfassen – weil ich damit schon zum nächsten übergehen kann –: Alle drei Gespräche fanden

nicht im Auftrag des Landesamtes statt; von dem zweiten Gespräch – 15. November – war das Landesamt nach unseren Feststellungen zumindest zwei Stunden vorher unterrichtet. (C)

In der Plenarsitzung am 24. November hat der Abgeordnete Lorenz den Vorgang dann öffentlich gemacht und ihn unter anderem zum Anlaß genommen, den **Rückzug** der beiden Abgeordneten Pätzold und Lorenz – und damit **der SPD-Fraktion – aus der PKK** bekanntzugeben. Zu diesem Zeitpunkt – zum Zeitpunkt der Plenarsitzung am 24. November – war der Innensenator noch immer in dem Glauben, seine Weisung sei befolgt worden, das heißt: die Taeu zu Telschow seien gekappt. Am nächsten Tag – am Freitag – wurde dann nach dieser Rede im Abgeordnetenhaus Herr Dr. Wagner zur Berichterstattung gebeten; bei dieser Gelegenheit – jetzt zitiere ich wörtlich unseren Bericht – „beichtete“ – wir haben das Wort zwar in Anführungsstrichen gebracht, aber wir haben es gebracht – Dr. Wagner dem Innensenator. Als einer – das steht nicht in unserem Bericht, aber das steht in dem Protokoll – der Abgeordneten – ich glaube, es war Herr Schneider, aber ich will mich nicht festlegen – den Innensenator fragte, ob er denn Absolution erteilt habe, erwiderte dieser, er stamme zwar aus dem katholischen Köln, aber er habe nicht die Eigenschaft oder die Fähigkeit, Absolution zu erteilen. Das heißt: **Der Innensenator ist erstmals am 25. November umfassend über den Vorgang informiert worden**, insbesondere darüber, daß es noch nach dem 4. Oktober Nachbetreuungskontakte zu Telschow gegeben hat. Ich sage dazu – was ich auch in der Vernehmung gefragt habe und was von Herrn Dr. Wagner bejaht worden ist –: Hätte Dr. Wagner am 4. Oktober die Weisung lupenrein gefolgt, dann säßen wir zu diesem Punkt sicher nicht hier.

Am 27. November ist der Regierende Bürgermeister informiert worden, der an diesem Tag erstmals von alledem erfuhr.

Ich fasse die **wesentlichen Ergebnisse** noch einmal zusammen, an dem öffentlichen Vorwurf, der Verfassungsschutz habe jemand zu dem Abgeordneten Pätzold geschickt, um ihn auszuforschen, und zwar jemand, der ein Steinwerfer ist: (D)

Wir haben – erstens – festgestellt, daß dieser Steffen Telschow in der Tat Verbindung zum Verfassungsschutz hatte, der ihn im Vorfeld der IWF-Tagung probeweise im linksextremen Umfeld eingesetzt hat.

Wir haben – zweitens – festgestellt, daß, nachdem Telschow wegen eines Steinwurfs verurteilt worden ist, der Innensenator persönlich die Weisung gegeben hat, die Verbindung mit ihm sofort abzubrechen, „die Taeu zu kappen“.

Wir haben – drittens – festgestellt, daß diese Weisung vom Landesamt für Verfassungsschutz eigenmächtig und ohne Kenntnis des Senators abgewandelt worden ist: Telschow erhielt zwar keine Aufträge, keine Weisungen mehr, aber er wurde, um Fehlreaktionen eines enttäuschten Telschow zu vermeiden, im Oktober und November nachbetreut.

Wir haben – viertens – festgestellt, daß, nachdem der Abgeordnete Pätzold offenbar Hinweise erhalten hatte, daß Telschow irgend etwas mit dem Verfassungsschutz zu tun hat, und dies im Innenausschuß zur Sprache gebracht habe, Telschow von sich aus die Initiative entwickelte, Gespräche mit dem Abgeordneten Pätzold zu führen – insgesamt drei; später hat es dann noch, nachdem alles zu Ende war, ein viertes Gespräch gegeben, das uns aber nicht weiter interessierte. Wir haben dazu festgestellt, daß der Verfassungsschutz zu diesen drei Gesprächen keinen Auftrag erteilt hat, teilweise nichts von ihnen wußte, vom zweiten Gespräch jedoch einige Stunden vorher erfahren hat. Wir haben weiterhin festgestellt, daß der Innensenator von dem Abgeordneten Pätzold zweimal darauf angesprochen worden ist, daß er – der Innensenator – zusagte, dem nachzugehen, diese Bitte an den Leiter des Verfassungsschutzamtes weitergegeben hat, Dr. Wagner ihn aber bei beiden Gelegenheiten nicht informierte.

Dr. Finkelnburg

(A) Wir haben schließlich abschließend festgestellt, daß erst nach dem dritten Treffen des Abgeordneten Pätzold mit Telschow – der sich zu diesem Treffen übrigens gedrängt hat – am 24. November – nämlich am Tag danach – der Innensenator umfassend Kenntnis von alledem erhielt und der Regierende Bürgermeister drei Tage danach. – Ich danke Ihnen.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Präsident Rebach: Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Landowsky.

Landowsky (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Vorbereitung der heutigen, sehr ungewöhnlichen Debatte habe ich mir noch einmal meine beiden Reden durchgelesen, die ich im November dazu gehalten habe,

[Wieland (AL): Und sind hoffentlich schamrot geworden!]

und ich muß Ihnen ganz ehrlich gestehen, nachdem heute ein **einstimmiger Sachverhalt** vorliegt, könnte ich die gleiche Rede fast noch einmal halten.

[Beifall bei der CDU – Oho! bei der SPD und AL]

– Auch die Lautstärke wird das nicht übertönen! – Was heute feststeht, ist doch ganz klar: Herr Pätzold hatte keinen Aufstand des Gewissens, sondern er hat versucht, **eine Kampagne anzuzetteln**, die heute ganz müde **zusammengebrochen** ist!

(B) [Beifall bei der CDU –
Ach! bei der SPD und der AL]

Schon damals hat die „Süddeutsche Zeitung“ geschrieben – –

[Zurufe von der SPD]

– Sie müssen auch die Chance haben, noch neun Tage vor der Wahl zuzuhören!

[Zurufe von der SPD]

– Ja, ich weiß, daß ist Ihnen jetzt unangenehm, meine Damen und Herren, natürlich, das ist Ihnen unangenehm. –

[Beifall bei der CDU –
Zurufe von der SPD und der AL]

Schon damals hat die „Süddeutsche Zeitung“ geschrieben, daß bei der ganzen Briefkampagne des Herrn Momper es sich ausnahmslos – mit Ausnahme des Pätzold-Falles – um Altfälle handelt. Darüber werden wir demnächst noch reden. Aber der ganz große Hinweis, im Auftrage des Innensensors sei ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes auf Pätzold

[Starker Widerspruch bei der SPD und der AL]

– Also, nun bitte ich Sie! –

[Anhaltender starker Widerspruch bei der SPD und der AL – Glocke des Präsidenten]

angesetzt worden, um Herrn Pätzold zu bespitzeln,

[Starke Unmutsäußerungen bei der SPD und der AL]

(C) und ich habe damals wörtlich gesagt, ich weiß eigentlich nicht, was in Herrn Pätzold gefahren ist, Verfolgungswahn, ein bißchen Selbstüberschätzung . . ., kennen wir, und das ist nach wie vor so!

[Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD und der AL]

Heute wissen wir, wie der Sachverhalt wirklich war, und Dr. Finkelnburg hat das ja dankenswerterweise dargetan. Ich leiste dem Untersuchungsausschuß und seinem Vorsitzenden allen Respekt, denn heute ist unzweifelhaft festgestellt worden, daß der **Verfassungsschutz keinen Mitarbeiter auf Herrn Pätzold angesetzt** hat, um ihn zu bespitzeln. Das ist der Sachverhalt!

[Beifall bei der CDU und der F.D.P. – Zurufe von der SPD und der AL]

Im Zusatzvotum von SPD und AL in diesem Bericht handelt es sich Schlußfolgerungen und Wertungen.

[Widerspruch bei der SPD und der AL]

Völlig klar ist, daß es in dieser Behörde Unzulänglichkeiten gegeben hat, und das wollen wir auch kritisieren.

[Gelächter bei der SPD und der AL]

Die **strukturellen Unzulänglichkeiten bei dieser Behörde** haben Sie durch jahrzehntelangen Mißbrauch dieser Einrichtung des Verfassungsschutzes verursacht.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P. – Starke Unmutsäußerungen bei der SPD und der AL]

(D) Dieser ungeheuerliche Vorwurf des Herrn Vogel, Ihr Parteivorsitzender, der uns beschuldigt hat, den Verfassungsschutz als Privatdetektei zu benutzen,

[Zuruf von der SPD]

ist heute eindeutig widerlegt. Das muß einmal festgestellt werden!

[Beifall bei der CDU und der F.D.P. – Widerspruch bei der SPD]

Daß Sie in der Opposition das heute, neun Tage vor der Wahl, nicht eingestehen wollen, das kann ich nach einem mißlungenen Wahlkampf durchaus verstehen.

[Beifall bei der CDU – Gelächter bei der SPD]

Sie brauchen nur einmal hinauszugucken. Sie befinden sich im Übergang von der Blödel- in die Wahnsinnskampagne! Aber so viele Doofe kann es gar nicht in der Stadt geben!

[Beifall bei der CDU – Unruhe]

Ich möchte mich deswegen noch einmal an Ihren Partei- und Fraktionsvorsitzenden wenden. Wir haben uns damals über den Umfang dieses Untersuchungsausschusses ausgetauscht. Wir waren anfangs unterschiedlicher Meinung, dann aber, gegen die Ansicht von Herrn Pätzold bzw. Herrn Longolius einer Meinung. Nach wie vor glaube ich, daß man **diese Themen**, die hier untersucht werden, zweckmäßiger in der **Parlamentarischen Kontrollkommission untersucht** hätte. Zweckmäßigerweise!

[Zurufe von der SPD: Ja, ja!]

Landowsky

(A) Aber damit wir uns nicht mißverstehen, Herr Momper: Ich halte Sie nicht für unrecht, aber heute ist nachgewiesen, daß Herr Pätzold Sie auf eine Schiene gesetzt hat, von der Sie nun, neun Tage vor der Wahl, nicht mehr herunterkommen!

[Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD]

Was ich Ihnen eigentlich vorwerfe, ist, daß Sie als verantwortungsbewußter Politiker dieses hätten erkennen können!

[Dr. Kremendahl (SPD): ... stimmt, was Pätzold gesagt hat!]

- Herr Kremendahl, ja - -

[Gelächter bei der CDU]

Und nicht einmal der am Anfang Sie unterstützende „Spiegel“ ist auf dieses Thema noch einmal eingegangen, wenn Sie sich die Ausgaben der letzten Wochen einmal ansehen!

[Zurufe von der SPD]

Er hat Sie auf eine Rolle geschoben, diese Behauptung der Bespitzelung aufzustellen. Sie haben sich dann noch dazu verstiegen, Beamte persönlich anzugreifen, was Ihnen das Landgericht untersagt hat! - Heute steht jedenfalls als Zwischenergebnis einstimmig fest, daß der Verfassungsschutz keinen Mitarbeiter auf Herrn Pätzold angesetzt hat, um ihn zu bespitzeln.

[Unmutsäußerungen bei der SPD und der AL]

(B) Nun will ich Ihnen noch einmal etwas sagen: Dieser obskure Typ

[Anhaltende starke Unmutsäußerungen bei der SPD und der AL - Glocke des Präsidenten - Abg. Härtig (AL) meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

namens Telschow,

[Unruhe]

der aus dem Osten abgeschoben war, im Zweifelsfall, wie Herr Pätzold sagte, immer noch dafür arbeitet, hat Zugang zur Chaotenszene und gleichzeitig zum Verfassungsschutz als Informant gesucht, hat Steine geworfen, ist verurteilt worden; lange bevor diese Diskussion im Gang war, hat der Innensenator gesagt, mit diesem Mann sind die Tuae zu kappen.

[Erregte Zurufe von der SPD und der AL]

Präsident Rebesch: Herr Landowsky, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Landowsky (CDU): Ich gestatte gar keine Zwischenfrage. - Sie können nachher selber reden, Herr Kollege!

[Zurufe von der SPD und der AL]

Wenn Protokolle noch Sinn haben, dann kann man nachlesen, daß Herr Pätzold sich mit einem Mann verabredet hat und schon zum ersten Treffen wußte, um wes Geistes Kind es sich bei diesem Herrn Telschow gehandelt hat.

[Unruhe]

(C) Protokolle müssen ja auch einen Sinn haben, und ich lese Ihnen jetzt das Vernehmungsprotokoll vor:

In der Tat habe ich mir zum Schluß der ersten Besprechung diesen Zettel mal zur Hand genommen

- wo die Telschow-Daten darauf waren -

und entdeckte zu meinem Erstaunen - das kenne ich doch! -, daß unten drunter auch der Name stand. Ich habe ihm dann auch den Namen vorgelesen, und er hat in der Tat gesagt: Ja, ja, das ist mein Name! - sagte Telschow - na ja, dann wissen Sie ja sowieso mehr als ich. Aber ich hatte auch nicht gegenwärtig, daß auf dem Zettel der Name stand. Mit Sicherheit war das beim ersten Gespräch, am Ende des ersten Gesprächs!

Das ist Ihre Vernehmung, Herr Pätzold! Sie wußten am 7. November bereits, woher dieser Typ gekommen ist, und das werfe ich Ihnen vor!

[Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Widerspruch bei der SPD und der AL]

Ein Treffen, von dem der Verfassungsschutz überhaupt nichts wußte! Sie haben sich dann ohne Wissen des Verfassungsschutzes ein zweites Mal mit dem Typen verabredet

[Starker Widerspruch bei der SPD und der AL]

am 15. November - Seite 32

[Anhaltender starker Widerspruch bei der SPD und der AL - Glocke des Präsidenten]

des Berichtes - Sie brauchen nur nachzulesen! Auch hierfür gab es keinen Auftrag des Verfassungsschutzes!

[Erregte Zurufe von der SPD und der AL]

Präsident Rebesch: Ich bitte, den Kollegen Landowsky ausreden zu lassen; es ist mir hier zu unruhig!

[Zuruf des Abg. Härtig (AL)]

Landowsky (CDU): Das ist Ihnen unangenehm, weil das der Sachverhalt ist

[Erregte Zurufe von der SPD und der AL]

- Seite 37, ein drittes Gespräch zwischen Pätzold und Telschow, von diesem Treffen hatte das Landesamt keine Kenntnis, und dann haben Sie noch ein viertes Treffen durchgeführt, und da hat er sich auf einmal bekannt: Ich komme vom Verfassungsschutz.

[Zuruf des Abg. Wagner, Jürgen (SPD)]

- Das können Sie eigentlich nur jemandem erzählen, der von ganz fern und vom Lande kommt. Ihre Vernehmungsprotokolle kennen wir, und wir haben das auch richtig zu werten gewußt. Herr Pätzold wußte von Anfang an, um wen es sich bei Herrn Telschow handelt,

[Erregte Zurufe von der SPD und der AL - Glocke des Präsidenten]

das geht aus den Protokollen hervor! Und damit wird der Vorwurf im übrigen noch lächerlicher

[Widerspruch bei der SPD]

Landowsky

(A) und auch dubioser!

[Erregte Zurufe von der SPD]

– Ach, hören Sie doch auf! Ich brauche doch Ihre Zeitung nicht; ich brauche den Bericht, da ist die Wahrheit drin!

[Beifall bei der CDU]

Un dieser ominöse Beamte im Verfassungsschutz, der Herrn Telschow betreut hat, namens „Max Fock“, der hat sogar wissen lassen, daß er nie auf die Idee käme, Sie zu bespitzeln!

[Zurufe]

Der weiß das doch! Er verehrt Sie, hat er gesagt, er ist Genosse und ÖTV-Mitglied! Darüber werden wir uns auch noch einmal zu unterhalten haben!

[Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD]

Und nun sage ich Ihnen, was jeder Mensch darüber denkt: Tatsache ist,

[Erregte Zurufe – Glocke des Präsidenten]

Sie können – – Ein Verehrer ist das, der Herr „Fock“, ja?

[Widerspruch bei der SPD und der AL]

Tatsache ist, daß diese Treffen mit Telschow vorsätzlich herbeigeführt worden sind. Es wird auch daran deutlich, nachdem Herr Kewenig ihm sogar ein gemeinsames Treffen angeboten hat, zwischen Kewenig, Wagner und Pätzold. Das hat Herr Pätzold abgelehnt, dieses Treffen!

(B)

[Erregte Zurufe von der SPD]

– Ja, Herr Pätzold, manche Dinge wollen Sie heute nicht mehr wahr haben, sage in Ihnen!

[Zurufe]

– Nein, da kommen Sie nicht daran vorbei! – Und dann haben Sie – –

[Anhaltende erregte Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten]

– Herr Präsident, ich hoffe, daß Sie mir die zwanzig Minuten als Redezeit lassen

[Zurufe]

und nicht als Zeit der Zurufe.

Auf die Frage von Herrn Kewenig, warum er sich den Typen nicht vom Halse halte, da sagt Herr Pätzold: Ob ich mir jemanden vom Halse halte oder nicht, das ist meine Entscheidung.

[Starker Beifall bei der SPD]

Damit wird das **Motiv** auch **deutlich**, Herr Pätzold!

[Wagner, Horst (SPD): Das Motiv kommt von der anderen Seite! – Weitere Zurufe von der SPD]

Sie sagten: Ich hatte im zweiten Gespräch den Ehrgeiz, dahinterzukommen, was sich hier eigentlich abspielt. Der Kojak vom Wedding!

[Starker Beifall und anhaltende Zurufe von der SPD]

(C)

Herr Pätzold! Seien Sie froh, und wir sind es alle, es ist das letzte Mal, daß Sie in diesem Abgeordnetenhaus klatschen. Es ist das letzte Mal! Statt den Weg zu gehen, den man zu gehen hat, in die PKK oder zu dem gemeinsamen Gespräch mit dem Senator oder dem Leiter des Verfassungsschutzes!

[Löffler (SPD): Er ist den richtigen Weg gegangen! Zum Senator! – Weitere Zurufe von der SPD]

Diesen Weg haben Sie abgelehnt, Herr Pätzold, und das werfe ich Ihnen vor!

[Zurufe von der SPD: Lüge, Lüge!]

Aber natürlich!

[Starkes Gelächter bei der SPD – Zurufe von der SPD: Stimmt nicht!]

Sie haben von Anfang an gewußt, und Sie wollten auch, daß das so gekommen ist. Sie haben sich mit dem Mann immer wieder verabredet. Ich sage Ihnen: Sage mir, mit wem du gehst, und ich sage dir, wer du bist! – Das ist Ihr Problem heute.

[Beifall bei der CDU – Gelächter bei der SPD]

Lassen Sie mich erstens als **Fazit** feststellen: Die Nichtbefolgung der Anweisung des Innensensors, aber auch das Verhalten von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes, auch des Herrn „Fock“, zeigt, daß die **Strukturen dieser Behörde** nicht intakt sind. Wir werden das **nach den Wahlen ändern**.

[Gelächter bei der SPD – Wagner, Horst (SPD): Acht Jahre haben Sie Zeit gehabt! – Weitere Zurufe von der SPD]

(D)

Zweitens: Sie, Herr Momper, haben sich aus meiner Sicht leichtfertig von Ihrem Fraktionskollegen Pätzold in eine Situation bringen lassen, von der Sie glauben, daß Sie von ihr neun Tage vor den Wahlen nicht mehr runterkommen! Ihre Äußerungen über Spitzenbeamte wurden Ihnen vom Landgericht untersagt.

Drittens: Der Hauptvorwurf, der Verfassungsschutz hätte einen Mitarbeiter auf Herrn Pätzold angesetzt, um ihn zu bespitzeln,

[Pätzold (SPD): Wer hat das gesagt? – Weitere Zurufe von der SPD]

ist einstimmig widerlegt.

Viertens: Wahr ist, daß es sich bei dem Abgeordneten Pätzold um einen Mann handelt, der von Anfang an wußte, woher Telschow kam.

[Anhaltende Zurufe von der SPD]

Fünftens: Die ganze Angelegenheit ist eine Kampagne, die fast nachweislich auf den 29. Januar, auf den Wahltermin, abzielt.

[Wagner, Horst (SPD): Ist das billig! – Weitere Zurufe von der SPD]

Es ist ein gewolltes oder ungewolltes – das will ich jetzt noch dahinstehen lassen – **Zusammenwirken von Herrn Pätzold, Herrn Telschow**,

[Lautes Gelächter bei der SPD – Wagner, Horst (SPD): War das Ihr Spitzel oder wessen? – Weitere Zurufe von der SPD und der AL]

Landowsky

(A) der „taz“-Redakteurin und möglicherweise von Mitarbeitern im Verfassungsschutz.

[Anhaltendes Gelächter bei der SPD und der AL – Sehr starke Unruhe]

Präsident Rebsch: Herr Kollege Landowsky, einen Moment, bitte! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob es Ihnen besser geht als uns hier oben. Heute scheint die Beschallungsanlage nicht richtig in Ordnung zu sein.

[Gelächter bei der SPD und der AL]

Um so mehr bitte ich Sie um Ruhe. Ich will nicht immer wieder unterbrechen, aber es ist sonst nicht zu verstehen, was der Redner spricht.

[Gelächter und Bravo-Rufe bei der SPD]

Landowsky (CDU): Sie verwechseln diese Sitzung leider mit einer Wahlkampfveranstaltung; das können Sie machen! Ich sage Ihnen, es ist eine Kampagne, die auf den Wahltermin abzielt. Aber eines können Sie mir glauben,

[Zurufe von der SPD: Ihnen glauben wir gar nichts mehr!]

die Verunsicherung, die Sie mit drei Sicherheitsdebatten – von Kreuzberg über IWF bis zum Verfassungsschutz – versucht haben, in die Bevölkerung zu tragen, auch in unsere Sicherheitsbehörden, die wird Ihnen nicht gelingen. Es wird konsequent, es wird weiterhin engagiert die Verbrechensbekämpfung von der Droge bis zu den Staatsfeinden, auch bis zu den Chaoten, die gestern abend wieder auf der Straße waren, von diesem Senat gewährleistet. Auch in Zukunft! Die Bürger in dieser Stadt können auch in Zukunft sicher sein.

(B)

[Sehr starker Beifall bei der CDU – Anhaltende Zurufe von der SPD]

Präsident Rebsch: Das Wort hat für die SPD der Abgeordnete Momper.

[Zurufe von der CDU: Bruno! Bruno!]

Momper (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich mit der Rabulistik des Kollegen Landowsky gar nicht auseinandersetzen, weil das nichts bringt.

[Starker und anhaltender Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU]

Herr Landowsky! Ich finde, es überschreitet auch das bisher von Ihnen gewohnte Maß an Verdrehung, wenn Sie hier nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein das Opfer zum Täter zu machen versuchen.

[Starker und anhaltender Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU]

Es ist ein im höchsten Grade unmoralisches Vorhaben, so zu tun, als habe Erich Pätzold mit Telschow und einigen anderen zusammen alles inszeniert.

[Starker Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU]

Es hätte zur Vollständigkeit dazugehört, daß Sie hier gesagt hätten, daß Erich Pätzold zweimal bei Senator Kewenig gewesen ist, daß Herr Senator Kewenig selbst, wie Sie es aus

dem Untersuchungsausschußprotokoll hätten zitieren können, das alles als Irrsinn bezeichnet hat. Was soll denn ein Abgeordneter noch mehr machen, als zum zuständigen Senator und dem sagen: Stellen Sie das ab!

(C)

[Sehr starker, anhaltender Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU]

Ich selbst habe dem Herrn Regierenden Bürgermeister einen Brief über die Vorgänge am 21. November geschrieben. Der Herr Regierende Bürgermeister hat mir ein Gespräch darüber angeboten. Ich habe das sofort angenommen. Vielleicht wäre manches zu klären gewesen, aber das Gespräch ist bis heute nicht zustande gekommen.

[Zurufe von der SPD: Hört, hört!]

Sie werden es, Herr Landowsky, nicht schaffen, den Sachverhalt, der festgestellt ist, zu verbiegen. Der Sachverhalt, den ich in meinem Schreiben vom 21. 11. 88 so zusammengefaßt habe – ich zitiere:

Daß der Mann dabei auch auszuforschen versuchte, was der Abgeordnete woher weiß, rundet diesen Musterfall des Umgangs des Verfassungsschutzes mit einem seiner parlamentarischen Kontrolleure ab, denen er in der PKK kraft Gesetzes zur wahrheitsgemäßen Unterrichtung aus eigenem Antrieb verpflichtet ist.

Ich stelle hier noch einmal fest, und das ist das Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses: Selbst wenn der Telschow beim ersten Mal aus eigenem Antrieb zum Abgeordneten Pätzold gekommen ist, beim zweiten Mal und beim dritten Mal ist er mit Wissen und mit Billigung des Landesamtes für Verfassungsschutz zu ihm gegangen. Hinterher sind sofort die Berichte angefertigt worden, und diese Berichte sind bis zum Amtsleiter hin begierig aufgenommen, gelesen und verwendet worden.

(D)

[Starker Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Das ist falsch!]

Nach dem 4. Oktober hat Herr Telschow noch neunmal – vorher wohl zwölfmal – Geld auch für diese Tätigkeit bekommen; das sind die Tatsachen. Ich möchte einmal unterstellen, obwohl Ihnen das erstaunlich vorkommen mag, daß der Senator für Inneres nach dem 4. Oktober nichts mehr getan hat, um der Kontrolle des Vollzuges seiner Weisung, einer seiner elementaren Leistungsaufgaben, nachzukommen. Am 4. Oktober hat er gesagt: „Tae kappen!“, und bis zum 25. November ist nichts passiert. Ich will das einmal glauben, obwohl es mir schwerfällt. Acht Wochen lang in einer von allen Beteiligten einschließlich des Herrn Senators für wichtig erachteten Sache, acht Wochen lang den Verwaltungsvollzug nicht zu kontrollieren, halte ich allein schon für einen Fehler, der, wenn er in sicherheitsbedrohlichen Angelegenheiten vorgekommen wäre, zu Rücktrittsforderungen an den Senator ausreichen würde! Aber, ich glaube das einmal. So ist das anscheinend im Hause Kewenig!

[Sehr starker Beifall bei der SPD]

Es fällt mir aber auch deshalb schwer, das zu glauben, weil ja der Herr Staatssekretär Müllenbrock dafür bekannt ist, daß er sich sogar um das Reifenprofil bei den Funkwagen, also um jedes Detail in seinem Bereich kümmert. Ist er sozusagen acht Wochen lang an dem Herrn Wagner vorbeigelaufen, oder ist er immer, wenn der mit „T“ anfing oder so, schnell weggegangen? – Das ist doch wohl schwer zu glauben! Aber gut, ich unterstelle einmal, was war so. Da komme ich dann zu einem Punkt, daß der Herr Wagner nicht in die Wüste geschickt worden ist, daß ein Beamter – – Der Herr Innensenator war beispielsweise bei Herrn Senatsrat Magen wegen einer

Momper

- (A) Äußerung schnell dabei, den aus dem Urlaub zurückzuholen; bei Herrn Schwan, einem Mitglied Ihrer Partei, hat er sogar ein Disziplinarverfahren wegen einer vergleichsweise unwichtigen Äußerung eingeleitet. Hier ist **von einem Beamten gegen eine klare Weisung** in einer hochsensiblen Angelegenheit **verstoßen** worden, und **der Herr Wagner ist immer noch im Amt!**

[Zuruf von der SPD: Warum wohl?!]

– Warum wohl? –

[Beifall bei der SPD]

Welche Gründe, Herr Senator Kewenig, hindern Sie daran, Herrn Wagner aus dem Amte zu entfernen – einen Beamten, der in einer hochsensiblen Angelegenheit ganz klar einer Weisung des Senators zuwider gehandelt hat?

[Beifall bei der SPD]

Was wäre denn gewesen, wenn ein Beamter in einem solchen Bereich in einer wirklich die Sicherheit Berlins tangierenden Weise – um einen solchen Bereich handelt es sich ja – der Weisung des Senators 8 Wochen lang zuwider gehandelt hätte? – Ich muß sagen: Im nachhinein läuft es bei der Amtsführung dieses Innensensors, wenn ich Ihre Aussagen als zutreffend unterstelle, wenn ich an die Sicherheit Berlins denke, ein kalter Schauer den Rücken hinunter!

[Beifall bei der SPD]

- (B) Es geht hier aber nicht um die **Sachverhaltsfeststellungen**; die sind **unstrittig**. Es geht um sehr **grundlegende Fragen des Verfassungsverständnisses, des Parlamentsverständnisses** und auch der **Glaubwürdigkeit in der Politik**. Ich sage dieses gerade 10 Tage vor den Wahlen, weil aus gutem Grunde die Parteienverdrossenheit im Lande groß ist. Wenn Glaubwürdigkeit in einer so elementaren Frage von führenden Politikern aus dem Senat tangiert ist, dann muß das alle Demokraten, alle Parteien sehr betroffen machen!

[Beifall bei der SPD]

Ich sage auch, Herr Kewenig und Herr Dieppen – wo ist er denn? – er ist schon wieder hinausgegangen –, Herr Kewenig und Herr Dieppen! Sie haben heute die Gelegenheit, nicht nur Ihre politische Glaubwürdigkeit in dieser Angelegenheit wieder herzustellen, sondern, Herr Kewenig – das meine ich ganz im Ernst, weil ich Sie persönlich – nicht politisch! – schätze – auch Ihre persönliche.

Am 25. November wollen Sie das erste Mal davon erfahren haben, daß von dem Telschow die Kontakte mit dem Abgeordneten Pätzold fortgesetzt worden seien. An dem Tag hat Herr Wagner gebeichtet. Am 27. November 1988 ist ausweislich der Ergebnisse des Untersuchungsausschusses der Herr Regierende Bürgermeister über diesen Vorgang unterrichtet worden; schon am 21. November hatte ich ihm den Brief geschrieben. Ich sehe daran, daß auch in der Senatskanzlei der Geschäftsgang in wirklich elementaren und auch von Ihnen selbst für politisch wichtig erkannten Vorgängen nicht so ist, daß wichtige Vorgänge einigermaßen schnell geklärt werden, sondern anscheinend für zweitwichtig erachtet werden.

Und dann findet am 28. November – einige Tage später – die Sitzung des Innenausschusses statt. Dort wird ein Papier von Herrn Kewenig vorgelegt. Was Sie auch immer vorher im Parlament an subjektiv falschen Aussagen gemacht haben über den Vorgang Telschow – von „erlogen“ über „erstunken“, „erfunden“, „Sie wissen, daß Sie ein Lügner sind“ – das wollen wir mal alles weglegen, das war objektiv falsch; subjektiv mögen Sie es nicht besser gewußt haben. Aber am

28. November, da sagen Sie: Man stelle sich vor, der Verfassungsschutz bemüht einen verurteilten Gewalttäter! – Und dann sagen Sie im Innenausschuß in dieser schriftlichen Vorlage: „Schon allein diese Vorstellung ist so absurd, daß man eigentlich, wenn der erhobene Vorwurf nicht so ernst wäre, darüber nur lachen könnte.“

[Landowsky (CDU): Richtig!]

Und dann kommen sie auf den bekannten Satz: „Der Berliner Verfassungsschutz ist keine Mischung aus Kindergarten und Irrenhaus.“ Und Sie sagen auch definitiv, daß der Sachverhalt „nicht so sei“! – Das sind alles Zitate, Herr Kewenig. Nun komme ich auf Ihre ganz persönliche aber auch Ihre politische Glaubwürdigkeit. Sie treffen diese falschen Aussagen in einem Gremium des Parlaments, nachdem Sie über den Sachverhalt der Ausforschung des Kollegen Pätzold voll informiert worden sind! – Hier fängt Ihre persönliche Glaubwürdigkeit an, und hier endet sie auch schon. Sie haben jetzt Gelegenheit, das richtigzustellen!

[Beifall bei der SPD]

Am 30. November schreiben Sie mir einen Brief auf mein Schreiben vom 21. November. Und wieder wird gesagt, die Behauptung der Ausforschung durch Telschow ist unwahr. – Sie sagen hier nicht nur objektiv die Unwahrheit – das haben Sie vorher schon getan, indem Sie den Vorgang Telschow schlicht bestritten haben – nein, Herr Kollege Kewenig, Sie sagen auch subjektiv die Unwahrheit! – Ich bitte Sie, ich fordere Sie auf, hier und heute diese falsche Aussage und die andere auch gegenüber dem Parlament – und dabei geht es um Parlaments- und Verfassungsverständnis, Sie sind dem Hause in diesen Fragen verantwortlich! – zu korrigieren. Das haben Sie bisher nicht öffentlich gemacht. Das sind Sie diesem Parlament schuldig!

[Beifall bei der SPD]

In der Sitzung des Plenums vom 1. Dezember steht wieder die Verfassungsschutzfrage, und der Herr Senator Kewenig führt aus:

Der Verfassungsschutz hat keinen mit ihm zusammenarbeitenden Gewalttäter mehrfach zu dem SPD-Abgeordneten Pätzold geschickt. Diese Behauptung ist unwahr.

Auf meinen Zwischenruf: „Wir haben es verstanden; er ist von allein gegangen, er ist auf eigene Initiative hingegangen“ – wie wir heute wissen: beim ersten Mal –, gehen Sie nicht mehr ein. – wieder haben Sie am 1. Dezember die Gelegenheit, im Plenum des Parlaments oder am Rande des Parlaments, etwa einem Gespräch mit unseren ehemaligen PKK-Mitgliedern, dem Kollegen Pätzold beispielsweise, den Vorgang richtigzustellen oder den Vorgang gegenüber dem Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, mir gegenüber, richtigzustellen, nicht wahrgenommen. Wieder haben Sie dem Parlament objektiv und subjektiv die Unwahrheit gesagt!

[Beifall bei der SPD]

Und der Herr **Regierende Bürgermeister**, dessen Glaubwürdigkeit an diesem Punkte mindestens ebenso tangiert ist, der **wußte seit dem 27. November** auch **Bescheld**, der sitzt dabei und hört sich das an und hat keinen Anlaß, gegenüber dem Vorsitzenden der Oppositionsfraktion diesen Vorgang richtigzustellen!

[Buwitt (CDU): Die hat er heute noch nicht!]

Wenn es Gründe gegeben hätte, dies nicht coram publico zu tun – bitte! Aber die Gesprächsnachfrage des Regierenden Bürgermeisters lag vor, war längst von mir positiv beantwortet

Momper

- (A) worden. Warum ist denn dies nicht spätestens am 1. Dezember im Plenum oder am Rande geschehen? Warum, Herr Kewenig, ist das nicht geschehen?

[Beifall bei der SPD]

Am 9. Dezember – nächster Tag im Plenum – redet sogar der Herr Regierende Bürgermeister zur Frage der Einsetzung des Untersuchungsausschusses und geht mit keinem Wort, obwohl er bereits in voller Kenntnis des gesamten Sachverhalts ist, darauf ein. Er nimmt die Gelegenheit nicht wahr, die Glaubwürdigkeit des Regierenden Bürgermeisters und des Innensensors in dieser elementaren Frage der Bespitzelung eines Oppositionsabgeordneten herzustellen.

Es ist der **erste Skandal der politischen Führung**, daß 8 Wochen lang der **Verwaltungsvollzug nicht kontrolliert** worden ist. Es ist der **zweite Skandal** dieser politischen Führung, daß der **Leiter des Landesamtes**, obwohl er einer Weisung entgegengedankelt hat, **nicht abgelöst worden ist**. Es ist der **dritte Skandal** dieser politischen Führung, daß bis heute das öffentliche **Bestreiten dieses Vorganges nicht abgestellt** worden ist und Sie es nicht für nötig befunden haben, sich gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit zu entschuldigen!

[Buwitt (CDU): Sie müssen sich für diese Kampagne entschuldigen! – Landowsky (CDU): Eine miese Nummer war das, die Sie sich geleistet haben!]

Ich weiß auch, daß Sie mit dem Rücken zur Wand stehen, daß es 10 Tage vor einer Wahl keine Senatorenrücktritte gibt. Dieses Eingeständnis der eigenen Schwäche können Sie sich nicht leisten!

- (B) [Beifall bei der SPD]

Aber dieser Vorgang offenbart ein Parlamentsverständnis, ein Verständnis darüber, was man korrigieren kann und was man korrigieren muß, wenn man objektiv und subjektiv gegenüber dem Parlament die Unwahrheit gesagt hat, das mich schaudern läßt, das noch nicht nur obrigkeitstaatlich zu nennen ist. Es wird **an der Unwahrhaftigkeit** selbst dann noch **festgehalten, wenn längst das Gegenteil erwiesen** ist.

[Beifall bei der SPD –
Zuruf des Abg. Buwitt (CDU)]

Und wir wissen aus meinem Schreiben vom 21. November und vielen Beratungen in der PKK und in dem Innenausschuß, daß dies nur einer unter mehr als einem Dutzend Vorgängen ist, von denen andere inzwischen auch schon erwiesen sind. Ich kann Herrn Diepgen und den Innensensor nur auffordern, hier alles auf den Tisch dieses Hauses zu packen. Das wäre **Wahrhaftigkeit – zehn Tage vor der Wahl!**

[Beifall bei der SPD und der AL]

Herr Diepgen hat mir persönlich in seinem Antwortschreiben auf mein Schreiben vom 21. November vorgeworfen, daß ich ein tiefgreifendes Mißtrauen gegenüber dem Landesamt für Verfassungsschutz erkennen ließe. Sie haben recht, Herr Diepgen, ich habe nach diesen Vorgängen ein tiefgreifendes Mißtrauen gegen das Amt. Ich unterstelle mit einer eingangs geäußerten Erläuterung, daß ich Ihnen glaube, daß der Verwaltungsvollzug acht Wochen lang, zwischen dem 4. Oktober und 25. November, nicht nachkontrolliert worden ist. Wenn das aber so ist, dann ist nicht nur der Herr Innensensor Opfer seiner eigenen Verwaltung, oder – genauer gesagt – des Landesamtes und dessen Leitung geworden, sondern, Herr Regierender Bürgermeister, dann sind Sie es auch geworden, dann sind auch Sie Opfer dieses Landesamtes und der von

- dort falsch unterbreiteten Vorgänge geworden. Es macht den Vorgang nur noch schlimmer, daß auch Sie, Herr Diepgen, es nicht für nötig befunden haben, seit 27. November die objektiven und subjektiven Unwahrheiten, die Ihr Innensensor in der Angelegenheit Telschow hier im Parlament verbreitet hat, zu korrigieren. Ich fordere Sie, Herr Diepgen, hier und heute auf: Sie haben die Gelegenheit, diesen Vorgang vor dem Wahltag, der in zehn Tagen stattfindet, noch zu korrigieren.

Ich bitte Sie darum, daß Sie im Interesse des Parlaments und Parlamentarismus und der Kontrollierbarkeit des Verfassungsschutzes, aber auch im Interesse Ihrer politischen und, Herr Diepgen, Ihrer ganz persönlichen Glaubwürdigkeit gegenüber dem Parlament diese Unwahrheiten korrigieren und damit klar Schiff schaffen für den Wahltag, für den 29. Januar. Sonst sind die Berlinerinnen und Berliner berufen, dieses zu korrigieren.

[Anhaltender Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei der CDU – Zuruf des Abg. Buwitt (CDU)]

Präsident Rebsch: Das Wort hat nunmehr für die Alternative Liste Abgeordneter Wieland.

Wieland (AL): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Momper, diesen Senat abzuwählen, dazu sind die Berlinerinnen und Berliner ja wohl auf jeden Fall aufgerufen, egal, ob der Regierende Bürgermeister hier seinen Füller einmal zumacht und zuhört oder nicht!

[Beifall bei der AL –
vereinzelter Beifall bei der SPD]

- (D) Wir klagen auch nicht politische Moral bei Menschen ein, die unserer Überzeugung nach so etwas in keiner Weise haben. Moral wäre es – und die hat es in dieser Stadt schon lange nicht mehr gegeben –, politische Mißstände im eigenen Verantwortungsbereich selbst aufzudecken, noch bevor sie Dritten oder anderen aufgefallen sind. So etwas hat es – wie gesagt – seit Jahren nicht mehr gegeben. Aber, was wir erwartet hätten, wäre: ein kurzer Moment des Entsetzens, ein kurzer Moment des Innehaltens und des Luftholens auch bei Ihnen, nachdem nunmehr die Tatsachen auf dem Tisch liegen. Aber, nichts dergleichen geschieht. Herr Landowsky sagt, er knüpfe hier an seine alten Reden an. – Er steigert das Ganze noch, macht hier einen Komplott, einen Meineidskomplott aus, von Pätzold über die „taz“ bis hin zu Herrn Telschow und den V-Mann-Führer. Man muß sich einmal in Erinnerung rufen, wie er sich in beispielloser Weise im Dezember noch ausdem Fenster „gehängt“ hat. Er hat von Erich Pätzold als eiskaltem Typ geredet; das hätten ihm Genossen im Wedding gesagt. Er hat von der schäbigen Nummer, von der Null-Nummer gesprochen und vieles mehr. Ihm sei hier noch einmal eine Umwandlung dieses wirklich schlechten Reimes vorgehalten, den er hier gebraucht hat, bezogen auf den Kollegen Pätzold. Heute muß man das umformulieren, nämlich: **Lügen haben kurze Beine, kürzer sind Landowsky seine!**

[Beifall und Heiterkeit bei der AL und der SPD]

Wie die kleinen Kinder, die sich an einem Satz festmachen, hüt sich Senator Kewenig, hält sich die gesamte CDU-Fraktion daran fest: Aber, wir haben doch Telschow nicht hingeschickt; er ist allein hingegangen! – Das ist zweifelsohne richtig, aber es ist das einzig Richtige an Ihrem Vortrag. Das Landesamt hat das getan bis hin zur Spitze und mit Billigung der Spitze durch Dr. Wagner, was man im angelsächsischen Recht nennt: **das Genießen der Früchte des verbotenen Baumes.**

Sie haben das, was Ihnen eigentlich nicht zustand, nicht zustehen dürfte, als Zufallsprodukte begierig aufgeriffen,

Wieland

- (A) darüber Vermerke geschrieben, und den, der sie Ihnen besorgt hat, in keiner Weise davon abgehalten, in keiner Weise zurückgehalten, ihm auch nicht in höflichster, in entferntester Form zu verstehen gegeben, er solle das unterlassen, er solle nicht mehr zu Pätzold gehen. Nichts dergleichen ist geschehen. Sie haben hier **gehandelt durch Unterlassen, Herr Senator!** Von dieser Verantwortung kommen Sie nicht los. Wir müssen heute als *Ceterum censeo*, auch wenn es das fünfte, sechste oder siebente Mal ist, wieder **Ihren Rücktritt fordern.**

[Beifall bei der AL –
vereinzelter Beifall bei der SPD]

Es macht die Sache auch nicht besser, daß Sie zusammen mit Dr. Wagner und dem Staatssekretär Müllenbrock, diesem Einschleuser oder Schleusenwärter für V-Leute, in einem Verband der Versager gesegelt sind, daß Sie gemeinsam sozusagen eine Troika der Nieten gebildet haben. Das macht die Sache nicht besser, das macht die Sache schlimmer. Das kann Sie nicht retten.

Dr. Wagner, der hier immer von allen, auch von Ihnen, beschrieben wurde, als langgedientester Chef eines Landesamtes, als penibler schwäbischer Beamter, gab ein Bild ab, das vollständig unnachvollziehbar ist. Er gab das Bild ab eines dummen Schuljungen, der vom Senator gefragt wird: Was ist denn an einem Vorgang dran? –, der genauestens informiert ist über diesen Vorgang, deram Vortrag noch einen Vermerk abgezeichnet hat, in dem ihm minuziös alles geschildert wird, der sich hinstellt, mit den Schultern zuckt und sagt: Ja, ich werde das prüfen! – Was ist das für ein Bild eines Spitzenbeamten? Was ist das für ein Bild eines **trauwidrigen Verhaltens gegenüber dem Senator?** Und – die SPD hat das schon ausgeführt – es ist nicht zu fassen: Nichts ist daraufhin geschehen. Er hat sich im Ausschuß – es wurde so definiert – als Offiziersopfer angeboten. Die Alternative Liste ist so frei zu sagen: **Dieser Beamte muß sofort in den Ruhestand versetzt werden.**

(B)

[Beifall bei der AL –
vereinzelter Beifall bei der SPD]

Wir wissen noch, wie disziplinarisch Frau Bürgermeisterin mit den **Friedenlehrern** umgegangen ist. Wir haben nicht vergessen, was mit dem **Pollzeibeamten Bruder** geschehen ist, der es sich erlaubt hatte, an einer Hausbesetzer-Demonstration teilzunehmen. Und wir wissen, daß dieser Senator seinen Parteifreund **Eggert Schwan** aus dem Amt drängen wollte, nur weil dieser seine Meinung zum Datenschutz geäußert hatte. Hier wird eindeutig mit **zweierlei Maß gemessen**. Hier wird eindeutig an einem Beamten festgehalten, den wir von Anfang an für eine Fehlbesetzung hielten, über den wir wiederholt sagen mußten, daß man hier den Bock zum Gärtner auf dem Mistbeet des Berliner Verfassungsschutzes gemacht hat. Ihn hat offenbar das Tollhaus in der Clayallee vollständig geschafft. Diese Mischung – die Senator Kewenig bestreitet – aus Irrenhaus, Kindergarten, Vorposten des kalten Krieges und nicht zuletzt aus High-Tech-Tscheke, diese Behörde hat ihn offenbar restlos geschafft.

Der zweite, der hier beteiligt war bzw. sehr wenig beteiligt war nach eigenen Angaben, ist **Staatssekretär Müllenbrock**. Er vertrat als Zeuge vor dem Ausschuß das Prinzip, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Man hatte eine Weisung gegeben; also konnte es gar nicht sein, also mußte Pätzold ein Querulant sein, den kannte man sowieso, den nahm man nicht ernst. Da ging man gar nicht hin, nachzuprüfen, ob das vielleicht in Ansätzen stimmen könnte. Auf die Idee kam er gar nicht. Er ist an sich das, was man den klassischen Juristen nennt, der nach dem Motto vorgeht: *Quod non est in actis, non est in mundo* – was nicht im Papier steht, gibt es nicht in der

Welt, ist nicht da –, aber er hat sich noch nicht einmal die Mühe gemacht, in die Akten zu gucken. Er hat nichts nachgeprüft, er hat nichts angefordert, er hat sich – nach seiner Aussage – in dieser Affäre wie ein Bürobote verhalten, bestenfalls wie der **Bürovorsteher des Herrn Senators**. Dazu sagen wir: **Er ist überbezahlt!**

[Beifall bei der AL –
vereinzelter Beifall bei der SPD]

Ein solcher Tiefstapler sollte Herrn Scholz nach Bonn folgen und sehen, ob dieser Tiefstflieger dort auch für ihn eine Verwendung hat.

[Beifall bei der AL]

Und nun zu dem im deutschen Sprachraum meistzitierten Verfassungsrechtler des vergangenen Jahres, zu **Senator Kewenig**. Er hatte in dieser Zeit wieder einmal Grundlegendes vergessen, nämlich daß die Staatsgewalt vom Volk auszugehen hat und daß in einer parlamentarischen Demokratie die Parlamentarier die Exekutive kontrollieren. Auch er hielt schlicht für absurd, was ihm von Erich Pätzold vorgetragen wurde. Mit der ihm eigenen unnachahmlichen Arroganz hielt er es nicht für nötig, es selbst einmal nachzuprüfen. Er sprach – man kann es sich förmlich von der Mimik her vorstellen – Dr. Wagner darauf an und sagte: Sehen Sie sich mal an, was mir Pätzold hier wieder erzählt. – Mehr zu tun, hielt er nicht für nötig. Dem Parlament, der Opposition und der Öffentlichkeit gegenüber hat er alles aktiv vertuscht. Er ist wiederholt **auf den Steinwerfer angesprochen** worden. Er wußte seit dem 4. Oktober, was es mit dem Steinwerfer auf sich hatte. Er hat nichts, aber auch gar nichts an Konsequenzen gezogen. Er hat, als hier in einer Mündlichen Anfrage am 27. Oktober nach einem steinwerfenden Polizisten gefragt wurde, sich geradezu ins Fäustchen gelacht, daß er die Parlamentarier in die Irre führen und desinformieren kann und daß die dumme Opposition nach einer anderen Bezeichnung bei dem gleichen Mann fragt. Er hat noch nach dem Krisensitzungswochenende am 27. November einen Tag später im Innenausschuß zur Desinformation ein Tonband mit einem Telschow-Interview abgespielt und verteilt, in dem dieser Telschow klipp und klar bestreitet, mit dem Verfassungsschutz überhaupt etwas zu tun zu haben. Wenn es der „taz“ nicht gelungen wäre, Telschow zum Reden zu bringen und mit ihm ein Interview zu führen, in dem er zugab, Verfassungsschutzmitarbeiter zu sein, wußte niemand in dieser Stadt bis heute, ob er es nun ist oder nicht. Die Aufklärung durch die Exekutive, durch den Senator kam nicht. Sie mußte mit der Brechstange durchgesetzt und erkämpft werden.

[Beifall bei der AL und der SPD]

Abschließend fragt man sich bei dieser ganzen Affäre natürlich, wo eigentlich der Mann blieb, den diese Stadt angeblich braucht. Wir haben von ihm nichts gesehen. Sein Gebrauchswert in dieser Affäre ging gegen null.

[Beifall bei der AL und der SPD]

Aber das ist noch nicht alles. Er ließ es geschehen, daß dieser Ausschuß bis heute nur einen kleinen Teil dessen untersuchen konnte, was er eigentlich untersuchen wollte. **Der Ausschuß kam mit der Bespitzelung der Abgeordneten und der Journalisten nicht weiter**, weil vom Innensenator und vom Landesamt massiv gemauert wird, die Listen nicht übersandt werden, Aufstellungen nicht gemacht werden, trotz angeblich gebildeter Arbeitsgruppen und angeblich vorhandener Überstunden und Urlaubssperre uns noch nicht einmal ein Teilergebnis gegeben wurde. Das hat der Regierende Bürgermeister zu verantworten.

[Beifall bei der AL und der SPD]

Wieland

(A) Zu vieles wäre sonst vor der Wahl noch ans Tageslicht gekommen. Nur das ist der Grund. Deswegen bleiben wir dabei und sagen zum Schluß noch einmal, weil es so schön ist, das Alphabet der christdemokratischen Landesväter: A wie Albrecht, B wie Barschel, C wie Christdemokrat und D wie Dieppen.

[Beifall bei der AL und der SPD - Preuss (CDU):
Ist das ein Schwachsinn!]

Stellv. Präsident Longolius: Das Wort hat jetzt der Kollege Oxfort.

Oxfort (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst Herrn Professor Dr. Finkelnburg als Vorsitzendem des Untersuchungsausschusses und den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses meinen Dank sagen, insbesondere auch für den heute gegebenen Bericht; denn er bietet eine sachliche Grundlage für die Erörterung der Fragen, mit denen wir uns zu beschäftigen haben.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Wenn man sich vor etwa einem Monat die Frage vorgelegt hätte, ob es vorstellbar sei, daß ein Untersuchungsausschuß, auch wenn er nur einen Teilkomplex der zu untersuchenden Fragen zu erörtern hatte, in der Weise arbeiten könne, daß eine einstimmige Sachverhaltsfeststellung vorgelegt wird, hätte das wohl kaum jemand für möglich gehalten. Ich meine deshalb, daß es möglich sein müßte, auf der Basis von einstimmigen Sachverhaltsfeststellungen auch zu Bewertungen zu gelangen, die nicht allzuweit voneinander abweichen.

(B) Ich bin der Auffassung, daß natürlich auch bei einstimmigen Sachverhaltsfeststellungen die Möglichkeit besteht, sie unterschiedlich zu bewerten. Wer würde sich darüber wundern, wenn angesichts des gegenwärtigen Wahlkampfs und der bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus nicht jeder, der hier zu diesem Thema spricht, auch seine Interessenlage bei der Feststellung der Bewertung einfließen ließe. Das war übrigens ein Grund dafür, weshalb wir sehr skeptisch waren, in dieser Situation einen Untersuchungsausschuß einzusetzen.

[Wieland (AL): Wie sehen Sie es denn heute?]

Und wenn Sie den Beginn der Debatte heute verfolgt haben, müssen Sie eigentlich auch zur Überzeugung gekommen sein, daß es besser wäre - wenn man ein solches Thema überhaupt schon in einem Untersuchungsausschuß behandeln muß - es in einer Zeit zu behandeln, in der nicht äußere Umstände möglicherweise das Verfahren prägen. Die Art und Weise jedenfalls, wie dem Abgeordneten Landowsky Gelegenheit gegeben worden ist, seine Ausführungen zu machen, wie er nahezu fortgesetzt unterbrochen und überbrüllt worden ist, gibt keine gute Grundlage dafür her, zu einem vernünftigen Gespräch miteinander zu kommen.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Wir alle, alle Parteien, die im Abgeordnetenhaus vertreten sind, werden in der Öffentlichkeit auf kein Verständnis dafür stoßen, daß wir in dieser Weise miteinander umgehen.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Ich will mich nicht als Oberlehrer aufspielen, meine Damen und Herren, weiß Gott nicht;

[Zuruf des Abg. Edel (SPD)]

man muß aber in der Lage sein, dem Gegner zuzuhören

(C)

[Dr. Rüter (SPD): Das hätte vorher geschehen können!]

und ihm in der Debatte zu widersprechen. Man muß auch in der Lage sein, einmal Polemik zu vertragen. Natürlich gehört Polemik zum politischen Geschäft. Aber es ist unerträglich, daß in einer Art und Weise gebrüllt wird, daß der Redner nicht mehr zu Wort kommen kann.

Ich möchte - um nun zum Zwischenbericht des Untersuchungsausschusses zu kommen - meinen, daß man, wenn man eine Bewertung der einstimmigen Sachverhaltsfeststellungen treffen will, diese auf drei Kriterien hin untersuchen muß. Ich werde also zunächst mal die Frage aufgreifen: Ist das, was in der Öffentlichkeit behauptet worden ist - daß der Abgeordnete Pätzold durch den Verfassungsschutz wissentlich und ausdrücklich ausgeforscht worden ist -, durch den Untersuchungsausschuß nun festgestellt worden? - Die zweite Frage, die ich mir stelle, ist: Wie ist das Verhalten der Mitarbeiter und der Institution des Verfassungsschutzes insgesamt zu bewerten? - Und zum dritten werde ich etwas sagen über das interne Verhältnis zwischen Herrn Telschow und dem sogenannten Beamten Max Fock.

Zunächst zurück zur Ausgangslage. Die Behauptung der Opposition ging dahin, daß der Verfassungsschutz, und es stand wohl auch dahinter: mit Wissen und Billigung des Innensenators - -

[Pätzold (SPD): Das hat nie jemand behauptet! -
Zurufe von der SPD: Eben nicht!]

- Gut, streichen wir den Punkt. Ich will mich darüber mit Ihnen nicht streiten. - Jedenfalls habe der Verfassungsschutz vorwiegend den Abgeordneten Pätzold ausgeforscht und damit sozusagen einen seiner Mitarbeiter auf jemanden angesetzt,

(D)

[Zuruf von der SPD: Auch nicht!]

der in doppelter Weise zur Kontrolle des Verfassungsschutzes berufen sei; einmal als Abgeordneter, zum anderen als Mitglied der PKK. Nach den einheitlichen Feststellungen des Untersuchungsausschusses kann es keinen Zweifel daran geben, daß sich diese Behauptung als unzutreffend herausgestellt hat.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU -
Landowsky (CDU): Richtig!]

Es hat keine Aufträge des Verfassungsschutzes an Herrn Telschow oder an jemand anderes gegeben, um den Abgeordneten Pätzold auszuforschen.

[Zurufe von SPD: War auch nicht notwendig! Geld gegen Leistung!]

Ich will an dieser Stelle natürlich auch - -

[Unruhe - Glocke des Präsidenten]

- Wenn Sie etwas zu sagen haben, dann kommen Sie doch nach vorn!

[Beifall bei der CDU]

Sie höre ich ständig dazwischenbrüllen. Wenn Sie etwas zu sagen haben, dann sagen Sie das hier vorn und lassen mich bitte zu Ende reden!

[Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Der verdreht genauso wie Herr Landowsky! -
Weitere Zurufe]

Oxford

(A) Es gibt keine Aufträge des Verfassungsschutzes an Herrn Telschow; dies hat der Ausschuß einstimmig festgestellt.

Ich will mich auch noch der Frage zuwenden, Herr Kollege Pätzold, ob man sich das so einfach machen kann, indem man sagt: Mit wem ich reden will, das ist meine Sache!

[Zuruf: Selbstverständlich!]

Denn wenn man in der Öffentlichkeit solche Vorwürfe erhebt und dem Innensenator sagt: Schaffen Sie mir doch diesen Menschen vom Hals!, und gar nicht will, daß solche Gespräche stattfinden, dann muß doch in der Öffentlichkeit schon ein merkwürdiger Eindruck entstehen, wenn Sie nach dem ersten Gespräch drei weitere Gespräche mit Herrn Telschow führen,

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

obwohl Sie zu diesem Zeitpunkt selber wußten - das ist doch unbestritten -

[Pätzold (SPD): Ist bestritten!]

oder zumindest wissen mußten, daß es sich bei Herrn Telschow um jemand handelt, der mindestens einen engeren Kontakt zum Landesamt für Verfassungsschutz hatte.

[Zurufe von der SPD]

Nun, Herr Pätzold, Ihre ganz besonderen Beziehungen, Ihre Informationen durch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes sind ja wohl unbestritten.

[Zurufe von der SPD: Was soll denn das? Bewußte Lüge! - Weitere Zurufe von der SPD]

(B) - Ich komme darauf zurück, Herr Kollege Wieland! -

[Unruhe - Glocke des Präsidenten]

Natürlich haben Sie nicht alles gewußt; Sie, Herr Pätzold, sind ja nicht allwissend - Gott sei Dank!

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Sie haben aber mehr gewußt als die übrigen Mitglieder des Abgeordnetenhauses, und Sie haben mehr gewußt als die anderen Mitglieder der PKK. Das werden Sie doch wohl nicht ernsthaft bestreiten wollen!

[Pätzold (SPD): Zuerst soll alles Lüge gewesen sein, ... und jetzt soll ich alles gewußt haben? - Das entbehrt doch der inneren Logik!]

- Ich habe nicht gesagt, daß Sie alles gewußt haben, Herr Kollege Pätzold. Sie sollten besser zuhören.

Jetzt möchte ich zum zweiten Punkt etwas sagen, nämlich zu der Frage: Wie haben sich **Mitarbeiter des Verfassungsschutzes** verhalten, und wie ist dort die Situation? - Hier möchte ich namens meiner Fraktion ebenfalls eindeutig feststellen, daß auch nach unserer Auffassung **eine Kontrolle der gegebenen Weisung notwendig** gewesen wäre.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Ferner möchte ich feststellen, daß es **dringend notwendig** erscheint, **Struktur, Arbeitsweise und Personalzusammensetzung des Landesamtes für Verfassungsschutz zu überprüfen**.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Ich kann nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß die inzwischen eingeleitete Strukturreform dieses Hauses

[Zuruf: Welches?]

dazu beiträgt - verehrter Herr Kollege Pätzold, auch hier weiß ich nicht soviel wie Sie - (C)

[Zuruf von der SPD]

jedenfalls was die Arbeitsweise dieses Amtes angeht, daß wir in der Zukunft bessere Erfolge erwarten können.

Nach meiner Überzeugung wäre die **Kontrolle der Weisung** notwendig gewesen, vor allem, nachdem mehrfach in der Öffentlichkeit der Vorwurf erhoben wurde, daß Herr Telschow seine Aktion gegen Herrn Pätzold fortsetzte. Zu diesem Zeitpunkt wäre eine Kontrolle der Weisung erforderlich gewesen, was nicht zu bestreiten ist.

Ich sage auch, daß man von dem Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz hätte erwarten müssen, daß er, wenn schon nicht sofort, so doch zu dem Zeitpunkt, als der Innensenator ihn auf seine Bedrängnisse in der Öffentlichkeit hingewiesen hat, ihn darüber aufklärt, daß er, Herr Dr. Wagner, die Weisung, die er erhalten hat, in etwas anderer Weise umgesetzt hat, als dies der Innensenator erwartet hat. Auch darüber muß deutlich gesprochen werden.

Gern würde ich mir auch eine Feststellung der Frau Abgeordneten Schmid-Petry zu eigen machen, daß man sich im Interesse der wenigen, die eine solche Behörde kontrollieren können und zu kontrollieren haben, jedenfalls eine **ordentliche Aktenführung** zulegt. Es mag sein, daß ich, der ich aus der Justiz komme, daran besonders strenge Anforderungen stelle, aber eine Behörde, die schließlich mit Geheimvorgängen befaßt wird und unter Umständen auch in das Verhältnis des Bürgers und seiner Freiheit einzudringen hat, die insoweit auch keiner unmittelbaren gerichtlichen Kontrolle unterworfen wird, muß in der Lage sein, ihre Akten so zu führen, daß diejenigen, die zur Kontrolle berufen sind, diese Kontrolle auch ordnungsgemäß ausüben können. (D)

[Beifall bei der F.D.P. - vereinzelter Beifall bei der CDU - Unruhe]

Ob die Kontrollen, die wir für den Verfassungsschutz von Gesetzes wegen vorgesehen haben, ausreichen, darüber sollten wir bei späterer Gelegenheit reden; in dieser Legislaturperiode können wir das ohnehin nicht mehr erledigen.

Nun möchte ich, was die Bewertung angeht, noch einmal auf das Verhältnis zwischen Herrn Telschow und Max Fock zurückkommen. Da haben mich doch einige Dinge merkwürdig berührt. Ich zitiere jetzt aus dem Zwischenbericht des Untersuchungsausschusses, und zwar aus der Seite 33:

Dieses erneute Betreuungstreffen war von Max Fock verabredet worden, da er daran interessiert war zu erfahren, ob eine Enttarnung Telschows durch Pätzold drohe und woher Pätzold seine Information über Telschows Verbindung zum Verfassungsschutz habe.

Der Abgeordnete Wieland führt in seinem ergänzenden Votum aus - ich habe mir sagen lassen, daß die Mitglieder des Untersuchungsausschusses auch die zusätzlichen Feststellungen in den beiden Minderheitenberichten teilen, soweit es sich um Sachverhaltsfeststellungen handelt -, und zwar auf Seite 45 des schriftlichen Berichts:

Staatssekretär Müllenbrock

- hier folgt im maschinenschriftlichen Text ein Schreibfehler, ich muß mir überlegen, was das heißen soll -

... suchten seit geraumer Zeit den sogenannten Durchstecher, der insbesondere den Abgeordneten Pätzold mit Informationen versorgte. V-Mann-Führer Max Fock fand sich zu Unrecht verdächtigt, dieser Durchstecher zu sein. Er hätte es deshalb als Zufallsprodukt der Termine zwischen Telschow und Pätzold liebend gerne gesehen,

Oxford

- (A) wenn sich hier ein Aufschluß über die „Quellen“ des Abgeordneten Pätzold ergeben hätte. Von besonderem Interesse war es deshalb für ihn, was auf den schriftlichen Unterlagen des Zeugen Pätzold stand, . . .

Wenn man nun noch bedenkt, daß – darüber ist hier bereits gesprochen worden – bei der Befragung durch Mitglieder des Untersuchungsausschusses der Beamte Max Fock auf die Frage, ob er denn den Abgeordneten Pätzold persönlich gekannt habe, geantwortet habe – oder haben sollte, wie ich wohl sagen muß –, daß er mit ihm in einer Podiumsveranstaltung, einer Sitzung der ÖTV-Betriebsgruppe des Landesamtes für Verfassungsschutz zusammengessen habe,

[Pätzold (SPD): 60 Leute!]

dann gehört natürlich sehr viel Überwindung dazu, hier nicht von einer Familienkomödie der SPD zu sprechen.

[Starker Beifall bei der F.D.P. und der CDU – Zurufe – Unruhe]

Man kann, nach meiner Auffassung, im übrigen dieses Thema nicht behandeln, ohne die Vorgeschichte dieses Ausschusses noch einmal zu erörtern, denn der Untersuchungsausschuß ist mit seiner Arbeit noch nicht zu Ende. Es sind gegen den Verfassungsschutz und damit auch gegen den Senat von Berlin eine ganze Reihe schwerwiegender Vorwürfe erhoben worden.

[Wieland (AL): Allerdings!]

- (B) Als die Koalitionsfraktionen dann beantragt haben, diese Punkte zum Gegenstand des Auftrages an einen Untersuchungsausschuß zu machen, hat sich die SPD-Fraktion dagegen sehr energisch gewehrt. Sie ging sogar so weit, daß sie der Mehrheit des Abgeordnetenhauses vorgehalten hat, sie breche die Verfassung. Das war – entschuldigen Sie, wenn ich das so sage – eine politische Dummheit, denn wenn man solche schwerwiegenden Vorwürfe erhebt, dann kann man es politisch gar nicht durchhalten, daß man deren Untersuchung dann anschließend verweigert.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Wenn man aber schon eine solche politische Dummheit macht, dann muß man in dieser Dummheit wenigstens konsequent bleiben. Aber was ist dann geschehen? Nachdem wir hier alle stundenlang über die **angebliche Verfassungswidrigkeit des Verhaltens der Koalitionsfraktionen** geredet haben, ging der Herr Abgeordnete Momper nach vorne, um dem staunenden Publikum zu erklären, nunmehr sei man mit dem Vorschlag der Koalitionsfraktionen einverstanden.

[Widerspruch bei der SPD – Zuruf von der CDU:
So ist „Bruno“ eben!]

Das war eine politische „Meisterleistung“, weiß Gott, und ich kann nur sagen: Auch hier gilt, lieber das Prinzip der Kontinuität der politischen Dummheit einhalten, als sich auf solche Weise selbst zu widersprechen.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Der Untersuchungsausschuß hat einen Zwischenbericht vorgelegt. Wir werden Gelegenheit haben, uns noch mit weiteren Punkten zu beschäftigen, wobei keiner von uns heute sicher sein kann, ob der Untersuchungsausschuß in dieser Legislaturperiode wirklich noch dazu kommt, alle Punkte, die ihm aufgetragen worden sind, zu untersuchen.

[Wieland (AL): Da sei der Innensenator vor!]

Nach den Ankündigungen, die wir dazu bereits in der Öffentlichkeit gehört haben, ist ja wohl damit zu rechnen, daß es dann in der nächsten Legislaturperiode möglicherweise einen neuen Untersuchungsausschuß geben wird. Im Gegensatz zu diesem Punkt, über den wir hier heute gesprochen haben, beschäftigen sich **die anderen Vorfälle nahezu alle mit der Regierungsverantwortung der Sozialdemokratischen Partei**. Alle Vorgänge, die damals hier abgehandelt worden sind, sind unter der Verantwortung von SPD-Innensensoren, unter der Verantwortung von – –

[Wieland (AL): Und F.D.P.-Justizsenatoren!]

– Der Justizsenator, verehrter Herr Kollege, hat keine Informationen aus dem Landesamt für Verfassungsschutz, und er – –

[Weiterer Zuruf des Abg. Wieland (AL)]

– Ich habe mich um meine Staatsanwälte sehr genau gekümmert, verehrter Kollege. Vor allem sollten Sie aber vielleicht einmal überprüfen, in welche Zeiträume die Vorwürfe, die Gegenstand der Untersuchung sind, fallen und **wann ich das Amt des Justizsenators innegehabt habe**. Haben Sie wenigstens die Güte, das miteinander zu vergleichen, und dann werden Sie feststellen, daß Ihre Einwürfe natürlich völlig belanglos sind. Nein, unter der Verantwortung von SPD-Innensensoren, von Leitern des Landesamtes für Verfassungsschutz, die alle der SPD angehören, ja, ich würde sagen, bis zu dem Punkt hin, daß nahezu alle wesentlichen Positionen im Landesamt für Verfassungsschutz damals von Sozialdemokraten besetzt waren – es gab nur einige wenige Alibi-Leute aus anderen politischen Bereichen – haben diese Vorgänge eine Rolle gespielt, und es wird sich vielleicht noch sehr schnell herausstellen, daß es bei dem Versuch der SPD, dies alles nachträglich noch aufzuklären, nicht nur um den Versuch handelt, die eigene Geschichte aufzuarbeiten, sondern daß es sich dabei in Wahrheit um eine späte Rache des Abgeordneten Pätzold an der eigenen Partei handelt.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

In der Haushaltsdebatte des Abgeordnetenhauses hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, der Abgeordnete Momper, es für richtig gehalten, die F.D.P.-Fraktion aus dem Abgeordnetenhaus zu wünschen. Ich weiß nicht, ob das ein sinnvoller Wunsch ist, denn das haben schon andere vergeblich versucht. Ich finde nur bemerkenswert: Der Wunsch des Abgeordneten Momper, also des Vertreters der eigentlichen Opposition in diesem Hause, geht nicht etwa dahin, daß die AL möglichst aus dem Abgeordnetenhaus bleiben sollte, die ja ihr Verhältnis zur Gewalt noch nicht gelöst hat, sondern er ist dafür, daß eine demokratische Partei aus dem Abgeordnetenhaus verschwindet.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Wir sehen das politisch ganz anders, Herr Abgeordneter Momper; wir wünschten uns, die SPD wäre in einem geistig-politischen Zustand, in dem sie eine ernsthafte Konkurrenz für die Regierungsparteien sein könnte,

[Widerspruch bei der SPD]

denn eine gute Opposition, die personell und sachlich etwas zu bieten hat, eine solche Opposition könnte ja nur dazu beitragen, daß den Interessen des Landes Berlin gedient wird. Statt dessen sind Sie heute eine „Qualité négligeable“, und die Berliner SPD ist allenfalls noch von archaischem Interesse.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

(C)

(D)

(A) **Stellv. Präsident Longolius:** Das Wort hat der Kollege Lorenz.

[Zuruf: Für zwei Minuten!]

Lorenz (SPD): Ja, ich habe nur zwei Minuten und kann da nicht viel sagen, das weiß ich. – Sie hätten übrigens eine ganz gute Rede gehalten, Herr Abgeordneter Oxfort, wenn Sie sie des offensichtlich manischen Hasses gegen die SPD entkleidet hätten und bei den sachlichen Passagen geblieben wären.

[Beifall bei der SPD]

Wir jedenfalls meinen, daß Sie damit vieles entwertet haben vor dem, was an Achtung auch für die F.D.P. die Kollegin Schmidt-Petry durch ihre Rolle im Untersuchungsausschuß für ihre Partei erworben hatte.

[Beifall bei der SPD]

Lassen Sie mich – weil ich wenig Zeit habe – nur ein ganz kurzes Wort zu dem Vorwurf sagen, daß wir behauptet hätten, der Kollege Pätzold sei ausgeforscht worden vom Verfassungsschutz, und dies sei nicht wahr. Wir haben wörtlich gesagt, daß der Verfassungsschutz einen ihm zugeordneten Menschen zu Herrn Pätzold gehen und ihn ausforschen ließ. Und das ist genau das, was tatsächlich geschehen ist. Nun will ich Ihnen einmal an einem praktischen Beispiel klarmachen, weshalb das so ist: Wenn jemand etwa zu mir käme und mir offenbarte, er habe ein Richtmikrofon und könne den Regierenden Bürgermeister abhören, dann hätte ich nach meiner Auffassung die Pflicht, Herrn Dieppen davon zu unterrichten. Wenn ich das nicht tue, würde ich nach meinem Selbstverständnis äußerst bedenklich handeln.

(B) [Palm (CDU): Das Beispiel ist schief!]

Wenn ich mir allerdings die Ergebnisse mitteilen lasse, wenn ich regelmäßig für diese Mitteilung auch noch bezahle, dann ist mir das Handeln dieses Menschen zuzurechnen – und ich bin ihm gleich.

[Beifall bei der SPD]

Es ist dann auch gleich, ob dieser Mensch aus eigenem Antrieb handelte oder ob ich ihn dazu beauftragt habe. Ich würde in diesem Falle handeln – ich sage das von meinem Gefühl her – wie ein Ganove, und ich sage Ihnen, daß ich dieses Empfinden auch gegen einige Akteure der Affäre Telschow hege.

[(Beifall bei der SPD – Preuss (CDU): Genau, gegen Pätzold!]

Stellv. Präsident Longolius: Frau Jörgensen-Ullmann hat jetzt das Wort.

Frau Jörgensen-Ullmann (AL): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte einmal vorausschicken: Ich finde, es war an Dummheit nicht zu überbieten, daß die CDU hier Landowsky vorgeschickt hat, denn noch nie hat er so platt und mies geredet wie heute.

[Beifall bei der AL und der SPD]

Wir hatten im Untersuchungsausschuß die Gelegenheit, dieses Geisterhaus „Verfassungsschutz“ näher kennenzulernen, und wer sich noch nicht gruseln konnte, der konnte es dabei lernen. Mit einer ganz ungeheuren Sammelwut hat der Verfassungsschutz – das wissen wir – die Linke seit Anbeginn

bespitzelt, observiert, überwacht, ohne daß es Kriterien dafür gibt, was überhaupt verfassungsfeindlich ist. Jeder Mitarbeiter konnte nach seinem Gusto handeln; das konnten wir dort erfahren, das wurde uns von den Mitarbeitern so gesagt. (C)

Heute kann man nur auf den Komplex Telschow eingehen – ein Stück aus Kabale und Intrige, und zwar wegen der Tatsache – wie wir heute wissen –, daß der Abgeordnete **Pätzold als Mitglied der PKK vom Verfassungsschutz bespitzelt** wurde. Ärgerlich für den Verfassungsschutz, daß diese Schweinerei öffentlich wurde; er konnte nicht damit rechnen, daß es dazu einen Untersuchungsausschuß geben würde, daß da Licht hineingeworfen werden würde in diese finsternen Machenschaften, die da laufen.

Dabei taten aber auch noch andere Sachverhalte zutage – sozusagen als Nebenprodukt –, die sich der Verfassungsschutz geleistet hat, nämlich mit Deckung der politischen Spitze sowohl früher unter dem SPD-F.D.P.-Senat wie auch unter der CDU und F.D.P., wie der **Verfassungsschutz** seine Viren in dieser Stadt setzen konnte, wie er zum Beispiel auch **die Justiz infiltriert** hat.

Wir wissen, daß der Stein in dieser Sache ins Rollen gekommen ist, als ein Steinewerfer im Zusammenhang mit IWF in einem Schnellverfahren zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde und später mittels parlamentarischer Nachfragen und Zeitungsmeldungen deutlich wurde, daß dieser Mann für den Verfassungsschutz gearbeitet hat. Dieses **Schnellgerichtsverfahren war** – wie wir heute wissen – auf einem Deal aufgebaut, ein Deal, der mit einem falschen Geständnis eingehandelt worden war. Telschow gab damals in seinem Vier-Augen-Gespräch mit dem Anklagevertreter, dem Staatsanwalt, preis, er sei V-Mann, woraufhin dieser Anklagevertreter beim Verfassungsschutz angerufen hat, sich erkundigt und dann vermerkt hat: „Herr Werner vor Verfassungsschutz stellte die weitere Verfahrensweise in das Ermessen der Strafvollzugsbehörde.“ Alles, was wir rundherum erfahren haben, deutet darauf hin, daß es in der Justiz offenbar kein Novum ist, daß ein Verfassungsschutz-Mitarbeiter vor Gericht kommt und es dann entsprechende Absprachen gibt. Der Staatsanwalt nimmt die Sache in die Hand, hat eine entsprechende Lösung parat – nämlich ein Schnellgerichtsverfahren. Da tritt das Problem auf, daß Telschow sagt: „Ich habe diesen Stein dahin gar nicht geworfen. Und wie soll ich dann wahrheitsgemäß ein Geständnis ablegen, wenn ich es doch gar nicht war.“ Daraufhin – so der Vermerk dieses Staatsanwalts – fordert Telschow den Staatsanwalt auf, ihm doch zu sagen, in welche Richtung er denn den Stein geworfen habe und von wo aus. Kurz und gut, mit Aussicht auf Bewährung und Schnellverfahren war Telschow damals geständig, und die Sache war gelaufen. Am Morgen vor dem Verfahren setzt sich die Spitze der Staatsanwaltschaft zusammen und beschließt sinngemäß: Dem Richter sagen wir nichts, dem Rechtsanwalt sagen wir nichts, darüber wird alles in Schweigen gehüllt. Die Sache wird durchgezogen. – Auf diese Art und Weise hat der Verfassungsschutz seine Viren in die Justiz gesetzt, und das hat er auch schon früher getan, wie wohl noch deutlicher herauskommen wird, wenn in der nächsten Legislaturperiode endlich der Fall Schmücker bearbeitet werden wird. (D)

Im übrigen fand der Verfassungsschutz auch gar nicht schlecht, daß er diesen Steinewerfer mit der Bewährungsstrafe hatte, weil der sich bei künftigen Aktionen – so geht aus einem Vermerk des Verfassungsschutzes hervor – immer auf seine laufende Bewährungsfrist berufen könnte, wenn es um die aktive Teilnahme bei Aktionen ginge. – So weit zu diesem Justizskandal.

Und jetzt noch einmal zur **Bespitzelung des PKK-Mitglieds Pätzold**, die überaus dubios gelaufen ist. Uns wurde vom V-Mann-Führer ganz deutlich gesagt: „Der mußte sich als ein V-Mann fühlen.“ Das hat er immer wieder gesagt. Telschow hat

Frau Jörgensen-Ullmann

(A) Pätzold mehrfach aufgesucht, der Verfassungsschutz wußte davon und hat ihn danach ausgehört und herauszubekommen versucht, wo das **Leck im Verfassungsschutz** ist, wie die Informationen zu Pätzold fließen, was Pätzold auf seinem Schreibtisch liegen hat. Dann geht das Chaos los zwischen Müllenbrock, zwischen Kewenig und auch Pätzold und Telschow und allen Verantwortlichen – womit ich die letzten beiden nicht meine –; die Informationen fließen nämlich jetzt wie wild – bloß immer in die falschen Richtungen. So informiert zum Beispiel der Oppositionspolitiker Pätzold den Herrn Senator, daß zumindest ein Steinwerfer und wahrscheinlich ein Spitzel des Verfassungsschutzes bei ihm war. Kewenig kommandiert an den Verfassungsschutz: „Die Tauemüssen gekappt werden.“

[Schütze (CDU): In welchem Ausschuß waren Sie eigentlich?]

Dem kommt niemand nach; diese Weisung wird nicht eingehalten. Und als Pätzold dann Kewenig informiert, dann findet der Senator das einfach komisch – „Ich finde das komisch“, hat er gesagt. Und er sagt dann wie die Mutter Geiß zu dem Geißlein zu Pätzold: „Pätzold, wenn der böse Wolf vor der Tür steht, dann mache die Tür nicht auf.“ Das ist seine einzige Reaktion.

[Beifall bei der AL –
vereinzelter Beifall bei der SPD]

Auf den Trilli, sich zu erkundigen, ob seine Weisung vom Verfassungsschutz ausgeführt wurde, kommt der Herr Kewenig nicht, und das Landesamt fährt munter Geisterbahn mit seinem obersten Chef, setzt seine Kontakte zu Telschow fort, hört ihn aus, fragt: „Was hat denn da für ein Zettel bei Pätzold auf dem Tisch gelegen?“ So läuft die Sache dann weiter, bis die Bombe platzt. Diese Bombe mußte platzen, weil die Mitarbeiter des Landesamtes schon lange in Grabenkämpfe verwickelt sind und das Prinzip „eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus“ hier schon lange nicht mehr gilt. Das gilt dann nur noch für den Verfassungsschutzchef Wagner, der sich, inzwischen schon ganz grün im Gesicht, vor die politische Spitze stellt

(B)

[Palm (CDU): Das ist doch kein Grün im Gesicht; das ist doch kein Grüner!]

und sagt: Alles meine Verantwortung! Ich muß dieses Desaster voll tragen! – Und wie erklärt sich Kewenig das? – Der sagt dann dazu: „Ich verstehe es ja auch nicht. Eigentlich hätte Wagner kommen und sagen müssen: O Gott, o Gott, Herr Senator, ich muß beichten. – Aber er hat soviel Streß gehabt!“ Mir ist diese Begründung nicht plausibel, mir ist nicht plausibel, was da eigentlich gelaufen ist.

Damit komme ich zum **Resümee**: Der politischen Spitze ist es nicht gelungen, über diesem Landesamt den Schein aufrechtzuerhalten, als würde es rechtmäßig arbeiten. Man hat – im Gegenteil – auch bei den Sachverhalten, die noch auf uns zukommen werden, immer das Gefühl: Wohin man immer greift, man greift in Scheiße. – Es ist ganz klar, daß mit der Vergangenheit aufgeräumt werden muß, vor allen Dingen mit dem Ziel der Verwirklichung unserer Forderung, den **Verfassungsschutz abzuschaffen**.

[Beifall bei der AL]

Stellv. Präsident Longolius: Jetzt hat noch einmal der Kollege Landowsky das Wort.

[Ach! und Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten – Momper (SPD): Ich denke, Herr Kewenig hat sich gemeldet!]

Landowsky (CDU): Ich freue mich über Ihre Reaktion!

(C)

Zunächst eine Bemerkung **zur Alternativen Liste**: Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit: In Fragen der Sicherheit sind Sie **kein ernst zu nehmender Gesprächspartner** für uns!

[Beifall bei der CDU]

Sie müssen Ihr **Verhältnis zur Gewalt in Ordnung** bringen, und solange Sie das nicht in Ordnung gebracht haben, werden Sie kein ernsthafter Gesprächspartner sein.

[Wieland (AL): Mit Ihnen wollen wir sowieso keine Basis schaffen!]

Mit welcher Brutalität gestern die, mit denen Sie zusammenarbeiten, gegen unsere Polizeibeamten vorgegangen sind, das ist ein wahrer Skandal! Kein Wort von Ihnen dazu! Solche Brutalität haben wir seit Monaten nicht in dieser Stadt erlebt!

[Zurufe von der AL]

Deshalb: Mit Ihnen darüber keine Diskussion!

[Beifall bei der CDU und der F.D.P. –
Zurufe von der AL]

Ich bin dem Kollegen Oxfort sehr dankbar für seine Ausführungen.

[Gelächter bei der SPD und der AL – Aha! und weitere Zurufe von der SPD und der AL]

Die Kernfrage ist die, wie Herr Momper auf Seite 13 seines Briefes gesagt hat: daß der Verfassungsschutz einen mit ihm zusammenarbeitenden Gewalttäter bei dem PKK-Abgeordneten Pätzold vorsprechen ließ.

(D)

[Genau! und weitere Zurufe von der SPD und der AL]

Lieber Herr Pätzold, genau das Gegenteil ist nun bewiesen.

[Widerspruch und Gelächter bei der SPD und der AL – Zurufe von der SPD und der AL]

Nun lese ich Ihnen nur wörtlich den Bericht vor. Auf Seite 30 des maschinenschriftlichen Berichts des Untersuchungsausschusses heißt es:

Der Zeuge Telschow wandte sich daraufhin ohne Wissen des Landesamtes für Verfassungsschutz Ende Oktober/Anfang November 1988 an die „taz“-Redakteurin . . .

Diese vermittelte ihn an Herrn Pätzold, der ihn am 7. November 1988 traf.

[Zurufe von der SPD – Wagner, Jürgen (SPD): Man muß nicht nur lesen können, man muß auch verstehen können! – Unruhe – Glocke des Präsidenten]

Die zweite Unterredung ist auf Seite 32 geschildert:

Am Mittag des 15. November 1988 . . . Zu diesem Zeitpunkt war Telschow bereits für 15.00 Uhr desselben Tages zu einem zweiten Gespräch mit dem Abgeordneten Pätzold verabredet. Auch für diese Verabredung gab es keinen Auftrag vom Landesamt für Verfassungsschutz.

[Zurufe von der SPD und der AL]

Das dritte Gespräch – nun hören Sie sich den Bericht an! – zwischen Pätzold und Telschow ist auf Seite 37 geschildert:

Landowsky

- (A) Von diesem Treffen hatte das Landesamt für Verfassungsschutz keine Kenntnis.

Und dann gab es ein viertes Treffen, da hat er auf einmal alles eingestanden. – Das ist das einstimmige Ergebnis des Untersuchungsausschusses! Und es bedarf schon einer Verballhornung der deutschen Sprache, wenn man hier nicht eindeutig erkennt, daß **der Vorwurf, der Verfassungsschutz habe diesen Mann vorpreschen lassen – also vorsätzlich –, in diesem Bericht einstimmig widerlegt** ist.

[Zurufe von der AL]

Das hätte ich von Ihnen im Sinne der Ehrlichkeit unter Demokraten heute erwartet – auch zehn Tage vor den Wahlen. Aber dazu waren Sie zu feige, das haben Sie sich leider nicht getraut.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Stellv. Präsident Longolius: In der Aussprache selbst liegen keine weiteren Wortmeldungen vor bzw. können nicht vorliegen.

[Momper (SPD): Herr Kewenig wollte doch noch sprechen! – weitere Zurufe – Sen Kewenig: Man muß sich immer zu Wort melden, wenn man reden will!]

– Wortmeldungen werden in diesem Hause von den Betreffenden selbst abgegeben.

[Wagner, Jürgen (SPD): Der Senat hat sich abgemeldet!]

- (B) Ich gebe jetzt dem Kollegen Pätzold das Wort zu einer persönlichen Erklärung nach § 65 unserer Geschäftsordnung.

[Zurufe – Preuss (CDU): „Ich danke allen Freunden in allen Ämtern Berlins für ihre Mitarbeit!“]

– Auch Kollege Preuss, ich bitte Sie jetzt um Ruhe für den Kollegen Pätzold.

Pätzold (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mehrere persönliche Angriffe der Kollegen Landowsky und Oxfort zurückzuweisen.

Herr **Landowsky** hat behauptet, **ich hätte** bei den ersten Besuchen von Herrn Telschow über seine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz **alles schon gewußt. Das ist eindeutig falsch.**

[Preuss (CDU): Das haben Sie selbst zugegeben!]

– Ich habe das auch heute gegenüber dem Vorsitzenden

[Preuss (CDU): Dann haben Sie im Ausschuß gelogen, Herr Pätzold!]

des Untersuchungsausschusses korrigiert und habe ihn aufgefordert, – –

[Preuss (CDU): Das ist Ihnen aber spät eingefallen! – Weitere Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten]

– Ich habe etwas in Ihrem falschen Bericht – hören Sie doch zu! – Herr Präsident, vielleicht schaffen Sie es, daß sich Herr Preuss mäßigt. – Ich habe es gegenüber dem Bericht korri-

giert! Ich habe den Vorsitzenden aufgefordert, das den Fraktionen jetzt noch rechtzeitig zur Debatte zur Kenntnis zu bringen. Er hat es ersichtlich nicht getan. (C)

Der Vorwurf, daß der Abgeordnete Pätzold sogar mit dem Steinewerfer zusammengearbeitet hätte, um „diese Posse“ aufzuziehen, ist so hirnrissig, daß man dazu nichts zu sagen braucht.

Dann höre ich das erste Mal von Herrn Landowsky, und Herr Kewenig nickte heftig, es habe ein Gesprächsangebot gegeben, daß Herr Kewenig und Herr Wagner zusammen mit mir sprechen wollten. Das ist bewußt falsch, das ist ein bewußtes Anlügen des Parlaments!

Zu Herrn Oxfort: Herr Oxfort hat auch mich persönlich verletzt, wenn er meinte, bei den Worten von Herrn Landowsky habe es viele Unruhe gegeben. Herr Oxfort, ich frage Sie, ob das nicht an dem Inhalt der Äußerungen von Herrn Landowsky gelegen haben könnte.

Sie haben mich dann gefragt, weshalb ich Herrn Telschow zu drei weiteren Gesprächen zu mir habe kommen lassen. Sie wissen doch aus dem Bericht selbst, rückwärts betrachtet: Beim vierten Gespräch hat er sich mir anvertraut und hat gebeichtet, was vorgefallen war. Das dritte Mal habe ich ihm auf den Kopf zugesagt, daß er mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeitet, und habe ihn hinausgeworfen. Bleibt also ein einziges Gespräch, bei dem ich noch nicht sicher war, wo er hingehört, und wo ich durchaus als Parlamentarier und PKK-Mitglied und stellvertretender Vorsitzender dort **die Pflicht hatte zu ergründen, was der Verfassungsschutz da eigentlich mit einem Kontrolleur anstellt.**

[Beifall bei der SPD – Abg. Oxfort (F.D.P.) meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

Stellv. Präsident Longolius: Gestatten Sie eine Zwischenfrage? (D)

Pätzold (SPD): Nein, ich gestatte gar nichts mehr, bei einer persönlichen Bemerkung sowieso nicht.

[Widerspruch bei der CDU]

Herr **Oxfort**, Sie haben dann in mysteriöser Weise **behauptet, ich hätte** den **Herrn Fock** vielleicht **gekannt**, obwohl es dazu im Bericht keine Anhaltspunkte gibt. Das müssen Sie aus geheimer Sitzung haben, oder Sie verwechseln das mit der öffentlichen Behauptung von Herrn Dr. Wagner – wo der das allerdings herhaben will, weiß ich nicht. Ich kenne Herrn Fock, wenn er denn mit dem stellvertretenden Personalratsvorsitzenden identisch ist, genausoviel oder genausowenig wie die anderen Mitglieder der PKK, die mehrere Gespräche mit fünfzehn Personalratsmitgliedern geführt hat. Und ich habe ihn zusammen mit Herrn Momper möglicherweise auf einer Versammlung von sechzig ÖTV-Mitgliedern im Publikum gehabt, ohne ihn zu kennen.

[Wienhold (CDU): Das ist doch wirklich unwahr! – Widerspruch bei der CDU]

Und die letzte Bemerkung zu Ihnen, Herr Oxfort, Sie behaupten, die SPD und auch ich hätten sich dagegen gewehrt, daß dieser Vorgang Telschow aufgeklärt wird. Das genaue Gegenteil ist richtig! Ich habe Ihnen im Ausschuß immer gesagt: Der erste Punkt ist die Frage nach den Abgeordneten, und da ist der allererste Fall die Frage nach der Bespitzelung des Abgeordneten Pätzold. Das haben wir als ersten Punkt von uns aus im Untersuchungsauftrag begehrt. Und daß wir im übrigen, obwohl wir **das ganze Verfahren für verfassungswidrig** gehalten haben, **dennoch dem Einsetzungsbeschluß zugestimmt haben, damit endlich**

Pätzold

(A) durch einen Untersuchungsausschuß **alles aufgeklärt** werden kann, das wird auch Ihnen nicht entgangen sein.

[Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU]

Stellv. Präsident Longolius: Meine Damen und Herren, ich glaube, daß hier ein Irrtum korrigiert werden muß. Der Kollege Pätzold hat sich nach § 65 der Geschäftsordnung zu Wort gemeldet, das heißt, er hat den Wunsch geäußert, Angriffe zurückzuweisen, weil er sich angegriffen gefühlt hatte. Er hat diese Angriffe benannt, und ich denke, es ist logisch, daß man nun nicht nur sagt: Ich weise zurück – und dann setzt man sich hin, sondern daß man diese Zurückweisung auch begründet. Das ist auch keine Redezeit einer Fraktion,

[Beifall bei der SPD]

sondern das ist ein Schutz, der in der Geschäftsordnung für einzelne Abgeordnete vorgesehen ist.

[Buwitt (CDU): Dazu gibt es Zwischenfragen?]

Ich vermute, daß sich auch der Kollege Dr. Finkelnburg zu § 65 der Geschäftsordnung zu Wort gemeldet hat. Er hat jetzt das Wort.

Dr. Finkelnburg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete **Pätzold** hat mich eben in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses angesprochen und hat erklärt, er **habe mir einen Brief geschrieben**, in dem er mitgeteilt habe, daß die Feststellung des Untersuchungsberichtes, er habe von Anfang an gewußt, daß Telschow ein Mann des Verfassungsschutzes sei, unrichtig sei. Die Behauptung, daß dies der **Inhalt des Briefes** sei, ist eine **Unwahrheit**. In dem Brief teilt Herr Pätzold mit, es sei nicht richtig, daß er Telschow bei beiden Gesprächen zu erkennen gegeben habe, daß er wisse, daß er ein Mann des Verfassungsschutzes sei.

[Bode (CDU): Er lügt doch nur! – Hört, hört! bei der CDU]

Es geht mir darum klarzustellen, daß Briefe, die an mich gerichtet werden, **in dieser Eigenschaft** richtig wiedergegeben werden und daß nicht das Parlament irregeführt wird.

Der Abgeordnete hat mir zweitens vorgeworfen, ich hätte diesen Brief nicht an die Abgeordneten verteilt. Ich darf dazu sagen, ich habe diesen Brief erst dreißig Minuten vor der Sitzung bekommen. Es ist selbstverständlich, daß er zunächst den Ausschußmitgliedern zur Kenntnis gegeben wird, und ich werde eine Entscheidung der Ausschußmitglieder über diesen Brief herbeiführen.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P. – Buwitt (CDU): Das ist ja ein notorischer Lügner, der Pätzold!]

Stellv. Präsident Longolius: Die Besprechung des Zwischenberichtes des 4. Untersuchungsausschusses ist damit abgeschlossen.

[Unruhe]

Meine Damen und Herren, es wäre wirklich sehr gut, wenn wir jetzt beim zweiten Tagesordnungspunkt zu einer sachlicheren Verhandlungs- und Gesprächsführung zurückkehren könnten. Inzwischen, glaube ich, kann man das Parlament kollektiv rügen wegen der Benutzung des Wortes „lügen“. Hier hat ja wohl inzwischen jeder jeden als „Lügner“ beschimpft. Ob das ein paar Tage vor der Wahl dazu beiträgt, daß die Bürger am 29. Januar freudig wählen gehen, das wage ich allerdings zu bezweifeln.

Wir kommen sodann zu den Dringlichkeitssachen

(C)

a) Drucksache 10/2772:

Große Anfrage der Fraktion der AL über Vorstellungen des Senats zur Hochschulpolitik

b) Drucksache 10/2773:

Antrag der Fraktion der AL auf Annahme einer Entschliebung über Streiks und Proteste an den Berliner Hochschulen

c) Drucksache 10/2774:

Antrag der Fraktion der SPD über Lösung der Hochschulprobleme

Zum letztgenannten Antrag liegt ein Änderungsantrag der AL-Fraktion vor, Drucksache 10/2774-1:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der SPD-Antrag wird wie folgt ergänzt:

2.1 Frauenförderung

– Frauenförderung an den Hochschulen mit dem Ziel, daß innerhalb der nächsten Jahre der Anteil der Frauen in Forschung und Lehre überproportional in Richtung paritätischer Besetzung steigt, und Schaffung zusätzlicher Frauenförderungsmaßnahmen insbesondere in Studiengängen, in denen Frauen besonders unterrepräsentiert sind.

(D)

Gegen die Empfehlung des Ältestenrats, die Dringlichkeit anzuerkennen, wird kein Widerspruch erhoben. Wird das Wort zur Begründung der Großen Anfrage gewünscht? – Der Kollege Grugelke hat das Wort.

Grugelke (AL): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vier Jahre CDU-F.D.P.-Koalition hinterlassen einen hochschulpolitischen Scherbenhaufen. **Die Lage an den Hochschulen in dieser Stadt ist Ausdruck des Scheiterns konservativ-liberaler Politik**, strukturelle Probleme in dieser Gesellschaft auch nur ansatzweise zu lösen.

[Unruhe]

Stellv. Präsident Longolius: Einen Augenblick bitte, Herr Grugelke, ich unterbreche Ihre Rede, damit jedes Mitglied dieses Hauses die Chance hat, sich hinzusetzen, den Mund zu halten oder den Saal zu verlassen. Andere Alternativen möchte ich nicht vorschlagen, und damit meine ich alle.

Grugelke (AL): Meine Damen und Herren! Die Zahl der Arbeitslosen in unserer Stadt ist weit höher als zu Beginn der Amtszeit dieses Senats. Zählt man die Studenten dazu, die nicht arbeiten können, weil es keine Arbeitsplätze gibt, aber auch nicht studieren können, weil es keine ausreichend ausgestatteten Studienplätze gibt und weil die Hörsäle aus den Nähten platzen, dann ist die Bilanz des Senats noch negativer.

Dieser Senat der Skandale, der Korruptions- und Bestechungsskandale, des Verfassungsschutzskandals ist hochschulpolitisch handlungsunfähig geworden. Trotz detaillierter Nachfragen wollte sich Senator Turner in seiner Jahrespressekonzferenz am letzten Donnerstag nicht konkret zu den studentischen Forderungen äußern. Eine Demokratisierung – so Turner – der Hochschulgremien stehe nicht zur Disposition.

Grugelke

- (A) Offenbar hat ihm der breite Protest an den Hochschulen die Sprache verschlagen. Aber wer in dieser Situation nur gebetsmühenartig die **angeblichen Erfolge christlich-liberaler Wissenschaftspolitik** herunterleiert, der hat selbst in dieser Situation nichts gelernt und gehört nicht auf den Platz eines für die Hochschulen zuständigen Senators.

[Beifall bei der AL und der SPD]

Der Versuch, die **Studenten mit Polizeiknüppeln in die Übungen und Seminare zu treiben**, ist kläglich gescheitert, und zwar an der Solidarität der Studentinnen und Studenten. Der Senat war gezwungen, hier nachzugeben. Aber es gibt eine **traurige Bilanz**: Es gab mehr als 200 Verletzte und eine große Anzahl von Strafverfahren bei diesen Aktionen an den Hochschulen.

Nun hat der **Regierende Bürgermeister** zehn Tage vor der Wahl den Versuch gestartet, aus der ganzen Situation zu retten, was noch zu retten ist, und er hat **Gesprächsbereitschaft signalisiert**. Genauer gesagt: Er hat so getan als sei er, als sei dieser Senat gesprächsbereit. Aber gehört nicht zu den Voraussetzungen zu einem Dialog nach einem Streik, daß den am Streik beteiligten, den an Boykottmaßnahmen beteiligten Studentinnen und Studenten keine Nachteile erwachsen, daß Strafverfahren zurückgenommen und Ermittlungsverfahren eingestellt werden? Ich fordere den Senat, den Regierenden Bürgermeister hier auf, alles dafür zu tun und unmißverständlich zu erklären, daß der Senat bereit ist, dieses **Strafverfahren zurückzunehmen** und sich dafür einzusetzen. Nur so kann es einen Dialog mit den Studenten geben.

[Beifall bei der AL]

- (B) Der Regierende Bürgermeister hat nicht nur so getan, als sei er gesprächsbereit, er hat auch so getan, als mache er Zugeständnisse an die streikenden Studentinnen und Studenten. Auf die Frage im „Tagesspiegel“-Interview nach einer **Stärkung der studentischen Mitbestimmung** auf unterer Ebene, die Mitbestimmung, die im übrigen von den Koalitionsfraktionen bei der Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes abgeschafft worden ist, eben auch mit Hilfe der F.D.P., hat nun Herr Dieppen folgendes geantwortet:

Mir geht es darum, daß auf der Ebene der wissenschaftlichen Einrichtungen alle Mitglieder ihre spezifischen Erfahrungen einbringen können. Das hat doch nichts damit zu tun, zu welchen Paritäten man kommt.

Aber darauf kommt es den Studenten gerade an: **Weg mit den absoluten Professorenmehrheiten, gleiches Mitbestimmungsrecht für Studentinnen und Studenten, für wissenschaftliche Mitarbeiter, sonstige Mitarbeiter und Professoren, mindestens die Viertelparität**. Das sind die Forderungen, und zu diesen Forderungen sollte der Senat hier und heute Stellung nehmen.

[Beifall bei der AL]

Die alten Strukturen an den Hochschulen haben versagt. Auch in bezug auf die Frage der Neufassung des Berliner Hochschulgesetzes und des Hochschulrahmengesetzes bleibt Dieppens Antwort an die Studenten vage: Der Senat wolle prüfen, ob eine Änderung erreichbar ist.

Aber Allgemeinplätze wie die Notwendigkeit der Veränderung an den Hochschulen in Sprache zu packen, kann keine konkrete Antwort auf die studentischen Forderungen nach Demokratisierung der Hochschulen und kritischen Wissenschaftsansätzen in Lehre und Forschung ersetzen.

[Beifall bei der AL]

Mit Recht haben die Studenten dem Regierenden Bürgermeister eine Schlafmütze überreichen wollen. Nein, das ist keine

Antwort auf die Forderungen der Studenten nach demokratischen Strukturen an den Hochschulen. Der Regierende Bürgermeister, der nun leider bei dieser Debatte nicht anwesend ist, hat Nebel zu werfen versucht, um sich über den Wahltag zu retten.

Die Hochschulpolitik dieser CDU-F.D.P.-Koalition mit ihrem **gestörten Verhältnis zur Demokratie**, nicht nur an den Hochschulen, mit ihrem **gestörten Verhältnis zur Hochschulautonomie** hat diese Struktur an den Hochschulen so gewollt. Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, haben das Berliner Hochschulgesetz so verändert, daß über die Personalpolitik und in den Gremien der Hochschule die Mehrheiten nach rechts verändert wurden, um eben kritische Gesellschaftsanalyse und kritischen Wissenschaftsansatz auszutrocknen. Sie wollten, daß Forschung durch die Gründung von An-Instituten möglichst ohne Widerstand aus den Hochschulen in studentenfreie Institute verlagert wird.

[Vetter (CDU): Glauben Sie, was Sie da sagen?]

Diese Politik ist gescheitert am studentischen Protest. Der Stein, den Sie aufgehoben haben, ist Ihnen auf die Füße gefallen.

[Beifall bei der AL – Buwitt (CDU): Aber Ihnen auf den Kopf, glaube ich!]

Die **AL begrüßt die breite Protestbewegung** an den Hochschulen; diese hat auch das Ende der Wende eingeläutet. Die unhaltbaren und undemokratischen **Beschlüsse des FU-Kuratoriums zur Strukturplanung** haben den Protest ausgelöst. Das FU-Kuratorium als Schnittstelle zwischen Hochschule, Politik, Berufspraxis und Staat hätte eine Plattform sein können, um in einen Dialog über die unhaltbare Situation an den Hochschulen eintreten zu können. Aber mit den Stimmen der Vertreter dieses Senats ist jeder Ansatz für einen Dialog ad absurdum geführt worden. Zum Schaden der Hochschulen haben die Rechten ihre Macht mißbraucht. Mit Recht haben die Studenten deshalb **die Rücknahme der politisch beeinflussten Kuratoriumsbeschlüsse** gefordert und auch den **Rücktritt der dafür Verantwortlichen, nämlich des Leiters der FU, Heckelmann, und von Senator Turner**. Die **AL kann sich diesen Rücktrittsforderungen nur anschließen**.

[Beifall bei der AL]

Aber in dieser Protestbewegung geht es um mehr. Es geht um die Herstellung der Autonomie der Hochschule zum Zweck einer problemorientierten sowie konfliktbereiten Wissenschaft – losgelöst von den Wertungsinteressen der Wirtschaft und des Militärs. Letztlich geht es auch darum, eine Antwort auf die **Krise der Industriegesellschaft** zu finden, deren Produktionsweise ihre eigene materielle und gesellschaftliche Grundlage durch einen hemmungslosen Raubbau an der Natur untergräbt. Experimente und neue Modelle in Lehre und Forschung sind notwendig an den Hochschulen. Dazu gehört aber auch die **Unabhängigkeit universitärer Entscheidungsprozesse** von politischen und wirtschaftlichen Macht- und Interessenstrukturen. Dies beinhaltet **Interdisziplinarität** im Sinne einer konstruktiv-kritischen Zusammenarbeit innerhalb und zwischen einzelnen Instituten und Fachbereichen. Dies beinhaltet auch die Frage nach der **Gleichstellung der Frauen** an den Hochschulen oder auch die Frage nach der **Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit**.

Berlin hat über 100 000 Studenten und 30 000 Beschäftigte an den Hochschulen. Berlin hat an den Hochschulen ein weites Spektrum von geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern, an naturwissenschaftlichen und technischen Fächern. Hier ist ein **Potential für die Entwicklung und Erprobung von nicht konventionellen, interdisziplinär vernetzten Problemlösungsstrategien**. Eine verantwortungsvolle Senatspolitik hätte ei-

Grugelke

- (A) gentlich die Aufgabe gehabt, die Studienreform hier weiter voranzubringen. Aber ist es nicht geradezu organisierte Verantwortungslosigkeit, Spielräume der Hochschulen für Veränderungen in Lehre und Forschung durch den Abbau von Mitbestimmungsmöglichkeiten im akademischen Mittelbau, bei den Studenten einzuengen und partikuläre Interessen der Professoren zu stärken? Oder ist es nicht geradezu verantwortungslos, der **privaten Wirtschaftshochschule E.A.P.** ohne Grund öffentliche Mittel zuzuschieben und die staatliche Anerkennung auszusprechen und dabei eben genau diese angemessene Ausstattung im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der FU vorzuenthalten?

In vielen Bereichen wird **eine ganze Studentengeneration** um ein ordnungsgemäßes Studium **betrogen**. Was sagt zu dieser Tatsache ein Herr Möllemann, der sich Bundesbildungsminister nennt? Er sagt: Wir haben uns vertan! – Das ist die ganze Antwort. Ich finde das empörend!

[Beifall bei der AL und der SPD]

An den Fachbereichen lautet nun die Losung: Wir verlieren ein Semester, aber wir gewinnen ein Studium. Dieses ist, denke ich, die richtige Antwort. In zahlreichen **autonomen Seminaren** haben die Studenten die Defizite konservativ-liberaler Politik thematisiert.

[Zuruf des Abg. Landowsky (CDU)]

Sie haben neue Lehr- und Lernformen in Selbsthilfe erprobt. Die AL geht davon aus, daß sie damit eine großartige **gesellschaftspolitische Leistung** erbracht haben, Herr Landowsky, die so manche Lehrveranstaltung aufwiegt, die durch Ihre Politik nicht angeboten worden ist. Die Gleichstellung und die materielle Absicherung der autonomen Seminare durch zusätzliche Sach- und Personalmittel muß als Alternative zum normalen Lehrangebot institutionell abgesichert werden, ohne sie in ein Korsett herkömmlich organisierter Lehrveranstaltungen zu zwingen.

(B)

Allerdings bleibt das Versäumnis dieses Senats, die **Hochschulen** auch nur **angemessen ausgestattet** zu haben. Ob Steuerreform, ob Gesundheitsreform – konservativ-liberale Politik ist am Ende ihres Lateins. Von den unsozialen Wirkungen dieser Politik sind fast alle Menschen in unserer Stadt betroffen, aber die Studenten in besonderer Weise. Der **BAföG-Kahlschlag** und der fehlende **studentische Wohnraum** verschlechtern und verschlimmern die soziale Situation der Studenten.

Welche Antwort hat nun der Senat darauf? – Der Senat hüllt sich mehr oder weniger in Schweigen und hinterläßt einen hochschulpolitischen Scherbenhaufen. **Dieser Senat hat abgewirtschaftet**; dieser Senat muß abgelöst werden.

[Beifall bei der AL]

Alterspräsident Poritz: Das Wort zur Beantwortung der Großen Anfrage hat Herr Senator Dr. Turner.

Dr. Turner, Senator für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich vor Eingehen auf die Einzelfragen einige allgemeine Bemerkungen machen. Ausgehend von Nordrhein-Westfalen und von Frankfurt ist in diesem Wintersemester eine **Bojkott-Bewegung an den bundesdeutschen Hochschulen** festzustellen, die auch Berlin erreicht hat, die aber nicht von Berlin ausgegangen ist – wie es gelegentlich fälschlich behauptet wird –, die hier auch nicht eine besondere Ursache hat und die im Augenblick – man mag das beklagen, aber man muß es feststellen – andere bundesdeutsche Hochschulstädte ebenfalls erreicht hat. Wer gestern abend die Nachrichten gesehen oder die Sendung „Brennpunkt“ verfolgt hat, konnte dieses feststellen; außerdem ist es in der Presse zu lesen.

Ursprünglich war der Ansatz für diese Boykottmaßnahmen die **Wohnungssituation**; es kamen dann Forderungen hinzu, die sich auf andere Bereiche bezogen. Es ist schließlich zusammenfassend zu sagen, daß eine **allgemeine Unzufriedenheit mit der Studiensituation** auslösend und bestimmend für die Haltung vieler Studenten war. Äußere Gegebenheiten, die Situation in der Lehre, Form und Inhalt des Lehrangebots – dies alles waren Merkmale, die die Unzufriedenheit ausgelöst haben, die vor dem Hintergrund der Kennzeichen der Massenuniversität von heute zu sehen ist.

(C)

Wir haben innerhalb von 30 Jahren ein **Anwachsen der Studentenzahlen** von 290 000 auf 1,5 Millionen Studenten gehabt, der Anteil an den jeweiligen Altersjahrgängen ist von 3 % auf 22 % gestiegen, die Zahl der Professoren bundesweit von 5 000 auf 25 000. Als eine neuere Erscheinung der deutschen Hochschulgeschichte haben wir die sogenannte **Gruppenuniversität**. Diese Merkmale, diese Kennzeichen gilt es zu beachten, wenn man Lösungen, wenn man Antworten formulieren will auf die Fragen, die nicht nur aktuell gestellt werden, sondern die – natürlich – schon eine Zeitlang bekannt und auf die zum Teil auch Antworten gegeben worden sind.

Wir können davon ausgehen – und auch dies ist keine neuere Erkenntnis –, daß die „Massenuniversität“ eine Erscheinung **auf Dauer** bleiben wird. Jedenfalls ist heute nicht abzusehen, wann wir deutlich zurückgehende Studentenzahlen haben werden. Wenn es heute 1,5 Millionen sind und wenn es um die Jahrhundertwende vielleicht 1,1 Millionen sein mögen, was niemand mit absoluter Sicherheit voraussagen kann, dann bedeutet auch eine solche Zahl noch „Massenuniversität“ für die größere Zahl unserer Hochschulen.

Berlin hat dies erkannt, und es hat vor allen Dingen auch entsprechend gehandelt, soweit überhaupt solche Zahlen vorhersehbar waren. Das paßt der Opposition natürlich nicht, und deswegen geht sie auf entsprechende Hinweise auch nicht ein. Es ist aber keine Gebetsmühle, die ich hier abspiele, sondern es ist die Notwendigkeit, erneut und immer wieder und selbst denjenigen, die es nicht begreifen wollen, klarzumachen, daß der Senat, daß das Abgeordnetenhaus in seiner Mehrheit gehandelt haben, und zwar einmal in der **Ausfinanzierung der Personalhaushalte**, zum anderen in der **überproportionalen Steigerung der Haushalte für die Hochschulen** und auch mit dem Auftrag, **Strukturpläne für das Jahr 2000** zu erstellen, weil nur aufgrund einer solchen soliden Planung dann Entscheidungen, auch Investitionsentscheidungen, getroffen werden können.

(D)

Dabei ist der Senat von Grundsätzen ausgegangen, die in der Vergangenheit galten – jedenfalls seit 1981 –, die jetzt gelten und auch weiter gelten werden. Berlin wird weiter **überproportional viele Ausbildungsplätze** zur Verfügung stellen. Wir müssen immerhin sehen, daß in Berlin 650 DM pro Einwohner für diesen Bereich ausgegeben werden, im Bundesdurchschnitt sind es 223 DM; das macht die ungeheure Leistung deutlich. 3 % der Bevölkerung der Bundesrepublik wohnen in Berlin, aber wir haben 7 % aller Studenten hier. Wir haben ausgebaute Studienplätze für 60 000 Studenten, und es ist zu überlegen, ob und in welchen Bereichen eine Ausweitung stattfinden sollte. Dabei muß die Attraktivität anknüpfen an die Qualität der Ausbildung, an die Qualität der Absolventen.

Es wird weiter darauf ankommen – und auch das ist seit längerem Ziel der Politik –, daß die **Fachhochschulen** mit ihren kürzeren und insofern attraktiveren Studiengängen weiter ausgebaut werden. Hierin liegt ein besonderes Merkmal, und es ist ein Erfolg, daß es gelungen ist, die Ausbildungsgänge so, wie sie jetzt sind, auch EG-weit anerkannt zu bekommen.

Aber es kommt auch darauf an, die vorhandenen Mittel wirtschaftlich einzusetzen. Wenn in der ersten Frage das Problem der **Verbesserung der Studiensituation** angesprochen wird, dann muß man sich überlegen, wo denn welche

Sen Dr. Turner

- (A) Überlast vorhanden ist; denn nur ein gezielter Einsatz der Mittel kann helfen und sinnvoll sein. Die Anwendung des Gießkannenprinzips – oft genug beklagt – kann und darf nicht in Frage kommen. Lassen Sie mich das an einem Beispiel deutlich machen: Wenn die Normallast 100 % der Studienplätze umfaßt, dann entfallen beispielsweise auf die FU 28 500; die Höchstlast – ein Begriff, der durch die Öffnung der Hochschulen, basierend auf den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenzen aus dem Jahr 1977, entstanden ist, bedeutet, daß 25 % mehr in Kauf genommen werden. Das ergibt für die FU über 35 000 Studienplätze. Tatsächlich gibt es bei der Freien Universität aber fast 60 000 Studenten, so daß man also auf die Idee kommen könnte, hier sei eine Überlast von rund 24 000 Studenten gegeben.

Die Wirklichkeit aber sieht ein wenig anders aus, und das gilt es dann zu berücksichtigen, wenn Maßnahmen eingeleitet werden. Es ist festzustellen, daß 35 % – das sind über 20 000 der FU-Studenten – im 14. Semester oder höher eingeschrieben sind; wenn die Fachsemester zugrunde gelegt werden, sind es 14 000 oder 25 %. deswegen ist es wichtig, eine detaillierte Betrachtung vorzunehmen, also festzustellen, wo welche Studenten in welchem Semester eingeschrieben sind, ob sie innerhalb der Regelstudienzeit eingeschrieben sind, ob sie Altsemester sind, wie viele Absolventen aus einem Fachbereich kommen, wie hoch die Kapazität ist und welche Maßnahmen zu treffen sind. Bei diesen Maßnahmen muß man berücksichtigen, was das Land bereits für die Universitäten, für die Hochschulen, tut: Es stellt für sie jährlich immerhin rund 2 Milliarden DM bereit.

- (B) Weil es immer wieder verschwiegen wird – obwohl es vor allen Dingen bei denjenigen bekannt ist, die sich insofern für Experten halten –, will ich Ihnen einmal ein paar **Vergleichszahlen** nennen. Natürlich ist – dieses zu bestreiten, wäre unlauter – die Situation in vielen Bereichen unserer Hochschulen angespannt und schwierig, aber der Vergleich mit Institutionen, die ähnliche Größenordnungen und eine ähnliche Fächerstruktur haben, muß doch angestellt werden. Lassen Sie mich dazu zwei Beispiele nennen. Der Wissenschaftsrat – ein insofern zweifellos unverdächtiges Gremium – hat festgestellt, daß beispielsweise das **Verhältnis von Professoren zu Studenten** in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in München 1:46 beträgt, in Münster 1:55, in Köln 1:51, in Hamburg 1:36, und günstiger – keinesfalls ideal, aber günstiger – ist dieses Verhältnis in Berlin, an der Freien Universität und an der Technischen Universität beträgt es 1:26 bzw. 1:29. Ähnlich verhält es sich in den Sprach- und Kulturwissenschaften. Nun muß man berücksichtigen, daß bei den pauschalen Ansätzen des Wissenschaftsrats die Überalterung noch nicht einmal einbezogen ist, so daß wir feststellen können, daß zwar die Situation schwierig ist und auch einer Verbesserung bedarf, aber doch der Blick über die Grenzen Berlins hinaus aus den Augen verloren werden darf. Und wenn hier von dem Antragsteller in der Begründung, von Herrn Grugelke, gesagt worden ist, das alles sei berlinursächlich, dann zeigt das, daß er sich entweder in seiner Vorbereitung zu sehr auf Berlin konzentriert und nicht über den berühmten Tellerrand hinausgeschaut hat oder daß er es zwar weiß, dieses aber geflissentlich unterläßt, hier vorzutragen oder darüber nachzudenken.

Nun hat es in diesem Semester eine besondere Situation gegeben, daß nämlich extrem **viele Neuzugänge** nach Berlin gekommen sind, und Berlin war das erste Land, das daraufhin gehandelt hat. Das Abgeordnetenhaus hat 20 Millionen DM eingesetzt, 10 sind bereits verteilt, und 10 werden im Februar verteilt – ebenfalls nach den Aspekten der Strukturüberlegungen und auch nach Aspekten einer zunächst vorzunehmenden Analyse der Schwachstellen, nicht aber etwa nach dem Gießkannenprinzip. Ob weitere Mittel notwendig sind, wird sich zeigen. Es wird davon abhängen, welche Vorschläge die Universitäten darlegen, aber es wird auch nötig sein, daß die

- (C) **Universitäten einen Eigenbeitrag leisten**, und zwar nicht so sehr finanzielle Anstrengungen – das ist selbstverständlich –, sondern auch in der Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen, was beispielsweise die Räume angeht. Da sind, und das wissen die Universitäten auch, noch Spielräume gegeben, und es wird auch darauf ankommen, daß das Angebot möglicherweise anders organisiert wird.

Wir werden hier nichts übers Knie brechen, wir werden aber, wie es durch die Sofortmaßnahme geschehen ist, dann, wenn Not am Mann ist, auch sofort reagieren, und wir haben dieses getan. Im Verhältnis zu anderen Ländern und anderen Universitäten kann Berlin jeden, aber auch jeden Vergleich aushalten.

[Beifall des Abg. Dr. Tolksdorf (F.D.P.) – Dr. Kremendahl (SPD): Rauschender Beifall eines einzelnen Herrn! – Dr. Tolksdorf (F.D.P.): Im Vergleich! – Härtig (AL): Rauschender Beifall eines einzelnen Herrn – haben Sie das mitbekommen?]

Es wird dann immer wieder – und damit komme ich zu den Fragen zwei und drei – die Frage der Parität in den Vordergrund gestellt. Das Problem der Mitwirkung, der Mitbestimmung hat eine zwanzigjährige Geschichte, und aus dieser Geschichte sollte man lernen! Berlin hat allein acht gesetzliche Regelungen erlebt, und insgesamt hat es acht gesetzliche Regelungen gegeben, in denen die Frage der **Paritäten**, in denen die Fragen, wie welche Gruppen wo mitwirken, geregelt worden sind. Begonnen hat es in Berlin mit dem Universitätsgesetz von 1969

[Dr. Kremendahl (SPD): Das wissen wir!]

- (D) mit der sogenannten Drittelparität. Keine der Regelungen – nicht nur in Berlin, sondern auch anderswo – hat befriedigt, und immer wieder hat man versucht, die Schraube ein bißchen nach rechts oder nach links zu drehen.

[Dr. Kremendahl (SPD): In letzter Zeit sehr weit nach rechts!]

Aber das hat jeweils nur kurze Zeit gehalten; es ist dann immer wieder zu einer neuen Debatte gekommen. Feststellen müssen wir folgendes – und das vor allen Dingen in Berlin –: Wir haben eine **Politisierung der Gremien**, wir haben eine **Fraktionierung**, und dieses hängt wohl insbesondere damit zusammen, daß man Grundsätze aus dem allgemeinen politischen Leben auf die Hochschulen übertragen hat. Das kommt alleine zum Ausdruck in dem personalisierten Verhältniswahlrecht. Man hat Grundsätze der Gebietskörperschaft auf die Universitäten übertragen; ob dieses glücklich war, ist eine Frage. Jedenfalls hat es bestimmte Konsequenzen nach sich gezogen.

Nun wäre es sicher bemerkenswert und meines Erachtens auch nicht richtig – aber das tut man zum Teil –, wenn man zu einer Verabsolutierung der Mitbestimmung kommt und wenn darin die Verwirklichung der Demokratie selbst gesehen wird; das würde allerdings bedeuten, daß man sich von den Zielen der Hochschule löst. So wirkt es gelegentlich, und dafür gibt es leider Beispiele. Wenn es Kämpfe um Sieg oder Niederlage gibt, wenn die jeweilige politische Formierung eine Entscheidung – fällt sie so oder anders aus – als Sieg oder Niederlage verstanden wird, darin kommt dann die Polarisierung zum Ausdruck. So und nur so ist es auch zu verstehen, daß relativ harmlose Entscheidungen im Kuratorium der FU eine derartige Bedeutung gewonnen haben.

Ich will Ihnen noch einmal ganz klar sagen, damit kein Mißverständnis entsteht, daß das Vorschläge der Mehrheit der Mitglieder der Universität im Kuratorium waren. Die Staatsseite hat hier in gar keiner Weise einen besonderen Einfluß

Sen Dr. Turner

(A) genommen, sondern sie hat gesagt, wenn die Mehrheit dieses so will, wenn das diskutabel ist, dann kann man das so machen. Die Fraktion aber, die unterlegen war – ich muß das so nennen –, hat das nun zur Staatsaffäre gemacht, und dieses zeigt im Grunde genommen, daß die Frage der Paritäten zu dem geführt hat, was ich eben als Fraktionierung, als Politisierung und auch als eine Polarisierung bezeichnet habe. Jede Frage, jede Entscheidung wird daher als ein Prüfstein für die Geschlossenheit, für die Zuverlässigkeit der jeweiligen Vertrauensleute angesehen und wird als Niederlage empfunden oder als Sieg gefeiert.

Nun gibt es keine Frage, daß die **Gruppenuniversität** erstens zulässig ist, zweitens auch ihre guten Seiten hat und drittens, daß niemand daran denkt, sie aufzuheben. Aber die Frage ist doch, ob man nicht **mehr Amts- oder Fachkompetenz in die Gremien** hineinbekommen sollte, um auf diese Weise von dieser Fraktionierung loszukommen, die meines Erachtens in der Tat ein Übel für die Hochschulen darstellt. Amtsträger haben in der Regel ein anderes Rollenverständnis. Wenn man dem Beispiel anderer Länder folgen wollte, dann würde man die Universitäten von unten nach oben aufbauen in der Weise, daß die Institutsdirektoren in der nächsten Ebene vertreten sind, daß die Dekane im Senat vertreten sind. Natürlich wird damit das Prinzip der Gruppenuniversität nicht aufgegeben. Ich meine, daß die jetzt in Gang gekommene Debatte über die Frage der Beteiligung eine gute Chance bedeutet auch dahin gehend, noch einmal nachzudenken, aus den Erfahrungen anderer Länder zu lernen.

Fest steht – entgegen der immer wieder gemachten, aber fehlerhaften Aussage –, daß **das Berliner Hochschulgesetz die Möglichkeiten**, die das Rahmengesetz gegeben hat, und die durch das Bundesverfassungsgericht vorgezeichnet sind, **ausgeschöpft hat** und daß hier von einem Spielraum keine Rede mehr sein kann.

(B) Es ist immer wieder die Konstruktion und die Zusammensetzung der **wissenschaftlichen Direktorien** und der **Direktorien in den wissenschaftlichen Einrichtungen** zum Gegenstand der Kritik gemacht worden. Hier gibt es zwei Möglichkeiten: die eine war die, daß man einen geschäftsführenden Direktor hat und ein beratendes Gremium, die andere sieht vor, daß alle Professoren – jedenfalls nach der jetzigen Gesetzeslage – das Direktorium bilden. Wir haben bei der Beratung des Gesetzentwurfs im Ausschuß darüber gestritten; es hat sich die Position durchgesetzt, die auch von der F.D.P. favorisiert wurde, nämlich die, die wir jetzt haben.

Nun kann man folgendes überlegen – und da kann man auf Vorschläge eingehen, die in den Universitäten erörtert werden –: Was kann man ohne eine Änderung des Gesetzes machen, in welchem Punkt müßte man das Gesetz ändern, wenn man es denn will, und wo müßte möglicherweise sogar das Hochschulrahmengesetz geändert werden? – Meines Erachtens kommt es darauf an – und das sollte die Richtschnur und die Orientierung setzen, wenn man über Änderungen von Zuständigkeiten und über die Änderung von Stimmrechten redet –, nicht das Prinzip der konkurrierenden, rivalisierenden Gruppen in den Vordergrund zu stellen, sondern das **gemeinsame Ziel der Universität – Forschung und Lehre** – zu betonen. Und hier ist festzustellen, daß es eine Kluft zwischen den Studenten und den Professoren gibt – beileibe nicht überall, aber beklagenswerterweise eben doch. Deswegen ist es entscheidend, daß man diese überwindet, und zwar kann man eine solche Kluft am besten durch gemeinsame Arbeit – durch Arbeit an einer gemeinsamen Sache – überwinden.

Hier bietet sich das an, was aus der Universität vorgeschlagen ist, nämlich sich verstärkt um die Fragen der **Studieninhalte, des Ablaufs der Studien** zu kümmern. Es ist ganz interessant, wenn man sich einmal ansieht, wie es gestern jene Fernsehsendung gemacht hat, wie das Verhältnis an kleineren Hochschulen aussieht und wie hier. Nun kann man aus einer

großen Hochschule keine kleine machen, man kann aber versuchen, die Arbeitsbedingungen in Teilbereichen – –

(C)

[Zuruf des Abg. Eggert (AL)]

– Die Verhältnisse, die Relationen sind keineswegs anders, und die Institution, die da gezeigt worden ist, ist auch kein Dorf! – Man kann versuchen, vergleichbare Bedingungen zu schaffen, indem die Organisationseinheiten überschaubarer und kleiner sind, um damit den Studenten auch die Möglichkeit zu geben, sich eher in einer solchen Umgebung zu Hause und wohl zu fühlen. Dieses wird im Augenblick an der FU versucht. Der Erfolg ist leider noch nicht eingetreten; das sollte gestern im Akademischen Senat diskutiert werden; leider mußte der Senat zunächst seinen Sitzungsort verändern, und der ist dann auch noch gestört worden.

Nun sollten diejenigen Kräfte, die dieses tun, die gar nicht wollen, daß vernünftig studiert wird, sondern die im Grunde genommen einen Konflikt, den es gar nicht gibt, aufbauschen und schüren, nicht recht behalten. Wir sollten uns darum nicht kümmern, wir sollten uns nicht irritieren lassen, sondern auf die Studenten eingehen und zugehen, die vernünftige Vorschläge machen, und da gibt es Gott sei Dank eine ganze Menge.

[Beifall bei der CDU]

In dem Zusammenhang ist auch wichtig, die Frage zu stellen, ob denn eigentlich bei uns das **System der Hochschulbildung und die großen Zahlen zueinander passen**. Es hat lange Überlegungen dazu gegeben; der Wissenschaftsrat hat sich dazu geäußert. Für mich ist dieses Thema natürlich auch nicht neu. Ich meine, dieses ist eine gute Gelegenheit – und zwar zusammen mit den Studenten, wenn schon bisher eine Bereitschaft, über dieses Thema nachzudenken, nicht unbedingt gegeben schien –, dieses zusammen mit Studenten zu erörtern, dann allerdings muß man von den Diskussionsmöglichkeiten auch Gebrauch machen. Ich bin der Meinung, daß die ganz überwiegende Mehrheit das will und daß es erfreulicherweise immer schwerer wird für diejenigen, die das verhindern wollen, ihre Mehrheiten – wie auch immer – zu erreichen.

(D)

Unter Punkt 4 ist die Frage gestellt, ob man **bei den Gremien eine Quotierung** vornehmen könnte. Ich kann das kurz beantworten. Ich halte das **nicht für zulässig**. Der Senat kann sich auch nicht in diese Richtung einlassen. Der Senat kann, was die Frauenpolitik angeht, auf beachtliche Erfolge zurückgreifen, wobei entscheidend ist, und hier darf ich meine Kollegin Frau Dr. Laurien zitieren: Wir sind nicht für Quote, sondern für Qualität! – Das ist entscheidend. Unter diesem Aspekt allerdings hat Berlin auch die Nase vorn. Weit über dem Bundesdurchschnitt haben in Berlin Frauen Rufe an die Hochschule bekommen.

Es geht dabei um zwei Punkte: Einmal geht es um die Forderung nach **Wissenschaftlerinnen**; und es geht zum anderen um die **Frauenforschung**. Zum ersten will ich noch eine Bemerkung machen. Entscheidend ist, daß der Eingang in die wissenschaftliche Karriere, also der Einstieg als Mitarbeiterin oder als Assistentin ermöglicht wird. Wenn dies vernünftig praktiziert wird, dann wird ein entsprechendes Potential vorhanden sein, und die Quotenfrage stellt sich dann nicht. Derzeit ist die sicherlich vorhandene, auch zu beklagende Unterrepräsentation jedenfalls nicht damit zu beheben, daß man eine Quotenregelung einführt. Und daß Berlin, abgesehen von der Förderung der Frauen in den Hochschulen, ganz gut dasteht, ergibt sich auch daraus, daß beispielsweise eine der Frauen, die ich in die Akademie berufen haben, jetzt noch zu Höherem ausersehen und berufen worden ist.

Berlin hat auch bei der **Frauenforschung** so viel vorzuweisen, daß immerhin andere Länder versuchen, daran teilzuha-

Sen Dr. Turner

- (A) ben oder die Modelle zu kopieren. Zusammen mit Frau Schmalz-Jacobsen ist hier in der Koalition beider Häuser ein Modell entwickelt worden, das Pilotfunktion für andere Länder hat. Konkret: An der Freien Universität sind in letzter Zeit sechs Professuren für Frauenforschung installiert worden, zwei sind bereits besetzt mit Frauen, nämlich Erziehungswissenschaften und Politik. Die neue deutsche Literatur, Sozialwissenschaft, Psychologie und Geschichte werden demnächst zur Ausschreibung freigegeben.

Was die **Fachmusikforschung** angeht, so ist damit vermutlich die Aufarbeitung der Zeit von 1933 bis 1945 gemeint. Dies geschieht in einer ganzen Reihe von Fächern, wobei es der Entscheidung des einzelnen Wissenschaftlers überlassen ist, ob er sich mit so einem Gebiet beschäftigt oder ob er dies nicht tut. Schwerpunktmäßig gibt es Professoren, die sich mit diesem Gebiet beschäftigen, und wir werden dafür Sorge tragen, daß bei der Nachfolgeregelung eine entsprechende Auswahl erfolgt, daß wieder Hochschullehrer gewonnen werden, die sich mit diesem Bereich beschäftigen.

Der **Forschungsschwerpunkt Wissenschaftsgeschichte**, der seit dem 1. Januar im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungszentren finanziert wird, beschäftigt sich auch mit der Geschichte der Fächer, so daß man nicht sagen kann, es sei etwa nur eine Domäne der Juristen, der Historiker oder der Soziologen. Auch das Geschehen in Disziplinen wie Naturwissenschaften und Medizin in jener Zeit ist Gegenstand der Erörterung.

[Dr. Biewald (CDU): Herr Senator! Wie schätzen Sie es eigentlich ein, daß so wenig Abgeordnete der antragstellenden Fraktionen hier anwesend sind?]

- (B) **Alterspräsident Poritz:** Herr Abgeordneter! Zwischenfragen müssen von mir zunächst einmal genehmigt werden!

[Simon (CDU): Die Frage war aber berechtigt!]

Dr. Turner, Senator für Wissenschaft und Forschung: Ich schätze das so ein wie die Kenntnisse und das Engagement, nämlich umgekehrt proportional zu der Lautstärke, mit der so etwas vorgetragen wird.

[Starker Beifall bei der CDU]

Zu Punkt 7 ist folgendes zu sagen: Hier ist im **Gesundheits-Reformgesetz** die neue Regel enthalten, daß bis zum Abschluß des 14. Semesters eine **Versicherungspflicht** besteht und danach nicht mehr. Nun muß man dazu sagen, daß hier ein Ausnahmekatalog formuliert worden ist, der nicht so deutlich eine Zäsur vorsieht. Ich will Ihnen das nicht im einzelnen vorlesen, das ist die Nr. 9 der entsprechenden Bestimmung. Die Idee, diese Regelung einzuführen, war mitgetragen von dem Versuch, **auf diese Weise eine Studienzzeitverkürzung zu erreichen**. Wir haben uns dagegen ausgesprochen, weil es eine ganze Reihe von Gründen gibt, die diese Regelung problematisch erscheinen lassen. Wir haben uns im Bundesrat nicht durchsetzen können, aber wir werden die erste Gelegenheit wahrnehmen, wenn sich hieran etwas ändern läßt. Unsere erhalten gebliebene Position werden wir dann wieder in Erinnerung bringen und nach Möglichkeit durchsetzen.

Was die Vorschläge zum **BAiFG** angeht, so bin ich in einer glänzenden Lage. Genau das waren meine Vorschläge, die ich 1982 in einer anderen Eigenschaft gemacht habe: zum Teil Darlehen, zum Teil Zuschuß. Die 50-%-Regelung ist plausibel. Außerdem kommt es darauf an, das sogenannte Mittelstandslöcher zu schließen, und zwar durch die Erhöhung der Elternfreibeträge. Wer will, der kann das nachlesen. 1982 habe ich diese Vorschläge gemacht!

Unter Punkt 8 ist weiterhin gefragt worden, inwiefern **autonome Seminare** unterstützt werden können. Nun, wenn darunter freie Arbeitsgruppen verstanden werden, die sich zusammenschließen, um sich mit einem Thema zu beschäftigen, dann kann man ihnen sicherlich soweit verfügbar Räume geben. Es steht dem auch nichts entgegen, daß zum Beispiel der AstA aus dem Aufkommen seiner Gelder solche freien Arbeitsgruppen unterstützt, wenn sie sich im Rahmen der Aufgaben der Hochschule bewegen. Wenn allerdings gemeint sein sollte, daß damit Lehrveranstaltungen ersetzt werden könnten, dann wirft das eine Reihe von Problemen auf. Das eine Problem, das dabei womöglich zu erkennen ist, ist, daß es eine Kritik an der Lehre gibt. Dann geht diese Kritik gegen die Hochschulen, gegen die Hochschullehrer, dann muß sie dort diskutiert werden, nach Möglichkeit mit dem Ziel einer Verbesserung oder der Beseitigung der Kritik. Geht es womöglich darum, solche Seminare abzuhalten, um sich in einer Art Selbstbedienung Scheine zu verschaffen, dann halte ich es in mehrfacher Hinsicht für gefährlich und problematisch. Dies wirkt ja fast so, als wollte man eine der Parolen verwirklichen wie „Die Uni gehört uns!“ und könnte darauf hindeuten, es würde hier ein neuer Elfenbeinturm gezimmert werden. Das ist schon problematisch, noch problematischer aber ist etwas anderes, nämlich die Wirkung nach außen. Diejenigen, die sich mit solchen Seminarscheinen begnügen, die damit womöglich gar ihr Examen machen wollen, sich bewerben, die werden spätestens bei diesen Gelegenheiten zu erkennen haben, daß so etwas keine Basis für eine echte, erfolgreiche Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ist. Deswegen müssen wir zusehen, daß hier der Hochschullehrer in seiner Verantwortung bleibt, unbeschadet der Möglichkeit, daß sich freie Arbeitsgruppen natürlich etablieren können.

Zu den Fragen 9 und 10 ist folgendes zu sagen: Diejenigen, die einen **Boycott** ausüben, haben sich ja frei dafür entschieden. Wenn es nun um die Frage von Nachteilen geht, dann haben sie auch erklärt, daß sie sich dessen bewußt waren. Sie haben erklärt: „Wir verlieren ein Semester, wir gewinnen ein Studium!“ Wie immer das zu verstehen sein mag. Die beste Möglichkeit, Nachteile zu vermeiden, ist die, daß wie in vielen Bereichen nun auch in den restlichen endlich der Unterricht wieder aufgenommen wird und vor allen Dingen nicht diejenigen, die studieren wollen, gehindert werden, dies zu tun.

[Zurufe von der CDU: Sehr richtig!]

Was andere Nachteile angeht, so ist festzuhalten, daß bestimmte Rechtsregeln gelten, die auch von hier nicht aufgehoben werden können. Die beste Möglichkeit, Nachteilen zu entgehen, ist, zu dem Verfahren zurückzukehren, das der Universität gemäß ist, zu einer sachlichen Diskussion, und die Behinderung derjenigen, die dort studieren wollen, aufzugeben. Ob ein **Nachholen von Veranstaltungen** im Sommer möglich sein wird, hängt letztendlich von den Hochschulen ab. Sie versuchen jetzt, alles zu tun, um Nachteile zu vermeiden. Das sollte man wahrnehmen. Insofern hängt es entscheidend von den Betroffenen ab, ob überhaupt Nachteile entstehen oder ob noch etwas zu retten ist.

Ich komme zu einer Schlußbemerkung. Ich habe zu Beginn gesagt, das **Prinzip der Hochschulpolitik ist die Erhaltung und Vermehrung der Qualität**. Es ist aber auch das Bestreben, Berlin als Wissenschaftsstadt in die vorderste Reihe zu bringen oder dort, wo wir uns schon in einer solchen Gesellschaft befinden, unsere Position zu erhalten. Das war in der Vergangenheit, wenn ich an die 70er Jahre denke, deutlich in Frage gestellt, und zwar belegbar anhand von zwei sehr einfachen Daten, die nicht erfunden worden sind, sondern die auf dem Tisch lagen. Es war so, daß behauptet wurde, zum Teil zu Unrecht, zum Teil leider nicht zu Unrecht, daß der Student, der nach Berlin geht, Schwierigkeiten hat, vernünftig zu studieren, und daß der Absolvent, der von Berlin kommt, Schwierigkeiten hat, eine adäquate Beschäftigung zu finden.

Sen Dr. Turner

- (A) Darüber gibt es nun bedauerlicherweise allgemeine Aussagen, zum Teil auch pauschalierende, zum Teil auch falsche, zum Teil aber bedauerlicherweise auch richtige.

Nun ist Berlin ganz ohne Zweifel wieder **attraktiver geworden**. Das können wir an der Gesamtzahl der Studenten ablesen: 107 000, mehr als 10 000 Neuzugänge in diesem Semester. Die Absolventen haben wieder gute Chancen, Professoren kommen gerne nach Berlin, sie bleiben auch hier, wenn sie die Möglichkeit haben wegzugehen. Das heißt aber auch, daß dieses erkämpfte Ziel erhalten werden muß, daß unrealistischen Forderungen, die gestellt werden, nicht nachgegeben werden kann, sondern daß die Linie gehalten werden muß: die **Qualität zu steigern** und nicht irgendeinem Trend nachzugeben. Das heißt aber auch, daß bei der Durchsetzung von Forderungen Mittel nicht akzeptiert werden können, die zweifelhaft sind oder die außerhalb der Rechtsordnung liegen. Deshalb kommt es darauf an, auch in einer solchen Situation Augenmaß zu bewahren, die begründeten und berechtigten Forderungen anzuerkennen und den Studenten, denen es um die Verbesserung ihrer Studiensituation geht, das Gefühl zu geben, daß hier in einem Dialog mit den Professoren – nicht gegen sie, das ist sicher falsch! – etwas erreichbar ist. Ich meine, da ist etwas erreichbar, allein wenn man an die Studienzzeit und an die Inhalte des Studiums denkt. Wenn wir dies nicht tun, sondern wenn wir auf unrealistische Forderungen eingehen, dann allerdings würde sich Berlin in ein Abseits begeben – in ein Abseits, aus dem es nicht so schnell wieder herauskäme.

- (B) Lassen Sie mich das abschließend sagen: Berlin gehört ganz sicher nicht in ein Abseits. Das haben die Hochschulen nicht verdient, das haben die Professoren und die Studenten nicht verdient, und das hat auch die Stadt nicht verdient – die Stadt, die zwar nicht wesentlich von den Hochschulen lebt, die aber nicht diese Ausstrahlung hätte, wenn es nicht diese Hochschulen gäbe. Es gibt andere Städte, die leben förmlich von den Hochschulen, das ist hier anders. Und weil dies nicht sein darf, daß Berlin in ein Abseits gerät, sondern Berlin vielmehr an die Spitze gehört, deswegen kommt es darauf an, **auf die berechtigten Forderungen** begründet und sofort, wie wir es getan haben, **einzugehen**, dort aber, wo Irreales gefordert wird oder wo Dinge gefordert werden, die zum Schaden der Studenten, der Professoren und insgesamt von Berlin gehen würden, dort auch Nein zu sagen. Im Grunde sagen wir aber Ja zu der positiven, offenen Einstellung sehr vieler Studenten. Und wir werden uns durch diejenigen, die den Dialog verhindern wollen, in keiner Weise irre machen lassen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Alterspräsident Poritz: So, meine Damen und Herren! Das war die Beantwortung der Großen Anfrage. Ich eröffne die Aussprache. Der Ältestenrat schlägt als Rednerreihenfolge vor: SPD, CDU, AL, F.D.P. – Erhebt sich Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann hat das Wort von der SPD-Fraktion der Abgeordnete Dr. Kremendahl.

Dr. Kremendahl (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie man in einer solchen Situation der Berliner Hochschulen als verantwortliches Senatsmitglied eine derart buchhalterische Rede nach dem Motto halten kann: eigentlich ist doch alles in Ordnung! – ist mir unbegreiflich!

[Beifall bei der SPD]

Ich kann daher nur sagen: Zu diesem Wissenschaftssenator fällt mir nichts mehr ein! Ich rede lieber über die Probleme an den Berliner Hochschulen und über Möglichkeiten, diese Probleme zu lösen.

(C) Der Senat hat in der vergangenen Woche vor allem gemeinsam mit dem Präsidenten der Freien Universität eine Lösung versucht: nämlich die **Lösung**, den Lehrbetrieb wieder herzustellen, den Lehrbetrieb zu sichern **durch Polizeieinsätze auf dem Campus**. Dieser Versuch ist jämmerlich gescheitert. Jeder Sachkundige hätte sowohl dem Präsidenten wie auch dem Senator sagen können, daß es nicht möglich ist, vor jede Hörsaaltür, vor jedes Prüfungszimmer einen Polizisten zu stellen. Es war nicht möglich! Er ist weiterhin daran gescheitert, daß der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei im Namen seiner Kollegen deutlich gemacht hat, daß die Polizei nicht dazu da ist, die Kastanien aus dem Feuer zu holen, daß die Polizei sich mißbraucht fühlt in ihrem Einsatz auf dem Campus.

[Beifall bei der SPD]

Die Polizei ist daraufhin zurückgezogen worden. Es gibt in dem Zusammenhang noch eine interessante Feststellung: Da wird ein Mitglied des Senats von Berlin, nämlich der Senator für Inneres, in mehreren Tageszeitungen – übrigens bis heute nicht dementiert – mit dem Satz zitiert: Die Polizei ist nicht dazu da, für eine verfehlte Hochschulpolitik den Kopf hinzuhalten! –

[Beifall bei der SPD]

(D) Wie wahr, Herr Kewenig! Ich stelle aber die Frage, und so kurz ist unser aller Gedächtnis nicht: Wer war denn in den Jahren 1981 bis 1986 Wissenschaftssenator in dieser Stadt? Wer hat denn die **Entdemokratisierungen eingeleitet**, die die Hochschulnovellierungen von 1982 und 1986 bedeutet haben? Wer hat denn Stellen an der Freien Universität, an den anderen Hochschulen in dem Ausmaß gestrichen, daß der heutige **Notstand in der Lehre** eingetreten ist? Und wer hat beispielsweise das **Tutorenprogramm** in einer solchen Weise zusammengekürzt, daß die Betreuungsmöglichkeiten an den Hochschulen drastisch zurückgegangen sind, und noch den Versuch gemacht, im großen Konflikt um den Tutorentarifvertrag diesem Tutorenprogramm völlig den Garaus zu machen? – Das war der gleiche Herr Kewenig, der heute von einer verfehlten Hochschulpolitik spricht, für die die Polizei nicht den Kopf hinhalten soll. Ich stelle fest: Dieser Innensenator ist nicht nur in der Lage, in seinem eigenen Verwaltungsbereich einer klaren Weisung zur Durchsetzung zu verhelfen, er hat auch kein Gedächtnis! Das finde ich besonders pikant in diesem Amt.

[Beifall bei der SPD]

Es hat dann aber auch in dieser Woche eine andere Äußerung aus dem Senat gegeben. Ich will Ihnen einmal einen Satz vorlesen, der gestern in einer wichtigen Berliner Tageszeitung zu lesen war. Da steht:

Hier sind **Veränderungen des Hochschulrahmengesetzes** notwendig. Aber die konkrete Verbesserung der Möglichkeiten im Rahmen der Wissenschaftlichen Einrichtungen können auch durch eine **Veränderung im Berliner Hochschulgesetz** erreicht werden. Mir geht es darum, daß auf der Ebene der Wissenschaftlichen Einrichtungen alle Mitglieder der Universität ihre speziellen Erfahrungen einbringen können.

Wiederum ein richtiger Satz, Herr Regierender Bürgermeister! – Er ist leider nicht da, wahrscheinlich ist er wieder, wie so oft bei wichtigen Debatten, in der Kantine.

[Buwitt (CDU): In der Kantine haben sie ihn sicher noch nicht gesehen!]

– Ich war ja auch im Plenum, Herr Buwitt, wie Sie ja erfreulicherweise auch.

Dr. Kremendahl

- (A) Ein richtiger Satz des Regierenden Bürgermeisters. Ich darf aber daran erinnern, daß wir am 10. November 1988, wenige Wochen vor Beginn der studentischen Streiks, hier im Haus in II. Lesung abgestimmt haben über einen SPD-Antrag zur Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes, in dem genau das, nämlich die Wiedereinführung der Mitbestimmung in den Direktorien der Wissenschaftlichen Einrichtungen stand und vieles mehr, was unterhalb der Schwelle des Hochschulrahmengesetzes zu machen wäre. Damals haben die Fraktionen von CDU und F.D.P. dagegen gestimmt. Und damals hat der Kollege Schütze eine Novellierung für die neue Legislaturperiode als CDU-Initiative in ganz andere Richtung, nämlich zur Verstärkung von Professorenmehrheiten angekündigt. Ich frage mich: Wo ist die Einheit von Reden und Handeln? Wie glaubwürdig ist eine Äußerung des Regierenden Bürgermeisters zehn Tage vor der Wahl, die all das dementiert, was seine eigene Partei vier Jahre lang in der Hochschulpolitik betrieben hat? So betreibt man Bauernfängerei, so straft man sich selber Lügen, es sei denn, man hat die Absicht, nach dem Wahltag all das vorher gesagte Schöne und Angekündigte wieder zu vergessen.

[Beifall bei der SPD]

Wenn Studentinnen und Studenten sich das ansehen, dann verstehe ich, daß sie sich schwer tun, das Gespräch mit diesem Senat aufzunehmen - mit einem Herrn Turner, der aus der Situation überhaupt nichts gelernt hat, mit einem Herrn Dieppen, der mal hü! und mal hott! sagt. Das ist keine Glaubwürdigkeit! Sowohl der Regierende Bürgermeister als auch der Wissenschaftssenator fordern in dieser Situation die Professoren zum Dialog auf. Und der Wissenschaftssenator sagt darüber hinaus: Da gibt es zu viele Professoren, die sich um die Lehre gar nicht kümmern, sondern nur Forschung betreiben. Ich empfinde es als einen Hohn, und ich denke und fürchte, auch die Betroffenen empfinden es als einen Hohn, wenn diejenigen, die tagtäglich mit den Problemen der Universitäten zu tun haben, nun von oben herab aufgefordert werden, ihre Pflicht zu tun. - Nein, meine Damen und Herren! **Die Politik ist jetzt dran - sowohl mit dem Dialog als auch mit den Lösungsmöglichkeiten.** Aus den Hochschulen ist oft genug und intensiv genug auf die drohende Katastrophe, die jetzt eingetreten ist, hingewiesen worden. Es hat dem Senat an Sensibilität gemangelt, nicht den Professoren, die jetzt auch noch dafür beschimpft werden, daß sie mit Überlast zu tun haben und daß sie oft mehr als ihre Pflicht tun müssen, um eine halbwegs geordnete Lehre an den Hochschulen aufrechtzuerhalten.

[Beifall bei der SPD]

Der Antrag der Fraktion der SPD, der Ihnen vorliegt, sieht einen **verbindlichen Dialog** vor, einen Dialog mit Konsequenzen. Ich will nicht auf alle Punkte eingehen, ich will nur noch einmal deutlich machen: Die **Demokratisierung**, die **Wiederherstellung von Mitbestimmung**, ist auch im Empfinden und im Verständnis der Studierenden das wichtigste Ziel. Das ist nicht ein Punkt, den man so abtun kann, sondern das ist ein Punkt, der von erwachsenen Menschen, die den Anspruch stellen, da mitentscheiden zu können, wo es um ihre Zukunft geht, sehr ernstgenommen wird.

Wir fordern die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes und des Berliner Hochschulgesetzes. Wir fordern Sie auf, von Ihrem verfehlten Kurs, dem der Entdemokratisierung, endlich abzugehen und sich mit konstruktiven Vorschlägen an diesem Prozeß zu beteiligen.

[Beifall bei der SPD]

Wir fordern auch eine **Studienreform**, die dazu führt, daß neue Inhalte in die Studienordnungen hineinkommen, auch, daß die Studienordnungen die Möglichkeit offenlassen, über

- den Tellerrand der Fachgrenzen hinauszuschauen, daß die gesellschaftliche Verantwortung eines Faches, die Folgen wissenschaftlicher Erkenntnisse zum Gegenstand von Lehre und Studium werden. Auch dies wird von den Studenten zu Recht gefordert. Dies verträgt sich nicht mit Diskussionen um **Regelstudienzeiten**, die, ohne fachliche Differenzierungen zu berücksichtigen, in irgendeiner Form willkürlich festgelegt werden sollen, sondern dies muß von Fach zu Fach unter Mitwirkung der Studierenden erarbeitet werden. (C)

Deshalb plädiere ich auch für die Wiedereinführung halbpartitisch besetzter **Studienreformkommissionen**, wie es sie zu unserer Regierungszeit im Berliner Hochschulgesetz gegeben hat. Wir brauchen so etwas wieder; Gremien, in denen die Studenten mit besonderem Nachdruck ihre Forderungen mit in die Ausarbeitungen von Studienordnungen hineinbringen können.

Wir fordern von diesem Senat nicht nur das Reden darüber, daß man in anderer Funktion vor acht Jahren die richtigen Erkenntnisse hatte, sondern auch eine Initiative im Bundesrat zur Wiederherstellung der überwiegenden Zuschußfinanzierung beim **BAföG**, zur Änderung der Freigrenzen und der Bedarfssätze. Wenn sich der Herr Senator hierzu bekennt, ist das schön und gut, aber was ist denn in den letzten Jahren in dieser Richtung geschehen? Wir haben den BAföG-Kahlschlag von Anfang an abgelehnt. Wir fordern eine sozialgerechte Wiederherstellung einer Ausbildungsförderung, die diesen Namen verdient und die die Voraussetzung dafür ist, daß viele Studierende ihr Studium in einer zumutbaren Zeit zum Abschluß bringen können.

Was die **Frauenforschung** angeht: Ich übernehme gern den Änderungsvorschlag, den Herr Grugelke für die AL-Fraktion vorgetragen hat. Dieser konkretisiert das, was wir meinen. Ich habe gestern konkrete Vorschläge darüber unterbreitet, wie man zunächst mit Assistentinnenstellen, dann mit Professorinnenstellen in einem in sich geschlossenen, gestuft aufbauenden Programm die **Anzahl von Frauen an den Hochschulen im Lehrkörper erhöhen** kann. Es kann nicht so bleiben, daß nur acht Prozent der Professoren, aber fünfzig Prozent der Studierenden Frauen sind. Hier muß die Relation in Ordnung gebracht werden. Dies muß in vernünftiger Weise so angelegt werden, daß auch Qualifizierungschancen für Wissenschaftlerinnen und entsprechende Berufungschancen dabei entstehen. (D)

Es ist ein weites Feld, das vor uns liegt. Ich glaube, daß wir nach acht Jahren Rückschritt in der Hochschulpolitik eine neue Reforminitiative brauchen. Wir brauchen eine **zweite Phase der Hochschulreform**. Die Studierenden machen uns das deutlich. Anders als 1968 wächst das Verständnis in der Bevölkerung für die Nöte, für die Sorgen, für die Probleme der Studierenden. Ich glaube, wir können auch der Stadt wieder verstärkt deutlich machen, daß die Hochschulen keine Frage für Spezialisten sind, daß das alle angeht, daß dort die Menschen ausgebildet werden, die für unsere Gesellschaft in wichtigen Berufen, in wichtigen Bereichen wesentliche Aufgaben zu erfüllen haben. Es ist unsere Pflicht als Politikerinnen und Politiker, die erforderliche Ausstattung zu stellen und die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Es ist nicht unsere Aufgabe, durch bürokratische und gängelnde Einzeleingriffe in die Hochschulen Spielraum abzuschneiden. Wir müssen ein **Höchstmaß an Autonomie der Hochschulen** wahren, aber die Rahmenbedingungen müssen stimmen. Um die Veränderung dieser Rahmenbedingungen geht es. Nur wenn ein Dialog ernsthaft aufgegriffen wird, nur wenn die Studierenden, die Hochschulangehörigen den Eindruck haben, es mit glaubwürdigen Partnern im politischen Bereich zu tun zu haben, nur dann werden die Voraussetzungen geschaffen, das Semester zu Ende führen zu können und die Leistungsfähigkeit unserer Berliner Hochschulen zu erhalten und auszubauen.

[Beifall bei der SPD]

(A) **Alterspräsident Poritz:** Für die CDU-Fraktion hat nun das Wort der Abgeordnete Schütze.

Schütze (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Alternative Liste im Abgeordnetenhaus hat heute eine dringliche Große Anfrage zur Hochschule eingebracht. Dagegen ist nichts zu sagen. Die Begründung der Großen Anfrage durch die Alternative Liste und der Redebeitrag des Kollegen Kremendahl haben jedoch meine Befürchtung bestätigt, daß die Opposition zehn Tage vor der Wahl in Berlin das Abgeordnetenhaus als Wahlkampfforum mißbrauchen will.

[Zurufe von der SPD und AL]

Schrille Töne, wenn auch langweilig vorgetragen, ersetzen abgewogene Argumente. Die **Probleme der Studenten werden als Vehikel benutzt**, um sich selbst als angebliche Retter der Studenten in den Vordergrund zu spielen. Was sie, meine Damen und Herren von der Opposition, machen ist unseriös, dient der Sache überhaupt nicht und macht vor allem deutlich, daß es Ihnen gar nicht um die Probleme der Studenten geht, sondern ausschließlich darum, einmal so richtig auf den Regierungsparteien herumzuhacken.

[Beifall bei der CDU - Dr. Kremendahl (SPD): Zu Recht! - Wagner, Jürgen (SPD): Sie haben die Probleme doch erst geschaffen!]

Ich will, trotz der emotionsgeladenen Debatte, die Diskussion auf die sachlichen Punkte zurückführen, weil wir damit - so glaube ich - allen Beteiligten am ehesten helfen. Worum geht es eigentlich? Anlaß der Situation, vor der wir heute stehen, sind die **gestiegenen Studentenzahlen**. Eines ist in diesem Zusammenhang sicherlich richtig: Die Prognosen der 90er Jahre, die von einem **Absinken der Studentenzahlen** ausgegangen sind, sind sicherlich falsch. Allerdings sollte man nicht völlig kritiklos die bisher unbewiesene Behauptung übernehmen, ein nicht vorhergesehener Boom an Studenten habe im Wintersemester 1988/89 zu einer totalen Überfüllung der Universitäten geführt. Die sicherlich unverdächtige „Zeit“ schreibt in einem Artikel vom 13. 1. 1989 dazu, daß es einige sogenannte Experten gegeben habe, die bereits vor Semesterbeginn, nämlich bereits am 26. 9. 1988 wissen wollten, daß sich im Wintersemester 250 000 Studenten neu einschreiben würden und daß dies ein immenses Problem sei. Die „Zeit“ weist in dem Artikel ebenfalls darauf hin, daß seriöse Zahlen überhaupt erst zwei Monate nach Semesterbeginn möglich seien. - Und siehe da, meine Damen und Herren: Es sind gar nicht 250 000, es sind 180 000 Studenten. Dazu die „Zeit“:

Der neue Studentenboom war geboren, noch ehe es ihn gab.

Ich sage das nicht, um irgend etwas zu verharmlosen, ich sage das vielmehr deshalb, damit wir hier seriös miteinander diskutieren, von korrekten Zahlen ausgehen und vor allem die Kirche im Dorf lassen.

Ein zweites: Alle, die dem Senat vorwerfen, er hätte die Situation völlig falsch eingeschätzt - Herr Grugelke und Herr Kremendahl haben dies getan -, übersehen, daß die **Massenuniversität kein spezifisches Berliner Problem** ist. Wenn beispielsweise die Sozialdemokraten und auch die Alternative Liste fordern, daß der zuständige Wissenschaftssenator zurücktreten solle, dann sollten Sie auch so ehrlich und konsequent sein, sich dafür einzusetzen, daß die sozialdemokratischen Wissenschaftsminister in den sozialdemokratisch geführten Bundesländern ebenfalls in die Wüste geschickt werden. Nehmen Sie zum Beispiel die sozialdemokratisch geführten Länder Hamburg und Nordrhein-Westfalen: Diese haben nicht einmal sofort dem Sofortprogramm des Bundes für die Hochschulen zugestimmt bzw. haben sich dem nicht angeschlossen, wie dies Berlin sofort getan hat. Auch das sollte man wissen, wenn man eine Debatte über Hochschulfragen ehrlich führen will.

(C) **Alterspräsident Poritz:** Herr Schütze! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Härtig?

Schütze (CDU): Ja, bitte schön!

Härtig (AL): Herr Schütze! Da Sie uns vorwerfen, daß wir den Rücktritt des Wissenschaftssenators Turner fordern, frage ich Sie: Hand aufs Herz - wollen Sie, daß der Senator bleibt?

[Heiterkeit bei der AL und der SPD]

Schütze (CDU): Herr Kollege Härtig, Sie erwarten doch nicht, daß Sie auf eine derart blödsinnige Frage eine Antwort bekommen!

[Beifall bei der CDU]

Ein drittes: Uns in Berlin hat ein bißchen das ereilt, was man Fluch der guten Tat nennen kann. Bekanntlich war das Ansehen der Universitäten zu Zeiten sozialdemokratischer Regierungen in Berlin ausgesprochen negativ. Die Ursachen sind hinlänglich bekannt und sollen an dieser Stelle nicht noch einmal dargestellt werden. - Seit 1981 ist es - gemeinsam mit Senator Kewenig und später Senator Turner - gelungen, aus dem lädierten einen **guten Ruf der Berliner Universitäten** zu machen. Dies zeigen 107 000 Studenten, die an einem jetzt wieder attraktiven Hochschulstandort studieren, dies zeigen hervorragende Berufungen und die Tatsache, daß diese hervorragenden Leute auch in Berlin bleiben, und das zeigt beispielsweise auch das erheblich gestiegene Drittmittelaufkommen - um nur einige Punkte zu nennen. Kehrseite der Medaille ist, daß die Universitäten erhebliche Schwierigkeiten haben, den auch durch ihre Attraktivität gestiegenen Ansturm der Studenten zu verkraften.

(D) Ich meine, das eigentliche Problem liegt sehr viel tiefer. Es liegt darin, daß die **Strukturen der Universitäten einfach nicht an der Massenuniversität** von heute ausgerichtet sind. Der einzelne Student fühlt sich verlassen, die unmittelbaren Beziehungen, der Kontakt, die Dialogfähigkeit und Dialogbereitschaft zwischen Lehrenden und Lernenden werden beeinträchtigt, wie der Regierende Bürgermeister vollkommen zutreffend in einem Interview im „Tagesspiegel“ am 18. Januar festgestellt hat. Hier gilt es nach unserer Auffassung anzusetzen. Ich komme darauf noch einmal zurück.

Wie hat man nun auf das Problem der **überevollen Fachbereiche und des Wohnungsmangels für Studenten** - um nur zwei Dinge zu nennen - reagiert? - Die Studenten haben - ich halte das für einen legitimen Versuch - die Öffentlichkeit auf ihre konkreten Probleme aufmerksam gemacht. Es hat dann die ersten Streiks gegeben; wobei - um das nur am Rande zu erwähnen - „Streik“ mit Sicherheit nicht der richtige Begriff ist. Einen Streik gibt es im Arbeitskampfrecht. Hier ist es jedoch so, daß die Studenten das Bildungsangebot der Universität nicht angenommen haben. Ich will das jedoch nicht vertiefen. - Standen berechnete und konkrete Forderungen nach Verbesserung der Studienbedingungen am Anfang des Streiks, rieb man sich allerdings nach kurzer Zeit verwundert die Augen: Plötzlich - so jedenfalls die Wortführer, von denen ich behaupte, daß sie nicht die große Mehrheit der Studenten repräsentieren - ging es nicht mehr um überlastete Fachbereiche, fehlende Mittel oder die Frage, wie man durch gemeinsame Anstrengungen die Ausbildung verbessern könne. Nein, jetzt standen Forderungen wie **Abschaffung der Gesundheitsreform** oder **Einführung der Viertelparität** in die akademischen Gremien im Vordergrund. Ganz Eifrige führten schon das große Wort einer „Neuen Studentenbewegung“ im Munde.

Erstaunlich ist dies, weil wir vor gar nicht langer Zeit im Rahmen der Beratungen des Berliner Hochschulgesetzes auch die Frage der **studentischen Mitbestimmung** ausführlich erörtert haben. Damals mußten wir ein ziemliches Desinteres-

Schütze

(A) se auch der Studenten an diesen Fragen feststellen. Dieses Desinteresse hat sich im übrigen immer wieder bei der nur als kümmerlich zu bezeichnenden Beteiligung der Studenten an den Wahlen der Studentenvertretungen gezeigt. Das alles sollten wir doch nicht vergessen. Hier wird deutlich, daß mit derartig formalen Forderungen, die das Problem der Massenuniversität mit Sicherheit nicht lösen, der großen Mehrheit der Studenten eine Diskussion aufgedrängt werden soll, die sie nie führen wollte. Der Mehrheit der Studenten geht es in erster Linie darum, eine qualitativ gute Ausbildung zu erhalten. Das ist der Anlaß des Streiks gewesen, und damit müssen wir uns auseinandersetzen.

[Kapek (AL): Warum hat der RCDS Turner ausgebaut?]

Lassen Sie mich zum Thema Streik noch folgendes sagen. Der **Streik der Studenten** demonstriert die Ohnmacht des einzelnen, sich allein gegen Schwierigkeiten, gegen schlechte Studienbedingungen zur Wehr zu setzen. Deshalb müssen Studenten die Möglichkeit haben, sich in Gruppen zusammenzufinden, auf sich aufmerksam zu machen und ihre Forderungen zu formulieren. Es geht nicht, und das sage ich hier auch in aller Klarheit, daß eine Minderheit von Studenten durch zufällig zustande gekommene Beschlüsse, die im übrigen keinerlei Rechtsgrundlage haben, versucht, die große Mehrheit der Studenten zu majorisieren. Wer mit Einsatz von Gewalt gegen Personen oder Sachen lernwillige Studenten daran hindert, ihre Ausbildung fortzuführen, legt ein unsoziales, unsolidarisches, ja teilweise brutales Verhältnis im Umgang mit anderen an den Tag.

[Beifall bei der CDU]

(B) Meist sind es die Söhne und Töchter reicher Eltern, die es sich leisten können, mal ein Semester zu verlieren, und nicht daran denken, daß ihre Kommilitonen, die beispielsweise BAföG-Empfänger sind, dringend darauf angewiesen sind, ihr Semester erfolgreich abzuschließen.

[Zurufe von der SPD]

Ich habe keinerlei Verständnis für die Leute, die sich als selbsternannte Retter der Universität aufspielen und nichts anderes tun, als die **Arbeit der Universitäten zu torpedieren**.

[Härtig (AL): Das dürfen wohl nur Sie, was?]

Diese Leute – es ist nur eine kleine Gruppe – können allerdings bei uns mit keinerlei Entgegenkommen rechnen. **Die Universitäten** – um das noch einmal ganz klar für meine Fraktion zu sagen – **sind kein rechtsfreier Raum**.

[Wieland (AL): Das haben Sie vor 20 Jahren auch schon gesagt!]

Strafbare Handlungen, wie sie vorgekommen sind, müssen geahndet werden, da ansonsten eine Rechtsungleichheit hergestellt ist,

[Zurufe von der AL – Glocke des Präsidenten]

wie sie vom Grundgesetz mit Sicherheit nicht gewollt ist.

[Wieland (AL): Das war damals so lächerlich, wie es heute ist! Nichts gelernt! Sie haben die Zeit auf dem Paukboden verbracht!]

– Herr Wieland, schreien Sie doch nicht dazwischen! Sie haben zu dem Thema ohnehin nichts zu sagen!

Lassen Sie mich noch etwas zu diesen selbsternannten Rettern der Universität sagen. Diese Leute haben dafür

gesorgt, daß allein in der vergangenen Woche an der **Freien Universität Schäden in Höhe von 2,3 Millionen DM** entstanden sind.

(C)

[Hört, hört! bei der CDU]

Dies ist ungefähr die Hälfte des Betrags, der der Universität im Wege des Soforthilfeprogramms zur Verfügung gestellt worden ist. Wenn man das sieht, muß man sich dafür einsetzen, daß diese Leute zur Rechenschaft gezogen werden,

[Beifall bei der CDU]

daß sie auch auf Ersatz der entstandenen Schäden in Anspruch genommen werden; denn es kann nicht angehen, daß der Steuerzahler noch zusätzlich dafür bleicht, daß einige Krawallmacher nichts Besseres zu tun haben, als die Universität zu demolieren.

[Wieland (AL): Das hat Ursula Besser vor 20 Jahren auch schon gesagt! Da haben Sie wohl alte Reden ausgeschlachtet!]

– Wenn Sie sich beruhigt haben, kann ich ja vielleicht weitermachen.

Was tun wir, um zur **Problemlösung** beizutragen? – Zunächst ist Grundlage einer gemeinsamen Problemlösung die **Dialogbereitschaft**. Der Regierende Bürgermeister hat es bereits gesagt, und ich sage es noch einmal für die CDU-Fraktion: Wir sind zum Dialog mit allen Beteiligten ohne Wenn und Aber bereit und erwarten ebenso eine Dialogbereitschaft bei den Hochschulangehörigen, insbesondere den Studenten. Wir begrüßen, daß die Medizinstudenten den Streik zunächst ausgesetzt haben. Wir gehen ferner davon aus, daß sich über kurz oder lang ohnehin die Studenten durchsetzen werden, denen es nicht um Krawall, sondern um konkrete Problemlösungen geht. Wir begrüßen auch, daß sich an der Freien Universität eine Gruppe von Professoren und Dozenten zusammengefunden hat, die Problemlösungen erarbeiten will. Ich sage gleich, daß wir uns davon einen intensiven Diskussionsprozeß erhoffen, womit ich ebenfalls deutlich machen möchte, daß alle die, die heute die großen Heilslehren verkünden und uns sagen, wie in Zukunft alles gemacht werden soll, offensichtlich die Vielschichtigkeit der Probleme nicht begriffen haben. Wir unsererseits werden jedenfalls nicht ein unüberlegtes, voreiliges Konzept aus der Tasche ziehen,

(D)

[Kapek (AL): Man muß nicht von sich auf andere schließen! – Dr. Kremendahl (SPD): Sie haben ja keins!]

um die Studenten noch vor dem 29. Januar mit leeren Versprechungen abzuspäßen, wie die SPD dies heute mit ihrem Dringlichkeitsantrag tut. Dazu sind uns die Anliegen der Studenten viel zu ernst, und sie sollen wissen, daß wir uns auch ernsthaft und nicht unter Zeitdruck mit ihren Gedanken auseinandersetzen.

Wir haben – ohne daß das natürlich alles sein kann – sofort durch Aufstockung der finanziellen Mittel **auf die akutesten Probleme reagiert**; Senator Turner hat darauf hingewiesen. Wir haben die Lösung der Wohnungsprobleme für Studenten in Angriff genommen;

[Zurufe von der SPD und AL]

die Einzelheiten über die Zahl der neu zu beschaffenden Studentenwohnheimplätze sind bereits in der Öffentlichkeit, so daß ich das hier nicht wiederholen muß. Es gibt für meine Fraktion keine Tabuthemen. Wir beschäftigen uns mit allen Argumenten und Standpunkten und suchen Kontakt zu allen

Schütze

- (A) studentischen Gruppen, sofern diese auch zum Dialog mit uns bereit sind.

[Härtig (AL): Dialog mit dem Gummiknüttel!]

Wir kanzeln keinen Studenten als unmündigen Bürger ab. Die Studenten sind Bürger wie alle anderen, die spezielle Interessen vertreten, mit den ihnen eigenen Erfahrungen, Ideen und Forderungen, und sind als solche natürlich ernstzunehmende Gesprächspartner.

Herr Turner hat zur Frage des **BAföG** bereits etwas gesagt. Die Umstellung des **BAföG** auf eine gemischte Lösung mit Darlehen und Zuschuß wird von uns im Bundesrat in Angriff genommen werden, wobei es nach wie vor aber auch Anreize geben soll, das Studium schnell und erfolgreich abzuschließen.

Eine pauschale **Quotierung für Frauen** bei Stellenbesetzungen kann man doch nicht wirklich ernsthaft fordern. Wer einen Blick z. B. in die ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge wirft, dem wird dies augenscheinlich klar. Was wir in den nächsten Legislaturperiode aber durchsetzen werden, ist die schrittweise Festigung der Frauenbeauftragten an den Hochschulen. Die besondere Förderung von Wissenschaftlerinnen bedarf unseres Engagements, aber weder mit Quotierung noch unter Umgehung hochschulrechtlicher Voraussetzungen ist dies durchsetzbar, wenn nicht die Qualität auf der Strecke bleiben soll.

Die **Entrümpelung von Studiengängen und Prüfungsordnungen** muß unter Einbeziehung aller Hochschulangehörigen zügig vorangetrieben werden. Die Qualität der Lehre muß verbessert werden. Das Studium als solches muß kürzer werden – wir fordern dies heute nicht zum ersten Mal –, und die Kapazitäten müssen ausgebaut werden.

- (B) Alles in allem, meine Damen und Herren: Lösungen schafft man nur durch konstruktive Zusammenarbeit. Wir sind dazu bereit, ohne dogmatisch an irgendwelchen Vorgaben zu kleben. Wir rufen die Studenten auf: Beendet den Streik! Nehmt von Gewalt in jeglicher Form Abstand

[Härtig (AL): Mit gutem Beispiel vorangehen!]

und setzt euch gemeinsam mit allen, die in Berlin zur Problemlösung beitragen können, an einen Tisch! Nur so werden wir die Probleme der Berliner Universitäten in den Griff bekommen. – Danke schön!

[Beifall bei der CDU und der F.D.P. – Wieland (AL): Das war ja wie Klaus Schütz!]

Präsident Rebsch: Das Wort hat nun der Abgeordnete Grugelke.

Grugelke (AL): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem Senator Turner eine doch sehr buchhalterische Rede gehalten hat, hat nun der Kollege Schütze eine scharfmacherische Rede gehalten. Er hat damit natürlich auch bestätigt, was ich vorhin gesagt habe – daß der **Regierende Bürgermeister** im Vorwahlkampf Nebel geworfen hat, hat noch einmal bestätigt, daß er die Dialogbereitschaft mit den Studentinnen und Studenten nicht ernst meint.

Herr Senator Turner hat davon gesprochen, daß unter der Regierungszeit dieser Koalition, dieses Senats die **Hochschulen attraktiver** geworden seien. Das ist natürlich völlig unglaubwürdig. Er hat von der **Ausfinanzierung der Personalhaushalte** gesprochen, doch alle Studenten an den Hochschulen wissen, daß das Personal nicht ausreicht. Er hat davon gesprochen, daß die **Strukturplanung** dafür da ist, um die Hochschule 2000 zu erreichen, doch wir wissen heute, daß die Strukturplanung längst Makulatur ist, wenn Herr Möllemann

selbst zugibt, daß die Zahlen der Studienanfänger und der zu erwartenden Studenten falsch sind und daß er sich dabei vertan hat. Damit ist Herr Möllemann schon viel weiter als Herr Turner, der immer noch die alte Politik weiterbetreiben will. Das ist völlig unglaubwürdig; er hat damit gezeigt, daß die CDU und die F.D.P., die hier diese Koalition tragen, es auch in Zukunft mit einer Veränderung an den Hochschulen nicht ernst meinen.

Das Berliner Hochschulgesetz könne nach Meinung von Senator Turner **nicht weiter verbessert werden**, denn dieses Gesetz habe den rechtlichen Rahmen ausgeschöpft. Damit wissen die Wähler wenigstens, woran sie sind – daß von der CDU keine Verbesserungen hinsichtlich der demokratischen Strukturen an den Hochschulen zu erwarten sind.

[Beifall bei der AL]

Wir hätten nach dem, was der Bürgermeister gestern bei seinem „Tagesspiegel“-Interview gesagt hat, erwartet, daß hier der Senat eindeutig erklärt, daß er eine Bundesrats-Initiative mit dem Ziel beabsichtigt, das **Hochschulrahmengesetz zu novellieren**, um damit mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten, volle Mitbestimmungsmöglichkeiten für den akademischen Mittelbau, für die Studenten und für die sonstigen Mitarbeiter an den Hochschulen zu erreichen. Dies war offenbar ein Irrtum.

Wir von der AL fordern eine **Stärkung der Hochschulautonomie**. Dazu müssen die **Personalkommissionen** an den Hochschulen **aufgelöst** werden. Wir fordern auch, daß der Staatseinfluß, der sich unter Senator Turner besonders schlimm ausgewirkt hat, endlich zurückgedrängt wird. Insofern ist auch zu überlegen, inwieweit Entscheidungen, die heute von den Kuratorien getroffen werden, nicht in den Akademischen Senat – dort, wo die Hochschulvertreter sitzen – zurückverlagert werden können.

Insbesondere die **Fachhochschulen leiden unter dem Staatseinfluß** dieses Senats. Hier ist insbesondere eine Lösungsmöglichkeit, wie zum Beispiel eine Kuratorialverfassung, zu finden, die garantiert, daß der Staatseinfluß, besonders dieses Senators, nicht weiter greift.

Insgesamt demonstrieren die Streiks an der Berliner Hochschule das **Versagen der Hochschulpolitik dieses Senats**. Diese Streiks demonstrieren ein Ende der Wende, und sie haben auch demonstriert, daß die Studentinnen und Studenten wieder die Kraft gefunden haben, sich gegen die Verhältnisse an den Hochschulen zu wehren.

Wenn der Präsident der Universität Hamburg fragt, welchen Sinn denn eigentlich noch ein Studium bei der vorhandenen **materiellen Ausstattung der Hochschule** hat, dann muß ich auch fragen: Wie ernst haben es in der Vergangenheit Hochschulpolitiker gemeint, die Hochschulen tatsächlich offenzulassen? Die Numerus-clausus-Fächer haben zugenommen, die Hochschulen sind überfüllt, während der Phase der gestiegenen Studentenzahlen sind Stellenstreichungen vorgenommen worden, die Hochschulen sind unterfinanziert worden trotz steigender Studentenzahlen. Dies ist ein globales Politik-Vrsagen, und in Berlin ist für dieses Versagen der Senat verantwortlich.

Wir fordern zur Beendigung dieser Misere an den Hochschulen ein umfassendes, bedarfsgerechtes Sofort-Programm, das in ausreichendem Maße **Personal- und Sachmittel** bereitstellt. Das **Betreungsverhältnis von Professoren und Studenten** ist auf das Maß mindestens der 80er Jahre zurückzuführen. Wir fordern auch eine qualitative Verbesserung der Lehre.

Auch kurzfristig gibt es Möglichkeiten, zum Beispiel durch die Einführung von **Diäten-Dozenten**, hier die Lage insgesamt auch im Bereich der Lehre zu verbessern. In Berlin gibt es insgesamt 57 arbeitslos gemeldete Hochschuldozenten.

Grugelke

- (A) Jährlich werden 160 bis 170 Hochschulabsolventen habilitiert, 30 bis 35% davon finden nur eine Anstellung. Ich meine, hier ist ein Reservoir, das auch kurzfristig ausgenutzt werden kann, um die Situation an den Hochschulen zu verbessern.

Wir hatten zur **Studienreform** gefragt, doch hierzu hat Senator Turner nicht viel sagen können. Zur Studienreform ist die Bilanz des Senats negativ. Was die Entwicklung von Studiengängen mit einem interdisziplinären Ansatz angeht, ist von diesem Senat in der Vergangenheit fast nichts geleistet worden.

Wir haben nach der feministischen Forschung, nach der Benachteiligung von Frauen an den Hochschulen gefragt. Auch heute hat der Senat es abgelehnt, ein **Frauenförderprogramm** aufzulegen, das diesen Namen wirklich verdient hätte, um eben auch in einer kurzen Zeit zu einer Änderung an den Hochschulen zu kommen – in dem Sinne, daß in vielen Bereichen auch der Frauenanteil wirklich nachhaltig steigt.

Die Situation an den Hochschulen hat sich auch deshalb verschlechtert, weil die **Forschung** gegenüber der Lehre einen **Stellenwert** bekommen hat, der in vielen Bereichen nicht mehr zu verantworten ist. Die **Kontrolle über die Einwerbung von Drittmitteln** ist durch das Berliner Hochschulgesetz weitgehend aufgegeben worden. Den Hochschulen fehlt teilweise ein Überblick darüber, wie die Drittmittel eingeworben werden. Wir meinen, daß hier Veränderungen eintreten müssen, und setzen uns auch für eine Änderung des Berliner Hochschulgesetzes mit dem Ziel ein, daß die Kontrolle über die Drittmittelinwerbung mindestens wieder gegeben ist.

- (B) Auch zu den **sozialen Rahmenbedingungen** eines Studiums hat der Senator hier nicht viel ausgeführt. Wir haben erwartet, daß er sich dafür einsetzt, eine Bundesratsinitiative zu starten mit dem Ziel, die Darlehensförderung des **BAiUG** auf eine Zuschußförderung umzustellen. Wir haben erwartet, daß er hierzu Stellung bezieht. Nach den Angaben des Studentenwerkes sind mindestens 1000 DM monatlich notwendig, um einem Studenten eine Existenzgrundlage zu geben. Wir meinen, daß dies eine berechnete Forderung ist, und werden uns auch für eine Zuschußförderung in diesem Sinne einsetzen.

Noch ein Wort zur **Wohnraumsituation der Studenten** und Studentinnen: Die Wohnraumsituation hat sich in Berlin dramatisch verschlechtert. Daran ist auch die Aufhebung der Mietpreisbindung schuld. Die Studenten und Studentinnen als sozial besonders Benachteiligte haben es immer schwerer, eine Wohnung zu finden. Wir hatten vorgeschlagen, daß der Senat kurzfristig Wohnungen und Wohnhäuser anmietet, um eine Verbesserung der Situation für Studenten zu erreichen. Auch hierzu hat der Senator nicht viel gesagt. Wir meinen, daß hier noch erheblicher Nachholbedarf vorhanden ist.

Ein anderer Punkt betraf die **Rücknahme der Gesundheitsreform**. Auch hier hätten wir eine Bundesratsinitiative und nicht nur unverbindliche Feststellungen des Senators erwartet – eine Bundesratsinitiative, die garantiert, daß durch eine Reform der Gesundheitsreform die Studenten wieder in die studentische Krankenversicherung hineinkönnen und nicht wie heute viel mehr Geld – teilweise bis zu 100 DM zusätzlich – pro Monat für eine entsprechende Versicherung ausgeben müssen.

Die Forderungen der Studenten insgesamt sind berechnungsgemäß. Die AL-Fraktion hat diesen Streik in den Hochschulen immer unterstützt, denn wir denken, wer sich wehrt, lebt nicht verkehrt. Wir meinen, daß auch durch solche Maßnahmen eine Verbesserung der Situation an den Hochschulen insgesamt erreicht werden kann. Der Senat hat hier heute ganz eindeutig erklärt, daß er dazu nicht bereit ist. Insofern steht es nun den Wählern frei, darüber zu urteilen, ob dieser Senat auch in der nächsten Legislaturperiode mit den ihn tragenden Fraktionen von CDU und F.D.P. in der Lage sein wird, eine Verbesserung der Lage an den Hochschulen herbeizuführen.

Wir meinen das nicht und glauben deshalb, daß die einzig richtige Stimme die ist für die AL.

[Beifall bei der AL]

Präsident Rebsch: Das Wort hat nun der Kollege Dr. Tolksdorf.

Dr. Tolksdorf (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Behandlung der gegenwärtigen Probleme und Protestaktionen an den Berliner Hochschulen muß man aus der Sicht der F.D.P. deutlich **zwischen Ursachen und auslösenden Faktoren unterscheiden**. Wir halten z. B. die Beschlüsse im Kuratorium der Freien Universität, die eine nachträgliche Änderung des mühsam gefundenen Strukturkompromisses darstellen, nur für den Auslöser einer Entwicklung, deren Ursachen tiefer liegen. Betrachtet man die Forderungen der Studenten – aber nicht nur dieser, denn die Professoren haben sich ja weitestgehend solidarisch erklärt, jedenfalls eine gewisse Zeit lang –, dann schälen sich nach meiner Überzeugung drei Forderungskategorien heraus:

- Erstens: Forderungen nach einer **verbesserten materiellen Ausstattung der Hochschulen**. Dies ist gleichbedeutend mit der Kritik, daß angesichts stark steigender Studentenzahlen eine nur unterdurchschnittliche Ausweitung der Ressourcen an den Hochschulen stattgefunden hat.
- Zweitens: **Reform des Studiums und der Studieninhalte**; Forderungen zum Beispiel nach Interdisziplinarität der Ausbildung sowie nach verbindlicher Aufnahme der Folgewirkungen von Wissenschaft weisen in eine nicht unsympathische Richtung. In die Richtung nämlich, daß die Verantwortung der Wissenschaftler für ihr Tun zum integralen Bestandteil der Ausbildung gemacht werden muß.
- Drittens: **Ausweitung der Partizipationsrechte**, der Chancen also, den Willensbildungsprozeß an den Hochschulen zu beeinflussen; hier gab es ja in den letzten beiden Jahrzehnten praktisch nur Einschränkungen mit dem Ergebnis, daß die sich entwickelnden „Professorenuniversitäten“ den anderen funktionalen Gruppen kaum mehr wirksame Entscheidungsmöglichkeiten gaben.

Ich möchte gern diese drei Positionen mit Ihnen kritisch würdigen.

Erstens: Was eine **Verbesserung der materiellen Ausstattung** betrifft, hat diese Koalition wichtige Schritte vor zwei Jahren – und auch jetzt vor kurzem – eingeleitet. Wir haben durch Zuweisung zusätzlicher Millionen eine deutliche Verbesserung bei der **Ausfinanzierung der Personalhaushalte** der Kuratorialhochschulen erreicht. Es sind zusätzliche Stellen gerade für Lehrkräfte finanziert worden. Diese Zuweisungen waren verbunden mit der Aufforderung an die Hochschulen, eine in die Zukunft weisende **Strukturplanung** zu machen und dabei auf die – ich will es einmal so nennen – nicht finanzierten und nie besetzten „Papierpositionen“ in den Stellenplänen zu verzichten. Dieser Vorgang ging in die Diskussionen als „Zwang zu Stellenstreichungen“ ein und trug sicher zur Verschärfung der Diskussionen bei. Aber so ganz ehrlich ist von seiten der Hochschulen und der Opposition nicht argumentiert worden, zumal es ja galt, einen Sündenbock zu finden. Es gibt ja nichts Anstrengenderes, als wenn eine Institution – hier: die Universität – eine Strukturplanung vorlegen muß, die nicht nur additiv das Vorhandene vermehrt und Konflikte und künftige Entwicklungslinien damit verkleistert, sondern die womöglich an liebgewonene Ausstattungsansprüche geht. In solchen Situationen ist es immer ungemein praktisch, wenn man einen externen Schuldigen findet, in diesem Fall den Senat und das Abgeordnetenhaus, die zusätzliches Geld mit der Forderung nach Strukturplanung verknüpfen.

Dr. Tolksdorf

- (A) Unbestritten ist jedoch, daß wir **künftig mehr für die Hochschulen aufwenden** müssen, weil die von uns allen – ich betone: von uns allen – für die Zukunft unterstellten quantitativen Entwicklungen überholt sind. Wir brauchen einen **neuen Hochschulentwicklungsplan**, der die realistischen Zahlen für die 90er Jahre ausweist. Erfreulich für mich als Vertreter der F.D.P.-Fraktion ist, daß unser Koalitionspartner durch den Regierenden Bürgermeister diese Position auch einnimmt. Ich erinnere gerade an den Hinweis von Walter Rasch vor wenigen Wochen, daß wir eine Ausweitung der den Hochschulen zur Verfügung zu stellenden Mittel benötigen, und zwar im Zusammenhang mit dem Milliarden-Programm des Bundesbildungsministers.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Dieser notwendige und wichtige Hinweis wurde vom Hause des Wissenschaftssenators mit dem süffisanten Kommentar „eine höchst bemerkenswerte Forderung“ versehen; es freut, daß derart süffisante Bemerkungen nun nicht mehr geäußert werden, es wird vielmehr gehandelt.

[Beifall bei der F.D.P.]

Zum zweiten Themenkomplex, den **Studieninhalten**: Aus Sicht der F.D.P. sind hier fast ausschließlich Forderungen, die die Studierenden an sich selber und die Hochschulen stellen müssen. Wir haben ihnen doch mit den Bestimmungen über die Studienordnungen weitestgehende Autonomie und Selbstverantwortung gegeben. Es kann daher nur Verwunderung auslösen, wenn sich Forderungen an die Politiker richten, Studieninhalte zu verändern, während doch gleichzeitig die Freiheit von Forschung und Lehre, die Mitbestimmungsrechte und die Hochschulautonomie von den Fordernden beschworen werden. Aus eigener Erfahrung eines langjährig Vorsitzenden einer mit Studienreformaufgaben beauftragten Ausbildungskommission darf ich Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause, nur meine Verwunderung und innere Freude bekunden, daß die Studierenden jetzt mit Reformforderungen erschienen und die sich auch mit autonomen Seminaren einlösen wollen. Ich hatte jedenfalls in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, daß es sehr schwer war, studentische Beteiligung zu wecken. Die Kommission, der ich vorsah, hatte weitestgehend unter sich oder mit Lehrkräften gearbeitet, und es wäre schön, wenn sich das nachdrücklich ändert und Studenten jetzt künftig aktiv mitarbeiten..

(B)

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Zur dritten Forderung, der **Ausweitung der Mitbestimmungsrechte**: Auch hier kann es freuen, daß der Koalitionspartner umschwenkt und über den Regierenden Bürgermeister erklärt, daß – ich zitiere – „konkrete Verbesserungen der studentischen Möglichkeiten im Bereich der wissenschaftlichen Einrichtungen“ erreicht werden können. Ich stelle diesen Satz mit großer Freude fest, eine Freude aber, in die sich Verbitterung mischt, weil genau das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, Ihr Partner bei der Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes 1985 und 1986 vorgeschlagen hatte. Hierzu hatten wir bedauerlicherweise bei Ihnen Ablehnung erfahren, und es irritiert uns, daß erst studentischer Protest und Streik bei Ihnen etwas bewirkt, was Sachargumente Ihres Partners nicht erreichen konnten.

[Beifall bei der F.D.P.]

Aus der Sicht der F.D.P. kommt erschwerend hinzu, daß wir **während der Novellierung offenbar nicht korrekt** von der Wissenschaftsverwaltung **im Hinblick auf die Mitbestimmungsmöglichkeiten** in den wissenschaftlichen Einrichtungen, den Instituten also, **informiert worden** waren. Uns wurde als rechtlich zwingende Konsequenz aus dem novellierten

Hochschulrahmengesetz dargelegt, daß akademische und sonstige Mitarbeiter sowie Studenten keine Beschlüsse in den Institutsräten mit fassen dürften. Wir hatten daher im Vertrauen auf diese rechtlich unabwiesbare Konsequenz aus dem Hochschulrahmengesetz zugestimmt, daß nur noch Professoren das Sagen in den Instituten haben. Ich konnte nun in den letzten Tagen feststellen, daß der damalige Leiter der Hochschulabteilung des BMBW und spätere Staatssekretär Dr. Böning schon Anfang 1986 deutlich nachgewiesen hatte, daß die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes keinen Zwang zur Änderung der Struktur der Berliner wissenschaftlichen Einrichtungen gebracht hatte. Die Wissenschaftsverwaltung scheint darüber offenbar informiert worden zu sein, hatte diese Aussagen aber nie bekundet, hat sie verschwiegen, so daß sie bei den Koalitionsverhandlungen

(C)

[Dr. Krahe (CDU): Sie müssen nicht alles glauben, Herr Tolksdorf!]

und bei den Ausschlußberatungen, Herr Kollege Krahe, nicht bekannt waren. Um es klar und deutlich zu sagen: Die Direktorien der Institute hätten mit den damals bestehenden Mitbestimmungsrechten der Studenten unverändert erhalten bleiben können. Sie wurden mit Zustimmung der F.D.P. allein zugunsten der Professoren verändert, weil die Rechtsgutachten der Wissenschaftsverwaltung dargelegt hatten, daß alle anderen Gruppen bis auf die Professoren aus den Direktorien zu verschwinden haben.

Präsident Rebeck: Kollege Tolksdorf, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kremendahl?

Dr. Tolksdorf (F.D.P.): Ja, bitte!

Dr. Kremendahl (SPD): Herr Kollege Tolksdorf, zunächst hoffe ich, daß meine Zwischenfrage Ihnen etwas mehr Aufmerksamkeit in diesem Hause verschafft,

(D)

[Zuruf des Abg. Tiedt (F.D.P.) – Vogt (CDU): Wer dumm fragt, kriegt dumme Antworten!]

was der Situation angemessen wäre. Und zweitens möchte ich Sie fragen,

[Simon (CDU): Ob Ihre Fraktion noch hineinkommt – ach, nein?]

ob Sie über die Einsicht, daß die **Mitbestimmung in den Direktorien** im Einklang mit dem Hochschulrahmengesetz erhalten oder wiederherzustellen gewesen wäre, bereits im November letzten Jahres verfügt haben. Und warum haben Sie dann nicht zumindest in diesem Punkt unseren Änderungsanträgen zugestimmt?

Dr. Tolksdorf (F.D.P.): Herr Kollege Kremendahl, ich hatte diese Informationen – Kopien der Schriftstücke – erst dieser Tage bekommen, wie ich bereits gesagt habe. Aber ich füge von dieser Stelle aus an: Wenn ein Gesetzgebungsakt auf falschen Voraussetzungen beruht, dann muß nachgebessert werden.

[Beifall bei der F.D.P.]

und dies gilt nicht nur für die **Wissenschaftlichen Einrichtungen**, das wird dann auch für die **Zentralinstitute der Freien Universität** gelten.

[Sehr gut! bei der SPD]

Ich bin andererseits heilfroh, daß damit wohl alle bisherigen Andeutungen über eine Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes in eine andere Richtung – nämlich noch stärkere Beschneidung von Mitbestimmungsmöglichkeiten durch prak-

Dr. Tolksdorf

- (A) tische Alleinbestimmung der Professoren – damit bei uns allen vom Tisch sein dürften – jetzt und für die Zukunft.

[Beifall bei der F.D.P.]

Abschließend noch einige Worte zur Opposition, die ja glücklicherweise – das sage ich jetzt ironisch – alles immer besser weiß und alles immer besser tut. Meine Damen und Herren von **AL und SPD**, es versteht sich von selbst, daß Ihre **Politik auf denselben Prognosen aufbaute wie unsere**. Wo – darf ich also fragen – hatte die SPD beispielsweise in einem von ihr regierten Bundesland eine andere Politik zur quantitativen Ausweitung der Hochschulen betrieben? Selbst die Hochschulen in Berlin sind noch bis vor wenigen Wochen von denselben Prognosen ausgegangen. Überlegen Sie doch einmal den Koalitionsvertrag an der TU im Rahmen der Präsidentenwahl, als es darum ging, Herrn Fricke wieder zum Präsidenten zu wählen. Da hatte die TU in einem breiten Bündnis von Rechts bis Links die Sorge bekundet, daß sie in der Zukunft nicht genügend Studenten an die Hochschulen heran bekäme. Daran wurde die Forderung geknüpft, daß mehr Geld an die Technische Universität gegeben werden muß, damit sie leistungsfähig wird, konkurrenzfähig in der Möglichkeit, um Studenten zu werben. Überfüllte Massenhochschule? – Vor wenigen Wochen war genau das Gegenteil zu Papier gebracht worden. Also: Ich schlage vor, daß wir alle – was unser gemeinsames prognostisches Potential betrifft – etwas selbstkritischer und etwas zurückhaltender sind.

Besonders unglaublich muß eine Opposition wirken, wenn sie hier vollmundig **Mitbestimmungsmöglichkeiten** vorträgt. Wo sind in einem SPD-regierten Land Mitbestimmungsmöglichkeiten aller Hochschulen so stark ausgebaut worden, wie es hier von Ihnen vorgeschlagen wurde? Warum argumentiert die SPD nicht, indem sie beispielsweise sagt: In Nordrhein-Westfalen haben wir gezeigt, wie gut Mitwirkung sein kann. Warum übernehmt Ihr das nicht in Berlin? –

- (B)

[Wagner, Jürgen (SPD): Wer hat denn das Hochschulrahmengesetz geändert?]

Warum, Herr Kollege Wagner, wird hier nicht so argumentiert? Denn Sie sagen auch, das Hochschulrahmengesetz ließe noch viel mehr Möglichkeiten zu, auch das Bundesverfassungsgericht, als wir umgesetzt haben. Besonders happig wurde ja die **Mitbestimmung beschnitten**, als es eine kurze Zeit lang eine rot-grüne Koalition in **Hessen** gab. Hier gab es im Akademischen Senat zum Beispiel der Massenuniversität Frankfurt eine Parität von 26 Professoren zu insgesamt 12 Mitgliedern aller anderen drei funktionalen Gruppen. 26 zu 12 – das ist die faktische Zertrümmerung der Mitwirkung der anderen! – Nun gut, es gibt keine rot-grüne Koalition in Hessen mehr, man wird das – das hoffe ich jedenfalls – sehr bald korrigieren können.

[Beifall bei der F.D.P. –
Zuruf der Frau Abg. Enkemann (AL)]

– Wenn Sie mich auffordern, von Berlin und der jüngsten Vergangenheit zu reden, dann ist es doch hochinteressant, zumal man damit rechnen muß, daß hier auch Studenten zuhören, einmal klarzumachen, was die Opposition in diesem Hause verspricht und wie ihr konkretes Handeln aussieht. Für mich ist es verblüffend, wie vielfach den verbalen Bekundungen einer Opposition geglaubt wird, die dort, wo sie tatsächlich Verantwortung trägt, so ziemlich das genaue Gegenteil veranstaltet. – Schönen Dank!

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Präsident Rebsch: Für zwei Minuten jetzt noch der Kollege Härtig.

Härtig (AL): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die scheinheiligen Ausführungen der CDU darüber, wie ihr Herz für die Studenten schlägt und wie deren Nöte sie beeindrucken, sind so unerträglich, daß ich von hier noch ein Wort dazu verlieren muß.

- (C)

Der Kollege Schütze zum Beispiel erdreistete sich, hier soeben zu erklären, der Senat hätte Maßnahmen – von dieser Sache verstehe ich etwas, von der Hochschulpolitik leider nicht so viel – zur Behebung der **Wohnungsnot der Studenten** eingeleitet. Sie haben sich allerdings nicht getraut zu sagen, welche Maßnahmen das gewesen sein könnten. Ich kann Ihnen sagen, was Ihr Senator dazu sagt. Der hat nämlich vor kurzem im SFB in dankenswerter Offenheit erklärt, daß die Berliner Studentinnen und Studenten doch gefälligst zu Hause bei Ihren Eltern wohnen bleiben und nicht den Wohnungsmarkt noch zusätzlich belasten sollen. Das ist das Wohnungsprogramm des Senats für die Studentinnen und Studenten in dieser Stadt!

Dieser Senat spielt die Wohnungsnot der am stärksten betroffenen Gruppen gegeneinander aus. Für Aussiedlerprogramme – für Aussiedlerwohnungsprobleme, für Aussiedlerheimprogramme – stellen Sie innerhalb von wenigen Wochen Millionenbeträge bereit,

[Dr. Wruck (CDU): 20 Millionen DM!]

für die Studentinnen und Studenten dieser Stadt nicht. Wir wissen auch, warum: Weil Sie die Wohnungsnot in dieser Stadt überhaupt nicht beseitigen wollen, sondern darauf hoffen, daß in wenigen Jahren durch explodierende Mieten alle die, die sich nicht viel leisten können, von sich aus darauf verzichten, Wohnungen nachzufragen. Das ist Ihr Konzept, das ist die Wahrheit, und alles andere ist scheinheiliges Pharisäertum. – Danke schön!

[Beifall bei der AL]

- (D)

Präsident Rebsch: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann stelle ich fest, daß die Besprechung der Großen Anfrage abgeschlossen ist.

Zu den beiden Anträgen beantragt die Fraktion der CDU Überweisung an den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung

[Unmutsrufe]

und zu dem SPD-Antrag, das ist die Drucksache 10/2774, zusätzlich an den Hauptausschuß. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr! Die Gegenprobe! – Das erste war die Mehrheit; damit überweisen.

Meine Damen und Herren, Sie können noch nicht gehen, denn während der Sitzung ist noch eine Dringlichkeitssache eingegangen, und zwar Antrag der AL-Fraktion über jede Menge Zukunft für das Wohn- und Nachbarschaftsprojekt Prinzenallee 58, Drucksache 10/2776. Wird der Dringlichkeit widersprochen?

[Ja! von der CDU]

– Herr Härtig möchte für dieses Projekt sprechen, und dann kann einer dagegen sprechen.

[Preuss (CDU): Für die Dringlichkeit! – Palm (CDU): Für die Dringlichkeit kann er sprechen!]

– Herr Buwitt dann gegen die Dringlichkeit. – Ja, es geht um die Dringlichkeit.

Härtig (AL): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 26. Januar ist der Termin für die **Räumungsklage der Panke-**

Härtig

- (A) **Park GmbH gegen das Wohn- und Nachbarschaftsprojekt Prinzenallee 58**, also drei Tage vor der Wahl. Durch die Räumungsklage dieser Wohnungsbaugesellschaft - es ist eine Tochtergesellschaft der Hauert-&Noack-Gruppe - gegen die Prinzenallee 58 ist die Situation für die Bewohner des Projekts existentiell bedrohlich geworden.

[Preuss (CDU): Da hilft nur: Miete zahlen!]

Stete Bemühungen und Verhandlungen mit dieser Gesellschaft und auch mit dem Senat um eine vertragliche Lösung zu angemessenen Bedingungen sind bislang kaum beachtet bzw. mit Hinhaltenaktik beantwortet worden. Die Bewohner der Prinzenallee appellieren an den Senat von Berlin, insbesondere an den Bausenator, eindeutig für den **Erhalt des Wohnraums** für die jetzt 100 Bewohner und für den Erhalt der sozio-kulturellen Einrichtungen dort, die zum Teil senatsgefördert sind, einzutreten.

Wieso - muß man fragen - hat der Senat in den bisherigen Gesprächen mit der Hauert-&Noack-Gruppe - -

Präsident Rebsch: Herr Kollege Härtig, Sie können nur zur Dringlichkeit sprechen, aber nicht begründen. Sie haben gesagt, es sei dringlich, weil die Klage droht; nun müssen Sie schon weitere Gründe für die Dringlichkeit bringen.

Härtig (AL): Ja! Ich bin der Meinung - Herr Präsident, wenn ich Ihnen das erklären darf; Sie sind vielleicht mit dem Problem nicht so vertraut -, daß es ein Unding ist, daß eine der größten Wohnungsbaugesellschaften in dieser Stadt - da ist der Zusammenhang -, die immerhin Jahr für Jahr auf Millionen DM an Wohnungsbaumitteln - -

(B)

[Zurufe]

Präsident Rebsch Herr Kollege Härtig, ich fordere Sie noch einmal auf, zur Dringlichkeit zu sprechen.

Härtig (AL): Herr Rebsch, ich will darauf hinaus - ich darf das vielleicht noch mit einem Halbsatz begründen -, daß der Senat vor diesem Klagetermin sich mit der Gesellschaft hinsetzt und denen, die so scharf sind wie Nachbars Lumpi, Jahr für Jahr Millionenbeträge aus dem Wohnungsbauförderungsprogramm zu bekommen,

[Zuruf von der CDU: „Milliarden“ müßt ihr sagen!
- Weitere Zurufe - Unruhe]

klarmacht, daß sie dieses Haus in Ruhe lassen sollen. Das wird vom Bezirksamt Wedding schließlich auch unterstützt. - Wenn Sie mich ständig unterbrechen, dauert das hier bloß noch länger.

(C)

Präsident Rebsch: Herr Kollege Härtig, ich unterbreche Sie jetzt nicht nur, sondern ich entziehe Ihnen das Wort, weil Sie nicht zur Dringlichkeit sprechen.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Härtig (AL):
Das ist ja die reinste Zensur hier!]

Das Wort, gegen die Dringlichkeit zu sprechen, hat jetzt der Kollege Buwitt.

[Härtig (AL): Ich bitte, diesen Antrag in den Bauausschuß zu überweisen - das wollte ich hier noch sagen! - Anhaltende Zurufe von der CDU]

- Bitte sehr, Herr Kollege Buwitt, Sie wollen gegen die Dringlichkeit sprechen.

Buwitt (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche gegen die Dringlichkeit. Es ist im vorliegenden Falle ordnungsgemäß gekündigt worden; es ist gerichtsanhängig, wie Herr Härtig selber ausgeführt hat. Am 26. Januar wird der erste Verhandlungstermin sein. Es ist nicht Aufgabe des Abgeordnetenhauses, Gerichtstermine in der Weise zu beeinflussen, daß wir dagegen Beschlüsse fassen.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

(D)

Präsident Rebsch: Meine Damen und Herren, ein Redner hat für die Dringlichkeit und einer hat gegen die Dringlichkeit gesprochen. Wir stimmen nunmehr über die Dringlichkeit ab. Wer die Dringlichkeit anerkennen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Letzteres war eindeutig die Mehrheit, damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Damit sind wir am Ende der Sitzung. Bitte, richten Sie sich darauf ein, daß wir uns am 11. Februar 1989 zu einer Übernahmesitzung zusammenfinden und eventuelle Vermögensgeschäfte beschließen.

[Schluß 16.41 Uhr]